

Dritte Sitzung

im Ständehause zu Düsseldorf, Dienstag, den 24. Juni 1924.

(Beginn 9 Uhr 40 Minuten.)

Tagesordnung: Wie auf Seite 6 und folgende.

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist eröffnet. Die Niederschrift über die erste und zweite Vollsitzung liegt auf dem Tische des Hauses offen. Schriftführer für die heutige Sitzung sind die Herren Abgeordneten Dr. Fischer und Haub für den Vormittag. Für den Nachmittag bitte ich die Herren Eltes und von Stedman, sich bereit zu halten.

Es wird doch notwendig sein, nachher eine kleine Pause in den Verhandlungen eintreten zu lassen, obwohl der Ältestenrat vorgesehen hatte, durchzutagen. Die Herren vom Stenographen-Bureau bitten, doch Rücksicht auf sie zu nehmen und eine Pause von etwa einer Stunde einzulegen. Ich halte diesen Wunsch für berechtigt und bitte, ihm zu entsprechen. Wir müssen den Gang der Erörterung abwarten. Vielleicht wird es sich empfehlen, nachdem von jeder Fraktion ein Herr gesprochen hat, eine Pause eintreten zu lassen.

Eingegangen ist ein weiterer Bericht und Antrag, betr. den Verkauf des Landarmenhauses zu Trier; die Drucksache (Nr. 25) ist auf Ihren Plätzen. Ein Verzeichnis über die Zusammensetzung der Ausschüsse ist ebenfalls verteilt. Endlich ist auf den Plätzen des Hauses die Zeitschrift des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz niedergelegt. Sie enthält folgende Artikel: „Die Bedeutung des Schlosses Benrath für die Baukunst des 18. Jahrhunderts im Herzogtum Berg“, „Das neue Düsseldorf nach Schleifung der Wälle“ und „Farbige Baukunst und Wiederherstellung alter Bauwerke“. Es waren nicht so viel Exemplare vorhanden, um jedem Mitgliede eins auf den Platz zu legen. Wer sich aber für diese Zeitschrift interessiert, dem steht noch ein besonderes Exemplar zur Verfügung.

Eingegangen ist ferner eine Eingabe des Westfalenbundes in Langerfeld-Barmen, betr. Eingemeindung von Langerfeld und Nächstebreck nach Barmen. Ich bitte den Schriftführer, Herrn Dr. Fischer, die Eingabe zu verlesen.

Schriftführer Dr. Fischer: „Der Westfalenbund, welcher anlässlich der Eingemeindung der westfälischen Amtsgemeinden Langerfeld und Nächstebreck nach der rheinischen Stadt Barmen aus dem

früheren Eingemeindungsgegner-Ausschuß von Mitgliedern aller Parteien gegründet wurde und heute über rund 7500 Mitglieder zählt, hat bei den Stadtratswahlen am 4. Mai 1924 unter der Parole „Los von Barmen“ gewählt. Trotz der politischen Zersplitterung dieser Wahlen — es haben etwa 2000 Westfalenbunds-Mitglieder ihren Parteikandidaten gewählt — sind auf die beiden Wahlvorschläge des Westfalenbundes für Langerfeld und Nächstebreck zusammen 5463 Stimmen, mithin 54 v. H. aller abgegebenen Stimmen gefallen. Es kann nunmehr keinem Zweifel mehr unterliegen, daß bei einer einfachen Abstimmung, — für oder gegen Barmen — sich eine erdrückende Mehrheit für den Selbstständigkeitsgedanken und gegen Barmen ergeben würde.

Diese Stimmung der Bevölkerung ist nicht etwa eine vorübergehende Erscheinung, sie wird fortauern und immer wieder ihr Recht fordern aus folgenden erklärlichen Gründen:

Langerfeld zählte zu den steuerkräftigsten Gemeinden des Kreises Schwelm, ja ganz Preußens. Die bodenständige Bevölkerung ist und bleibt urwestfälisch, seine Grenze an der Wupper ist die älteste bekannte Bolkergrenze zwischen Franken und Niedersachsen.

Die Eingemeindung, welche mehr als 20 Jahre hindurch entschieden abgewehrt worden ist, kam nach der Revolution nur durch eine Zufallsmehrheit der Linken, gegen den Willen der bodenständigen Bevölkerung zustande. Da der westfälische Provinzialausschuß und nachdem der westfälische Provinziallandtag auf Grund eingehender Information an Ort und Stelle zu einer entschiedenen Ablehnung der Eingemeindung gekommen sind, so wird die dennoch durch Nachspruch von Berlin erfolgte Eingemeindung nach Barmen und nach dem Rheinland als eine noch nicht dagewesene „Vergewaltigung“ eines blühenden Gemeinwesens empfunden, die niemals hingenommen werden kann.

Es kommt hinzu, daß eine durch Eigennutz und durch politische Einflüsse verleitete Beamtenerschaft die Leistungsfähigkeit der beiden Gemeinden vorzüglich

in ein „falsches Licht“ gestellt und sogar das Steuer e h e r aus der Hand gegeben hat, als die Eingemeindung überhaupt ausgesprochen war. Von seinen vielen Versprechungen hat Barmen nichts gehalten. Die steuerlichen Ansprüche der Stadt Barmen sind dagegen wesentlich höher, der Verkehr mit der neuen Behörde gestaltet sich weit schwieriger, als unter früheren Umständen.

Wir glauben daher von dem Rheinischen Provinziallandtag erwarten zu dürfen, daß er den Bestrebungen der beiden alt westfälischen Gemeinden, selbständig zu bleiben und zur alten angestammten Provinz zurückkehren zu dürfen, nicht hemmend gegenüber stehen wird, sondern diese Bestrebungen an maßgebender Stelle unterstützen möchte. Gerade in der heutigen Zeit müßten solche Bestrebungen von heimatreuen Westfalen dieselbe Anerkennung und Förderung finden, als wenn es sich um rheinische Bevölkerungsteile handelte, die in gleicher Lage sind.

Vor allen Dingen müßte das Unrecht, das einer lebenswilligen und lebensstarken Gemeinde angetan ist, wieder gut gemacht werden. Der Selbständigkeitsgedanke wird die gesamte Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen lassen und sie wird ihre Forderung dem rheinischen Provinziallandtag so lange vorlegen, bis er ihren Wünschen entspricht.“

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Ich weiß nicht, was der Bund im Endziel von dem Provinziallandtag wünscht. Ich möchte aber doch bitten, die Angelegenheit dem Sachausschuß I zunächst zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

Dann ist eingegangen ein Bittgesuch des Studienrats Karl Krott aus Rheinbach, zur Zeit München, das ich ebenfalls zu verlesen bitte.

(Die Eingabe wird verlesen.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Der Provinziallandtag ist für diese Angelegenheit nicht zuständig. Ich bitte, mich zu ermächtigen, dieses Schreiben an die zuständige Fürsorgestelle abzugeben. — Sind Sie damit einverstanden.

Dann ist folgender Antrag der Abgeordneten Heß und Genossen eingegangen:

„Die Notlage der rheinischen Winzerschaft hat einen Höhepunkt erreicht, der zu den schwersten Befürchtungen veranlassen muß. Diese Notlage ist zwar zum Teil eine Folge des allgemeinen Darniederliegens der deutschen Wirtschaft und des Fehlens tragbarer Kredite. Sie geht aber nicht zuletzt auf die ganz unverständliche zollpolitische Bevorzugung derjenigen Auslandsweine zurück, die über das besetzte Gebiet nach Deutschland kommen.“

Der 68. Rheinische Provinziallandtag richtet an die preußische Staatsregierung das dringende Ersuchen, sowohl selbst dafür zu sorgen, wie auch bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß der

rheinischen Winzerschaft als einer der ältesten, ausgedehntesten und wichtigsten rheinischen Erwerbsgruppen jede Hilfe in ihrer gefährlichen Notlage schleunigst zuteil wird.“

Ich schlage vor, diesen Antrag dem Sachausschuß V zu überweisen. Sie sind damit einverstanden.

Wir treten nunmehr in unsere heutige Tagesordnung ein: „Haupthaushaltsplan der Provinzialverwaltung“. Dabei soll es nach Ihrem gestrigen Beschluß auch gestattet sein, zu den anderen Punkten mit das Wort zu nehmen.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Jansen-Lammersdorf das Wort.

Abgeordneter J a n s e n - L a m m e r s d o r f: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als am Pfingstsonntag dieses Jahres tausende lust- und licht- hungrige Menschenkinder hinauszogen in die freie Gottesnatur, um seelische und körperliche Gesundheit von der Natur zu empfangen, haben sie alle nicht daran gedacht, daß am selben Tage dieselbe Natur auch zugleich der Glückszerstörer zahlreicher Menschen sein würde. Der alte Satz „Die Elemente hassien das Gebild der Menschenhand“ brachte sich auch hier wiederum zur Geltung, indem ein Sturm, von bisher beinahe ungefannter Stärke, verbunden mit einem ebensolchen Hagelwetter, gerade hier über Düsseldorf und die nähere Umgebung niederging und dabei im Kreise Grevenbroich und Neuf, wie speziell auch hier in der Stadt Düsseldorf, geradezu verheerende Schäden anrichtete. Ganze Ernten wurden vernichtet, sonstige außerordentlich große Sachschäden an Gebäuden verursacht. Hier in der Stadt Düsseldorf wurde von der Kirche St. Martin der Turmhelm abgetragen und auf ein Nachbarhaus geschleubert, wodurch mehrere Menschen den Elementen zum Opfer fielen.

Meine Damen und Herren! Wir möchten von dieser Stätte aus — es ist ja auch schon geschehen —, von unserer Fraktion aus, die allerwärmste Anteilnahme allen denen aussprechen, die am Pfingstsonntage durch dieses Unwetter geschädigt worden sind, und zwar in erster Linie den Angehörigen derer, die bei dem Unwetter das Leben verloren haben, aber auch allen denen, die materiell und finanziell geschädigt wurden. Unser Mitleid und unsere Anteilnahme sollen aber nicht bloß in leere Worte ausklingen; wir haben vielmehr den lebendigen Wunsch, auch, soweit unsere Kräfte es erlauben, finanziell den Geschädigten zu Hilfe zu kommen. Wenn der Herr Staatssekretär gestern bereits betont hat, daß auch das Staatsministerium selbst sich bereit erklärt habe, seine Kräfte anzustrengen, um die Aktion erfolgreich zu gestalten, so knüpfen wir daran die ganz selbstverständliche, ja felsenfeste Hoffnung, daß das Staatsministerium

auch wirklich alle Kräfte anstrengt und eine namhafte Hilfe für die Geschädigten bietet, zumal ja auch der Provinzialauschuß den Antrag gestellt hat, dem wir selbstverständlich zustimmen werden, daß auch die Provinzialverwaltung trotz ihrer großen Notlage für die Geschädigten dieselbe Summe spendet, die auch von Reich und Staat aufgebracht werden soll.

Dabei möchten meine politischen Freunde der sicheren Erwartung Ausdruck geben, daß die Provinzialverwaltung einen paritätischen Sachverständigenauschuß einsetzt unter Hinzuziehung der Geschädigten oder ihrer Vertreter, einen Ausschuß, der nach Recht und Billigkeit die eingegangenen Unterstützungen verwendet.

Nicht allein in den Kreisen Neuß-Grevenbroich und hier in Düsseldorf wurden diese Schäden ange richtet; bei anderer Gelegenheit ist auch der Kreis Bonn oder einige Orte im Kreise Bonn (Alfter, Kendenich usw.) heimgesucht worden. Auch dort wird der Schaden auf nahezu eine Million Goldmark geschätzt. Wir behalten uns vor, bezüglich dieser Verhältnisse ebenfalls einen speziellen Antrag auf Unterstützung zu stellen.

Meine Damen und Herren! Ich sagte eben, daß die Provinzialverwaltung bereit ist, trotz unserer großen Armut eine namhafte Hilfsaktion für die Geschädigten einzusetzen zu lassen, ob schon wir wissen, daß dadurch unser Etat noch schwerer belastet wird, als er es augenblicklich schon ist.

Der Haushaltsplan, meine Damen und Herren, zeigt gegen früher die erfreuliche Aenderung, die er auch im Jahre 1923 bereits besaß, den Vorzug der größeren Uebersichtlichkeit, so daß jetzt auch solche Abgeordnete, die nicht berufsmäßig und ständig sich mit finanzieller und politischer Selbstverwaltung befassen, sich leichter orientieren können, als es früher der Fall war. Der neue Etat hat zweitens den Vorzug, daß er gegenüber den letzten Jahren vor allem einmal wieder feste Zahlen bietet, feste Zahlen, von denen wir hoffen, daß sie nicht mehr Schemen sind, die sich von heute auf morgen verflüchtigen, wie es in der Inflationszeit gewesen ist. Der Etat ist wieder in Goldmark aufgestellt, wenn auch leider den Zahlen der früheren Goldglanz noch mangelt. Ueber der Form steht uns freilich der Inhalt. Meine Damen und Herren! So mancher Abgeordnete, der den Etat empfängt, ist allzu leicht geneigt, zunächst einen Blick auf die letzte Seite, d. h. an den Schluß des Etats, zu werfen, nicht etwa aus Neugierde, wie so ein junges Backfischchen die letzte Seite des Liebesromans zunächst sich ansieht, um festzustellen, ob sie sich kriegen; das ist ja doch meistens der Fall. (Heiterkeit.) Nein, hier geschieht es nicht aus Neugierde, sondern aus Verantwortungsgefühl, um zu sehen, wieviel Umlagen die Abgeordneten zu geneh-

migen bezw. den Kommunen aufzubürden haben. Bei diesem verantwortungsvollen Blick glaubt denn der Abgeordnete zu sehen, daß er in diesem Jahre ein besonders günstiges Ergebnis hat, wenn er liest, daß er gegenüber dem Jahre 1913 bloß die Hälfte der Umlage mit zu genehmigen und zu beschließen hat. Indessen, meine Damen und Herren, dieser scheinbar erfreuliche Blick erweist sich als eine Täuschung. Es ist notwendig, das hier auch vor der breitesten Öffentlichkeit festzustellen, damit nicht etwa draußen die Welt aus der Angabe, daß wir bloß die Hälfte der Umlage von 1913 erheben, etwa auf den vermehrten Reichtum, auf die größeren Einnahmen aus eigenen Quellen der Provinz oder auf sonstige günstige Einflüsse schließen kann. Nein, meine Herren, das ist nicht der Fall. Die Erklärung liegt darin, daß heute die Summen, die wir früher, wenigstens zu einem großen Teil, als Umlage bezeichneten, nicht mehr auf dem direkten Wege von der Kommune an die Provinzialverwaltung kommen, sondern auf dem Umwege der Ueberweisung aus Reichs- und Staatssteuern. Nur die letztgebende Hand ist eine andere geworden, die Quelle, aus der diese Beträge, die sich im ganzen, einschließlich der Dotationen, auf die hohe Summe von 30 Millionen belaufen, stammen, ist dieselbe wie auch in Friedenszeiten. Es sind nämlich die Taschen desselben Bürgers, aus denen sie auch heute genommen werden. So können wir eigentlich sagen, daß wir nicht die Hälfte der früheren Umlage zu bezahlen haben, sondern, wenn wir korrekt sprechen, sagen wir, daß das Rheinland für seine Provinz schließlich sogar das Mehrfache an Steuern aufbringt, als es im Jahre 1913 der Fall war.

Meine Damen und Herren! Es ist ja auch klar und ganz selbstverständlich, daß wir bei den augenblicklichen Verhältnissen trotz aller geübten Sparsamkeit nicht mit geringeren Mitteln auskommen konnten als vor einem Jahrzehnt. Nicht die von uns und von mir persönlich immer so schmerzlich empfundene Abtrennung der Kreise Eupen, Malmedy und St. Vith hat etwa auf die Verminderung der Provinzialausgaben Einfluß ausgeübt. Nein, dafür, daß der Bereich der Provinzialverwaltung sich dorthin nicht mehr erstreckt, sind, wie Sie wissen, eine ganze Reihe anderer Arbeitsgebiete, namentlich die Kriegsbeschädigtenfürsorge, das Landesarbeits- und Berufsamt, die Krüppelfürsorge und andere hinzugekommen, wodurch das Minus auf der einen Seite durch die Intensität auf der anderen Seite vollständig aufgehoben wird. Eine Ersparnis konnte auch nicht dadurch eintreten, daß uns die Verbiligung der Preise gegenüber früher mindere Auslagen gestattet hätte, denn auch die Preise für fast alle Bedarfsartikel sind heute noch wesentlich höher als früher. Der Herr Landeshauptmann konnte

zwar gestern die auf den ersten Blick so erfreulich erscheinende Tatsache mitteilen, daß die 35 Millionen Mark Anleihe der Rheinprovinz sich im Laufe des vorigen Jahres wie Seifenblasen verflüchtigt haben und daß wir infolgedessen für Verzinsung und Amortisation der Anleihen nichts mehr zu verausgaben brauchen. Aber auch diese scheinbar erfreuliche Tatsache erweist sich als ein Trugschluß, weil dahinter die kolossale Verminderung der Substanz steht, aus der die Verzinsung und Amortisation gezahlt werden konnte. Die Provinz würde sich zweifellos heute besser stehen, wenn noch die alte Substanz- und Finanzkraft von 1913 vorhanden wäre und wenn sie heute noch ihre Anleihen hätte. Sie könnte aus der früheren Substanz- und Finanzkraft mehr herauswirtschaften, als sie jetzt durch das Verschwinden der früheren Millionenanleihe spart. Wohin man schaut, eigentliche Ersparnisse, die uns fast mit Notwendigkeit aufgezwungen werden, kann man kaum finden, nicht etwa durch die Schuld der Provinzialverwaltung, sondern deshalb, weil die Not größer geworden ist gegenüber früher und weil man, wenn man sparen wollte, eben nur die Not sich selbst überlassen könnte. Die 300 000 Mark Ersparnis, die wir dadurch erzielen, daß die Provinzial-Hebammenlehranstalt an die Stadt Köln verpachtet wurde, begrüßen wir. Daß aber die Summe für Unvorhergesehenes ebenfalls bloß auf 300 000 Mark festgesetzt wurde, ist an sich eine Notwendigkeit, um den Etat zu balanzieren; aber wir wissen auch, daß darin keine Ersparnismöglichkeit zum Ausdruck kommt, weil diese Summe sich zwangsläufig erhöhen wird.

Ich hatte eben bereits gesagt, meine Damen und Herren, daß die Ueberweisungen aus Reichssteuern und Dotationen im ganzen mit rund 30 Millionen eingesetzt sind. Meine politischen Freunde bedauern mit Lebhaftigkeit, hier ausdrücken zu müssen, daß nach den Angaben des Herrn Landeshauptmanns gerade diese Summe ein dunkler Schatten ist, der über unserem Etat liegt, daß gerade diese Summe auf einer sehr unsicheren Basis steht, und zwar deshalb, weil die Staatsregierung die Hundertsätze der Ueberweisungen und der Dotationen, die zum Beginn des Etatsjahres versprochen waren, abgeändert hat. Wir möchten hier, um kein Mißverständnis zu erregen, betonen, daß wir nicht etwa der Auffassung sind, Preußen habe die Erhöhung der Beamtenbesoldung nicht mitzumachen brauchen. Nachdem das Reich vorgegangen war, konnte Preußen diesen Schritt nicht unterlassen. Doch wir bedauern, daß, um dieses Plus an Besoldungen herauszuwirtschaften, man einfach ein Versprechen, das man früher gegeben, nicht einlöste und die Hundertsätze verminderte. Der Herr Landeshauptmann hat uns mitgeteilt, daß zunächst der Hundertsatz der Ueberweisungen an die Provinzialverbände aus der

Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer von $3\frac{1}{2}$ auf 3 Prozent, und dann nochmals von 3 auf $2\frac{1}{2}$ Prozent vermindert worden ist, daß ebenso die Gemeinden in ihrem Hundertsatz noch einmal gekürzt wurden, daß dagegen der Hundertsatz für den Staat infolgedessen erhöht wurde und daß zu gleicher Zeit auch noch die Dotation von 15 auf 10 Prozent herabgemindert wurde. Meine Damen und Herren! Wenn Sie bedenken, daß die Dotationen allein mit rund 9 Millionen in den Etat eingesetzt sind, so würde diese Kürzung der Dotationen allein unseren Etat später mit neuen Anforderungen von 3 Millionen belasten. Wir erheben gegen dieses Verfahren Einspruch. Wir können es nicht verstehen, daß man gegebene Zusagen einfach nachher zurückruft. Man kann sich nicht darauf berufen, daß das absolute Ergebnis der Zuweisungen gegenüber den früheren Versprechungen an sich dasselbe geblieben sei, während der Staat bloß das Mehraufkommen an Steuern durch Kürzung der Hundertsätze für sich reserviert habe. Meine Herren, auch das sind Dinge, die nicht angehen, denn in demselben Maße, wie die Ausgaben von Staat und Reich für die Besoldungen steigen, steigen auch die Ausgaben der Kommunen und der Provinzialverwaltungen. Diese sollen aber aus ihren eigenen Quellen die Mittel herausholen, sollen also selbst die Steuerkraft stärken, aber das günstige Ergebnis, das auch sie damit erzielen, wird nachher einfach vom Staat abgeschöpft. Meine Herren, wir möchten der festen Zuversicht und der Erwartung Ausdruck geben, daß eine derartige Behandlung uns nicht mehr widerfährt. Es kann die Arbeitsfreudigkeit der Kommunen und der kommunalen Organe in keiner Weise erhöhen, wenn sie nur mehr ständig, obwohl sie kaum über eigene Einnahmen verfügen, bloß als Geldbewilliger hingestellt werden, ohne zu wissen, woher es nehmen. Damit wird die Heimatfreudigkeit und die Arbeitsfreudigkeit herabgemindert; darunter leidet in letzter Linie auch die Staatsfreude, die Vaterlandsfreude. Hier stehen also Werte auf dem Spiel, von denen wir nicht möchten, daß sie auf fahrlässige Weise gefährdet werden.

Meine Damen und Herren! Bezüglich der einzelnen Partien des Etats möchte ich nicht allzu sehr auf Einzelheiten eingehen. Es kann sich nur darum handeln, zu einigen besonderen Hauptpunkten Stellung zu nehmen und dann vielleicht einige wenige Zahlen, die uns auffallen und vielleicht veränderungsbedürftig erscheinen, zu nennen, um darüber Aufklärung zu bekommen.

Ich habe eben schon von Ersparnissen gesprochen. Ich kann hier nur anfügen, daß auch der sog. Personalabbau der Beamten, Angestellten und Arbeiter für die Provinz eine Ersparnis nicht gebracht hat. An und für sich war ja die Abbauperordnung für das

befetzte Gebiet nicht anwendbar. Infolge von zwei Beschlüssen des Provinzialausschusses, wonach die 65 Jahre alten Beamten und Angestellten ohne weiteres gehen müssen und Jüngere auf ihr besonderes Gesuch hin gehen können, sind im ganzen 65 ausgeschieden, die nicht mehr ersetzt wurden. Aber das finanzielle Ergebnis ist dabei ganz unbedeutend, weil die meisten dieser Beamten 80 Prozent ihres Höchstgehalts als Pension beziehen. Eine finanzielle Auswirkung wird sich erst in späterer Zeit, hoffentlich etwas nachdrücklicher, zeigen. Meine Freunde bitten nun die Verwaltung, daß, wo ein solcher Abbau etwa notwendig wird, sei es bei den Beamten, sei es bei den Angestellten oder den Arbeitern, sie ihn unter möglicher Vermeidung irgendwelcher unnötigen Härten vollzieht.

Bei dieser Gelegenheit, wo ich von Beamten spreche, möchte ich auch der Auffassung meiner Fraktion Ausdruck geben, daß die Einkommensverhältnisse der unteren Gruppen der Beamten sozial nicht gerecht sind. Wir hoffen, daß sie sozial gerechter gestaltet werden. Wir stellen uns da ganz auf den Boden des Antrages des Provinzialausschusses und erwarten, daß die Provinzialverwaltung bei den zuständigen Instanzen wirkt, um die sozialere Gestaltung der Einkommen der unteren Stufen herbeizuführen.

Un sich sehen wir zwar im Etat, daß an einzelnen Stellen der soziale Gedanke auch in der Provinz marschiert. Wir sehen, daß die Bezüge der Ruhegehaltsempfänger sich um 12 Prozent und die der Ruhegeldempfänger um 98 Prozent erhöhten, trotzdem sich ihre Zahl — das ist auf Seite 5 des Vorberichts zu finden — von 209 auf 199 ermäßigt hat. Wir freuen uns darüber, daß die sozialen Zulagen unverkürzt bezahlt werden. Wir freuen uns ebenfalls darüber, daß auch der jüngere Beamte in einer Zeit, wo er gerade infolge Familiengründung und zahlreicher Kinder mehr Geld benötigt als in späteren Jahren, früher, als es ehemals der Fall war, in den Bezug der Endsummen seines Gehalts eintritt.

Wenn ich diese sozialen Gedanken ausspreche, dann möchte ich auch, obschon davon im Etat nichts steht, auf den Begriff der sogenannten Aufwertung hinweisen.

Meine Damen und Herren! In manchen Kreisen lebt die Auffassung noch immer, als ob eine sehr große Aufwertung der früher verflorenen Gewinne und auch der entschundenen Provinzialanleihe stattfinden könne. Das alles ist überall in Fluß. Es wäre unser lebhaftester Wunsch, meine Damen und Herren, wenn wir eine weitgehende Aufwertung herbeiführen könnten. Unser lebhaftester Wunsch wäre es, wenn namentlich den bedürftigen kleinen Leuten, die auch ihre Ersparnisse in Provinzialanleihe anlegten, weitestgehend entgegengekommen werden könnte. Aber wir möchten nicht Hoffnungen auf-

kommen lassen, von denen wir von vornherein wissen, daß sie doch wie Seifenblasen verfliegen und damit noch einmal eine Hoffnung zertrümmern, die schon einmal im vorigen Jahre gänzlich zu Grabe getragen wurde. Sollte für uns der Gedanke der Aufwertung akut werden, so werden wir mit besonderer Gewissenhaftigkeit prüfen, inwieweit und wo sie notwendig ist, und werden zeitig zu diesen Fragen Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren! Ich komme zu einem Schmerzenskind. Ein solches Schmerzenskind ist und bleibt uns der Provinzialstraßenbau. Schmerzenskinder nennt man in der Regel solche Kinder, die geistig oder körperlich defekt sind und infolgedessen besonderer Liebe bedürfen, die den Eltern und Geschwistern teuer werden durch vermehrte Geldausgaben, die aber auch teuer ihrer Liebe werden, weil für diese Ärmsten, die der besonderen Pflege bedürfen, Eltern und Geschwister gern eine besondere Auslage machen. Anders ist es für uns mit den Schmerzenskindern der Provinzialstraßen. Sie sind uns sehr teuer, was Aufwendungen angeht. Ob wir aber, wie ein Elternpaar für ein armes Kind, mit derselben Liebe die großen Summen opfern, das, meine Damen und Herren, möchte ich nicht so ohne weiteres entscheiden, um nicht von mir einen Rückschluß auf die anderen mir zu erlauben. Trotz der Zuwendungen von 4,7 und 3,3 = zusammen rund 8 Millionen, die uns das Reich gibt, trotz dieses Schmerzensgelbes sind und bleiben uns die Provinzialstraßen ein Schmerzenskind. Wir sehen auch in der Verteilung der Dotationen und der sonstigen Zuwendungen von Reich und Staat für die Provinzialstraßen bis heute nur eine Abschlagszahlung. Der Verteilungsschlüssel ist gerechter geworden, als er es früher war. Aber wir hoffen und erwarten mit aller Bestimmtheit, daß er noch gerechter werden wird und daß er den Belangen jeglicher Provinz und damit auch unserer Provinz vollkommen Rechnung trägt. Aber wir erwarten auch von der Verwaltung, daß sie für die Provinzialstraßen einesteils die eigenen Einnahmen möglichst vermehrt, andernteils die eigenen Ausgaben nach Möglichkeit herabmindert, aber unbeschadet der guten Erhaltung der Straßen, und dann auch darauf hinwirkt, daß eine nutzlose Abnutzung der Provinzialstraßen nicht stattfindet. Wenn wir von der Erhöhung der eigenen Einnahmen sprechen, so weiß ich nicht, ob das Mittel, das im Provinzialausschuß auch schon wiederholt, namentlich vom Herrn Kollegen Haas, genannt wurde: die Vermehrung der Einkünfte aus den Obstertträgen, eine wesentliche Einnahme zustande bringen wird. Ich kenne auch kein anderes Mittel, die Einnahmen zu erhöhen, als das von dem Herrn Landeshauptmann genannte, daß die Benutzer der Straßen, namentlich die Lastkraftfahrer, besonders belastet

werden, damit sie auch den Unterbau mitbezahlen. Anders dagegen ist es bei den Ausgabenposten. Meine Freunde sind der Auffassung, daß die Summen, die die Verwaltung an die Straßenbau treibenden Firmen zahlt, gegenüber der Friedenszeit nicht nur absolut, sondern auch prozentual zu hoch sind, daß sie durch anderweitige Vergabe der Arbeiten wesentlich niedrigere Angebote bekäme, ohne daß deshalb eine Verminderung der Arbeitslöhne stattzufinden brauchte. Ich persönlich möchte die Verwaltung bitten, uns einmal detailliert vorzulegen, was 1913 ein Kilometer Straßendecke kostete und was er heute kostet, und uns anzugeben, ob die Erhöhungen in den augenblicklichen Verhältnissen begründet sind. Wir wissen, daß heute manches teurer ist gegenüber früher. Wir wissen aber auch, — wenigstens ist es mir so bekannt —, daß manche Arbeitslöhne niedriger sind als 1913. Und wenn man sonst manchmal die beliebte Konstruktion macht, daß für die Erhöhung gerade der unteren Klassen der Besoldungen und Löhne wegen der Vielsfältigkeit der Einzeldinge eine allzu große Gesamtsumme herauskäme, so kann ich mir doch denken, daß auch in diesen Summen für den Ausbau der Straßenverwaltung die Verminderung der Löhne immerhin doch auch eine erhebliche Quote ausmacht. Dann verstehen wir nicht, wie trotzdem die Gesamtsumme noch immer so bedeutend gegenüber der Friedenszeit erhöht ist. Wir wissen zwar, daß die Provinzialverwaltung sich hier einem Trust, einem Ring der Gesellschaften gegenüber befindet, der mehr oder minder die Preise diktiert. Darum meinen meine Freunde, ob es nicht wenigstens zu versuchen wäre, eventuell durch Uebernahme eines einzelnen Bauamtes in eigene Regie, unter Anwendung aller technischen Hilfsmittel den im Trust zusammengeschlossenen Firmen eine Konkurrenz zu bieten. Wir haben die Hoffnung und die Vermutung, daß dann doch wesentlich günstigere Angebote erzielt würden. (Sehr richtig!) Persönlich habe ich vor mir liegen ein Verzeichnis von Aktionären einer der größten Firmen, die die meisten Arbeiten für die Straßenbauverwaltung ausführt. Ich kenne recht viele dieser Persönlichkeiten, und, wenn ich den großen Aufwand sehe, den diese Familien machen und nach meinem Wissen allein aus den Einkünften machen können, die sie hier haben (Hört, hört!), dann scheint mir, daß ich daraus den Schluß ziehen darf, daß die gezahlten Preise wesentlich zu hoch sind. (Sehr richtig! links.) Ich bitte mit aller Freundlichkeit die Provinzialverwaltung, uns darüber eine Aufklärung zu geben. Sollte meine Auffassung eine irrige sein, so bin ich selbstverständlich gerne bereit, mich eines anderen belehren zu lassen. Ich hatte leider keine Gelegenheit, die Verwaltung vorher zu fragen. Ich nehme aber auch an, daß sie Veranlassung hat, diese Zahlen vor der Öffentlichkeit aufzuklären.

Im Etat stehen auf Seite 10 unter II Nr. 3 der Ausgabe 80 000 Mark Reise- und Tagegelder für die Bauamtsvorsteher. Ich nehme wenigstens an, daß diese Summe für die Bauamtsvorstände ist. Wir haben deren 13. Das machte also pro Bauamtsvorstand mehr als 6000 Mark Reise- und Tagegelder aus oder, wenn ich das Jahr zu 300 Arbeitstagen rechne, 20 Mark pro Tag. Wenn sie aber, wie es nach den Erkundigungen, die ich eingezogen habe, der Fall sein soll, nicht einmal die Hälfte, vielleicht bloß ein Viertel der Tage des Jahres unterwegs sind, dann erhöht sich die tägliche Summe von 20 auf 40, vielleicht sogar auf 60 Mark. Weil wir an der Summe Anstoß nehmen, möchten wir die Verwaltung bitten, uns auch darüber eine Aufklärung zu geben. Wir können diese Höhe nicht ganz verstehen, trotz der Angabe, daß so und soviel Kilometer Landweg per Auto gefahren werden dürfen. Für die Straßenmeister dagegen, die auch außerordentlich viel draußen sind, wenn sie auch nicht diese Ausgaben haben, sind bloß 400 Mark pro Jahr und Person eingesetzt.

Noch einen letzten Gedanken zur Provinzialstraßenverwaltung, meine Damen und Herren. Ich habe gesagt, die Provinzialverwaltung möge auch dafür sorgen, daß die Abnutzung der Provinzialstraßen nach Möglichkeit vermindert werde. Ich muß vorausschicken, daß es mir selbstverständlich fernliegt, etwa für eine Einschränkung der Wirtschaft zu plädieren. Die Wirtschaft kommt also dabei gar nicht in Frage. Ich gehe auch nicht auf den Gedanken näher ein, den der Herr Landeshauptmann und ich bereits angeklungen haben, daß die Lastautos stärker zu Leistungen herangezogen werden sollen. Ich denke in diesem Falle mehr an den Personenverkehr, an die vielen Autos und Motorräder. Ich denke speziell daran, ob es der Provinzialverwaltung nicht möglich ist, energisch darauf hinzuwirken, daß die rasende Schnelligkeit, die so vielfach beklagt wird, abnimmt und daß auch die große Abnutzung durch die Renn- und Wettfahrer auf den Provinzialstraßen gebührend ersetzt wird. Meine Damen und Herren! Wenn Sie draußen in der Provinz auf dem Lande sind, dann ist die Frage doch die: Hat heute namentlich an Sonntagen bei gutem Wetter der Bürger noch ein Recht auf die Landstraße, oder haben es bloß noch die Autobesitzer und die Kraftfahrer (Sehr richtig! links.), unter denen außerordentlich viele sind, die nur Inflationsparvenüs sind? (Sehr gut! links.) Man braucht sich diese Persönlichkeiten nur anzusehen und viele von ihnen zu kennen, um zu wissen, daß sie zu dieser Klasse gehören. Meine Damen und Herren! Daraus entsteht eine ungeheure Verbitterung in der Bevölkerung. Ein Auto jagt das andere, weil das folgende nicht selbst den Staub des ersten fressen will. So steigert sich die rasende Geschwindigkeit bis zu einem längst nicht

mehr zulässigen Höchstmaß. Der Landwirt vermag nicht einmal mehr sein Vieh auf die Straße zu treiben. Der Spaziergänger hat überhaupt kein Recht mehr auf manche Straßen, und das Spielen erholungsbedürftiger Kinder auf diesen Straßen ist erst recht zur völligen Unmöglichkeit geworden. Darum möchten wir die Provinzialverwaltung dringend bitten, daß sie auf die zuständigen Instanzen mit allem Nachdruck hinwirkt, daß diese übermäßige Schnelligkeit herabgesetzt und eine möglichst kleine Fahrtgeschwindigkeit, namentlich in den Orten, vorgeschrieben wird. Dieser Tage wurde, glaube ich, auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Berlin verlangt, daß der Unterschied in der Lebenshaltung verschwindet. Meine Damen und Herren! Auch hier ist ein Punkt, wo ein Unterschied in der Lebenshaltung schwinden muß. Wir sind zwar der Auffassung, daß der Unterschied niemals gänzlich schwinden wird und auch niemals schwinden kann. Aber eine gewisse Angleichung, eine Höherhebung der unteren Lebenshaltung und vielleicht auch ein Herabsteigen mancher oberen Schichten, um eine Angleichung zu erzielen, befürworten wir ganz nachdrücklich. Aber, meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, daß gerade die Hydra des Aergernisses und der Verbitterung, des Luxus und der Verschwendung, die ihr Gift ins Volksleben hineinspeit, nur leben kann infolge der riesigen Abkehr vom wahren, praktischen Christentum. (Sehr richtig! im Zentrum.) Darum treten wir überall, wo es geht, dafür ein, daß das Christentum gestärkt, ein opferwilliges Leben geführt und ein Verzicht auf übermäßige Genüsse herbeigeführt werde.

Meine Damen und Herren! Ob das Mittel, das der Provinzialausschuß empfiehlt, die Herstellung von Pflaster in den Ortschaften, die Mißstände, die ich eben genannt habe, dauernd eindämmen kann, vermag ich nicht zu sagen. Wir schließen uns aber diesem Antrage an, obwohl manche Gemeinden nicht in der Lage sind, das Drittel zu zahlen. Namentlich manche Landgemeinden sind heute in einer derartigen finanziellen Notlage, daß sie nicht einmal die paar eigenen Kommunalwege instandhalten können, geschweige denn in der Lage wären, besondere Aufwendungen für die Provinzialstraßen zu machen. Ebenso scheint es mir auch nur für die allerwenigsten Gemeinden eine Möglichkeit zu geben, eine Umgehungsstraße für die Autos für ihre Gemeinde zu bauen, die dann später von der Provinzialverwaltung übernommen würde.

Bei dem Verzeichnis über die Ausbesserung der Straßen ist mir angegeben worden, daß namentlich, was die Kleinpflasterung angeht, die Strecke Aachen—M.Glabbad—Düsseldorf fehle, obwohl sie die Haupt-

verkehrsader auch der belgischen Besatzung nach Düsseldorf hin und weit darüber hinaus ist, und daß diese Straße ganz erheblich in ihrer Gebrauchsfähigkeit beschränkt sei, ferner auch eine Straße Köln—M.Glabbad. Noch eine dritte Straße ist mir genannt worden, die mir augenblicklich nicht einfällt, ebenso auch noch einige Teile im Kreise Schleiden.

Damit, meine Damen und Herren, möchte ich das eine Schmerzenskind, die Provinzialstraßen, sich selbst überlassen. Ich komme nun zu dem zweiten Schmerzenskind. Dieses Schmerzenskind, das ich Ihnen zu nennen habe, ist ein solches, das uns von ganzem Herzen lieb und teuer ist, für das wir auch gerne Aufwendungen machen. Es sind die Schmerzenskinder unserer Fürsorge, die Fürsorgezöglinge. Oberster Grundsatz unserer Fürsorgeerziehung bleibt allein das Erziehungsziel, ohne jede Tendenz. Wir haben das alleinige Bestreben, diesen armen Kindern zu helfen, die ja zum großen Teil nicht aus eigenem Verschulden Fürsorgezöglinge sind, sondern meist infolge hereditärer Belastung und infolge ihrer sozialen Familienverhältnisse ein Opfer der Fürsorge geworden sind. Darum liegt uns die Sorge für sie jedenfalls sehr am Herzen. Wir betreiben sie außerordentlich gerne mit dem einen Ziel — das betone ich nochmals —, sie möglichst als vollwertige Mitglieder der Volksgemeinschaft nach der Fürsorgeerziehung zurückzugeben. Wenn wir dieses eine Ziel betonen, dann steht natürlich für uns fest, daß wir auch die Mittel anwenden, in denen wir ein ganz besonders wertvolles Erziehungsmittel sehen. Darum können wir an unserer unerschütterlichen Ueberzeugung nicht vorbei, daß zur seelischen Gesundung der Fürsorgezöglinge — ihre Erkrankung ist ja zum größten Teil seelischer Art — das beste Mittel nur die konfessionelle Erziehung sein kann. Darum ist es auch für uns eine Herzensangelegenheit, die konfessionelle Fürsorgeerziehung zu fördern. Wie wir im öffentlichen Leben die vielen, von allen beklagten egoistischen Auswüchse in der Abkehr vom Christentum begründet sehen, so bedauern wir auch diejenigen, die den Einfluß der religiösen Einwirkung in der Fürsorgeerziehung verkennen. Dabei stellen wir uns aber vollkommen loyal auf den Boden des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts der Eltern und der Erziehungsberechtigten und auf den Boden des Gesetzes für die religiöse Erziehung der Minderjährigen. Wenn Eltern und Erziehungsberechtigte und Fürsorgezöglinge, die selbstbestimmungsfähig sind, eine ihrer Weltanschauung entsprechende Erziehung verlangen, dann soll sie auch gewährt werden. Wogegen wir aber besonders Einspruch erheben möchten, ist der Versuch, alle möglichen Methoden anzuwenden, um den klar erkannten Willen der Erziehungsberechtigten irgendwie zu verfälschen.

(Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Es ist eine betäubende Tatsache, daß wir auch in diesem Jahre mit rund 11 000 Fürsorgezöglingen zu rechnen haben. Von diesen 11 000 sind nur 1100 in Provinzialanstalten, während sich rund 10 000 in Privatanstalten und in Familienpflege bzw. in Dienststellen befinden. Finanziell ist die große Anzahl derer, die sich in Familien- und Privatpflege befinden, für den Etat eine außerordentlich große Entlastung. Die Gesamtausgabe für die Fürsorge belastet den Etat mit rund 6,5 Millionen. Dabei ist auf Seite 9 des Vorberichts ausgeführt, daß jeder Zögling in einer Provinzialanstalt täglich 4,50 Mark oder im Jahre 1642 Mark kostet. Würden demnach alle Zöglinge in Provinzialanstalten sein, so würden die 11 000 Zöglinge eine Ausgabe von über 18 Millionen Goldmark verursachen, gegenüber den angegebenen 6,5 Millionen. In einer Privatanstalt kostet ein Zögling pro Tag 1,92 Mark oder im Jahre rund 700 Mark. Die Unterbringung in einer Privatanstalt erspart also bei jedem Zögling 942 Mark im Jahr oder bei 11 000 Zöglingen $11\,000 \times 942 = 10,382$ Millionen Mark. Wir haben schon im vergangenen Jahre beklagt, daß man die freiwilligen Kräfte zu schlecht bezahlt. Meine Damen und Herren! Ich finde da im Etat, daß man für 24 Personen geistlichen Pflegepersonals 3500 Mark verausgabt oder pro Person und Jahr 150 Mark. Auf Seite 79 sind für 37 Personen 6591 Mark oder 180 Mark pro Jahr und Tag vorgesehen. Wir freuen uns, daß die Provinzialverwaltung von selbst anführt, daß eine Erhöhung dieser Beträge um 50 Prozent bereits vorgesehen ist. Aber auch dann, meine Damen und Herren, ist das Entgelt noch viel zu gering, und andererseits bleibt auch dann gegenüber den Provinzialanstalten eine sehr wesentliche Belastung des Etats bestehen. Meine Damen und Herren! Die Vergütungen, die da für Kleider, Wäsche und Schuhe gezahlt werden, reichen für diese Sachen wirklich nicht aus. Wir sprechen immer von sozialer Gerechtigkeit. Dieses geistliche Pflegepersonal hat keine Beamtenausschüsse, keine Betriebsräte, keine Gewerkschaften, diese modernen Dinge sind ihm nicht geläufig. Aber ich meine, die soziale Gerechtigkeit verlangt, daß man der Arbeit auch da ihren Lohn gibt, wo sie nicht durch eine Organisation einen Druck ausüben kann und ausüben will. Darum bitten wir die Provinzialverwaltung, weitestgehend zu prüfen, wie weit eine Aufbesserung der Bezahlung der freiwilligen Hilfskräfte, namentlich der geistlichen Pflegekräfte, vorgenommen werden kann. Wir möchten dabei nicht unerwähnt lassen, daß die Zöglinge in den Provinzialanstalten an sich teurer sein müssen. Dort sind natürlich in erster Linie die sehr schwer Erziehbaren und sonstige, die keine Anstalt will oder aufnehmen kann. Die Folge ist ein ver-

mehrtes und vielleicht auch besser gebildetes Erziehungspersonal. Also Dinge, die naturgemäß die Erhöhung der Kosten verursachen. Aber immerhin möchten wir doch auch der Auffassung Ausdruck geben, daß wir die Familienerziehung in der Fürsorgeerziehung als die idealste und die beste ansehen und daß wir wünschen, daß die Provinzialverwaltung gerade die Familienunterbringung nach Kräften fördern möge. Damit es nicht scheint, als ob wir bloß aus finanziellen Gründen uns für diese Anstalten und die Familien einsetzen, betone ich: Wir setzen uns für die Familien und für diese Anstalten deshalb ein, weil wir in ihnen den Ausdruck der allerbesten Erziehung sehen, weil wir hier Werte sehen, die wir für unsere Fürsorge nicht entbehren möchten: Ein Personal, selbstlos, zu selbstlos, bescheiden, zu bescheiden. Darum möchten wir ihm finanziell zu Hilfe kommen und damit unseren Zöglingen auch eine Wohlthat erweisen. Wir statten von dieser Stätte aus sowohl der Zentralstelle für die evangelische Familienerziehung als auch der Geschäftsstelle für die katholische Familienerziehung, wie auch den vielen Familien, die sich eines solchen Kindes annehmen für ihre freiwillige Hilfe unseren wärmsten Dank ab. (Bravo!) Wenn wir einmal statistisch nachweisen können, daß auch andere Richtungen in der Beziehung Gutes geleistet haben, dann sind wir auch gerne bereit, das Gute auf der anderen Seite rückhaltslos anzuerkennen. Wir möchten an dieser Stelle auch dem Herrn Geheimrat Schmidt danken, der so lange Jahre in der Fürsorge tätig war und der im Verlauf des Verwaltungsjahres ausgeschieden ist. (Bravo!)

Zum Schluß möchte ich bei dieser Frage sagen, daß wir dem Antrage des Provinzialausschusses bezügl. der Bürgschaft bis zu 2 Millionen Goldmark gegenüber der Landesbank für dahingehende gemeinnützige Einrichtungen gerne zustimmen werden.

Meine Damen und Herren! Ich müßte mich jetzt eigentlich noch mit den Anträgen über die Errichtung weltlicher Fürsorgeanstalten und die Anstellung von vier Fürsorgeinspektoren und einer Fürsorgeinspektorin beschäftigen. Ich nehme aber an, daß wir dazu noch Gelegenheit haben werden, wenn wir zu diesen Fragen speziell Stellung nehmen. Ich möchte darum hier nur angeben, daß wir uns auf den Boden des Antrages des Provinzialausschusses stellen. Ich setze dabei voraus, daß wir uns auch dem Antrage bezüglich des Einspruchs gegen die Abänderung des § 1 des preussischen Ausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz anschließen werden. Wir möchten schließlich noch der Auffassung Ausdruck geben, daß wir auch bei der ganzen Familienpflege — das spielt ja in diese Anträge hinein — nicht das Element der privaten Fürsorger und

Fürsorgerinnen ausgeschaltet wissen wollen. Wir werden überall für diese Dinge warm eintreten.

Damit, meine Herren, komme ich zu dem letzten Antrage, der in diesen Dingen liegt, das ist die Umänderung des § 1 des preußischen Ausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 29. März 1924. Wir müssen uns mit diesem Antrage deshalb speziell beschäftigen, weil in ihm eine grundsätzliche Materie behandelt wird, die der besonderen Behandlung bedarf. Meine Damen und Herren! Der Provinzialausschuß ist, soviel ich weiß, ganz oder wenigstens in seiner größten Mehrheit, der Auffassung, daß die Fürsorgerziehung bisher Selbstverwaltungsangelegenheit der Provinz war. Durch das angeführte Gesetz ist sie zur Auftragsangelegenheit erklärt worden. Das würde bedeuten, daß praktisch der Landtag aus der Fürsorge in Zukunft ausscheidet, daß er wohl noch große Debatten halten kann, die aber an sich keinen praktischen Wert haben, daß er noch in der Lage ist, Gelder zu bewilligen oder sogar zwangsweise bewilligen zu müssen, daß er aber über die Verwendung derselben eine Rechenschaft nicht zu fordern hat und daß alles in Zukunft in das Geheimkabinett des Provinzialausschusses verwiesen wird. Meine Damen und Herren! Wir bedauern das zunächst aus dem Grunde, weil wir der Auffassung sind, daß die öffentliche Behandlung der Fürsorge hier im Landtag klärend und verständigend gewirkt hat. Wir haben ja manchmal nicht besonders erfreuliche Debatten gehabt; ich glaube, das können wir uns alle ganz liebenswürdig zugestehen. Aber das andere ist auch sicher, daß wir uns einander nähergebracht und uns mehr verständigt haben. Wir sind auch der Ueberzeugung, daß, je mehr diese Fragen hier im Landtage in aller Öffentlichkeit zur Aussprache kommen, in demselben Maße auch das Mißtrauen gegen die Fürsorge schwindet und die Fürsorge in demselben Maße draußen eine festere Grundlage und ein größeres Ansehen gewinnt, mit anderen Worten, daß es der Fürsorge dienlich ist, wenn diese Fragen hier öffentlich behandelt werden. Darum wollen wir sie nicht an den Provinzialausschuß dadurch verwiesen haben, daß die Fürsorgerziehung einfach zur Auftragsangelegenheit erklärt wird. Die Frage berührt uns besonders deshalb, weil sie sowohl gegenüber der Reichsverfassung als auch gegenüber der Staatsverfassung von Bedeutung ist. Wir sind der Ueberzeugung, daß diese Umänderung dem Artikel 127 der Reichsverfassung und ebenso den Artikeln 70 und 72 der preußischen Verfassung kraß widerspricht, daß sie also eine Verfassungsverletzung bedeutet. Darum können wir dieser Regelung nicht ohne weiteres zustimmen, sondern wir sind der Auffassung, daß Provinzialausschuß und Provinzialverwaltung die Klärung dieser Sache auf allen nur gangbaren

Wege erreichen müssen, d. h. eine Entscheidung darüber, ob es eine Verfassungsverletzung ist oder nicht. Meine Damen und Herren! Diese Frage ist eine Beschränkung des Rechts der Selbstverwaltung. Wir haben hier ein besonders typisches und schwerwiegendes Beispiel für die Beschränkung der kommunalen Selbstverwaltung. (Abg. Gerlach: Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Alle kommunalen Kreise, die Großstädte und auch die Landgemeinden, beschwerten sich dauernd darüber, daß in einer Zeit, wo ständig von der Erweiterung der Selbstverwaltung gesprochen wird, mehr und mehr daran abgebaut wird. (Sehr richtig!) Man macht das zwar nicht immer auf dem Wege des Gesetzes, wie es hier drastisch zum Ausdruck gekommen ist; nein, alle möglichen Verfügungen brechen schließlich der Selbstverwaltung den Hals. Der ungeheure Stoß von Verfügungen, Genehmigungen usw. nimmt eine solche Unmasse Zeit bei den Kommunalverwaltungen in Anspruch, daß meine Freunde gegen diese Art ganz energisch protestieren und hier eine Lanze für eine wirkliche Erweiterung der Selbstverwaltung einlegen möchten. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Bezüglich der anderen Dinge, die im Etat stehen, stimmen wir besonders der Bewilligung der Mittel für die Kunstbestrebungen und für die Erhaltung der Kunstdenkmäler vollkommen zu.

Im großen und ganzen wären das die Ausführungen, die ich zum Etat zu machen habe. Sie wissen, er schließt in Ausgabe und Einnahme mit rund 49 Millionen. Meine Fraktion hat zu der Frage noch keine Stellung genommen, ob wir den Vorschlag des Provinzialausschusses bezügl. der Umlage so annehmen, ob wir im ersten halben Jahre sie ganz von der Ueberweisung der Steuern, der Reichssteuern bezw. der Realsteuern nehmen. Das wird sich noch im Verlauf der Tagung klären.

Meine Damen und Herren! Nun wollen Sie mir aber noch ein Wort gestatten zu Dingen, die scheinbar nicht ganz zum Etat in Beziehung stehen, die aber ganz besonders auf die Gestaltung des nächstjährigen Etats sicherlich eine schwerwiegende Einwirkung haben. Das letzte Mal waren wir am 18. und 19. Dezember 1922 hier unter diesem Dache versammelt. Damals hingen düstere, schwere Gewitterwolken über dem westlichen politischen Himmel, und wir waren kaum nach Hause gelangt, da entlud sich das Wetter, es entstand der sog. Ruhrkrieg. Seitdem mußten auch wir draußen in der Verbannung tagen, weil eine Reihe von ausgewiesenen Mitgliedern sonst an unseren Tagungen nicht teilnehmen konnte. Mit heißem Danke gedenken wir der gastlichen Aufnahme, die uns das Oberhaupt der Stadt Barmen und die treue bergische Bevölkerung geboten haben. (Bravo!) Die Tagungen des Rheinischen Provinziallandtages

in Barmen werden für die Annalen der Stadt Barmen Ehrenblätter sein. Aber die Stadt Barmen wird es uns nicht falsch auslegen, wenn wir trotz der splendiden Gastlichkeit uns zurücksehnten nach unserer eigentlichen Düsseldorfer Heimat, die nun einmal unsere Verwaltungsheimat ist, denn, „ist's auch schön im fremden Lande, doch zur Heimat wird es nie!“ Wir sind wieder daheim in Düsseldorf. Wir möchten übergehen, ja wir möchten vergessen, was zwischen dem Dezember 1922 und dem Juni 1924 liegt. Wir möchten nicht durch ein einziges herbes Wort die Ereignisse der vergangenen 1½ Jahre auffrischen. Besonders möchten wir nicht ein sich anbahnendes Entspannungsverhältnis zwischen Deutschland und unserem westlichen Nachbar irgendwie stören. Wir grüßen bei der Gelegenheit zunächst alle unsere Ausgewiesenen (Bravo!), die hier in unserer Mitte versammelt sind, und bebauern lebhaft, daß einer nicht hier sein konnte, unser Oberpräsident Fuchs, der ausgewiesen blieb und auch für die kurze Zeit der Tagung eine Einreiseerlaubnis nicht erhielt. (Hört, hört! rechts.) Aber die Erwähnung all dieser Dinge soll, wie gesagt, nicht eine Auffrischung vergangener Tage, nicht eine Aufpeitschung von Leidenschaften sein. Meine Freunde wollen diese Stunde der Entspannung in keiner Weise stören. Wenn betont wurde, daß die gegenwärtige Entspannung, die sich zeigt, ein Sieg der sog. Verständigungspolitik sei, dann, meine Damen und Herren, freuen wir vom Zentrum uns ganz besonders dieser Stunde, weil wir durch unsere Staatsmänner für diese Verständigungspolitik, namentlich seit 1920, in hervorragender Weise unentwegt eingetreten sind, wenn auch vielfach verkannt und verfolgt vom eigenen Volke. (Bravo!)

Der Herr Landeshauptmann hat uns ein Bild der düsteren wirtschaftlichen Not gezeichnet, die über unserem besetzten Gebiet liegt. Die Last der Ricumverträge ist so unerträglich, daß die Wirtschaft darunter zerfällt. Wenn nicht diese Lasten und einengenden Fesseln für die Wirtschaft fallen und nicht neues Blut durch Kredite von außen der Wirtschaft zugeführt wird, dann kommt die Wirtschaft wieder in die Not des vorigen Jahres hinein, ja die Not wird vielleicht noch größer, dann wachsen sich die Dinge wiederum so aus, daß der Chauvinismus dadurch begünstigt und das Elend manchmal zur Verzweiflung getrieben wird. (Sehr richtig! links.) Meine Damen und Herren! Nun steht ein Silberstreifen der Hoffnung am Himmel. Die Entspannung soll die Annahme des Experten-Gutachtens bringen. Auch seine Lasten sind schwer, ungeheuer schwer. Aber jetzt sind wir allein die Reparationsprovinz, wir tragen die Lasten, die unerschwinglichen, für das gesamte Volk. Die ganze Welt muß einsehen, daß eine einzelne Provinz nicht die Geißel für ein

ganzes Volk auf die Dauer bleiben kann. (Zustimmung.) Trotzdem die Lasten schwer sind, stellen sich meine politischen Freunde entschlossen hinter die Reichsregierung und verlangen die Annahme des Experten-Gutachtens, wenn es sonst keine Erlösung aus dieser Not gibt. Wir verlangen die Annahme allerdings in der sicheren Erwartung, daß damit auch endlich die Fesseln und Hemmnisse schwinden, die unserer Wirtschaft angelegt sind, damit wir uns wirtschaftlich wieder frei entfalten können. (Beifall.) Wenn wir dieses Verlangen aussprechen, so betonen wir auch das andere gegenüber unseren eigenen Volksgenossen, daß wir die aus der Annahme des Gutachtens folgenden finanziellen Opfer sozial gerecht verteilt wissen wollen. (Sehr richtig!) Wir erwarten, daß mit Annahme des Gutachtens oder vielmehr sofort, dem Geiste der Entspannung entsprechend, die bitteren und lästigen Verkehrserschwernisse vom unbefetzten zum besetzten Gebiete aufhören werden, daß ferner die Beschlagnahme von kaufmännischen Büchern, die gerade in letzter Zeit zwecks Herbeiführung von Bestrafungen für wirtschaftliche Verfehlungen während des Ruhrkrieges erfolgt, aufhört, daß diese Dinge mindestens unter die Amnestie fallen. Wenn neuerdings seit Hälfte Mai fortlaufend diese Beschlagnahmungen und schweren geldlichen Strafen mit der Androhung hoher Gefängnisstrafen erfolgen und sich fortsetzen, dann, meine Damen und Herren, kann eine psychologische Entspannung im rheinischen und ruhrländischen Volke beim besten Willen nicht eintreten. (Zustimmung.) Wir erwarten, daß auch die drückenden Lasten der Besatzung, die seit Januar 1919 bis Januar 1924 über 5 Milliarden Goldmark kostete, also mehr als die ganze Kriegsentzündung, die Frankreich 1870/71 an Deutschland zahlte, gemildert werden. Dabei denken wir namentlich an die große Besatzung von Düsseldorf. Die Presse brachte sogar die Nachricht, daß Düsseldorf zur Zeit die größte und stärkste Garnison der Welt sei. Meine Damen und Herren! Im Geiste der Entspannung und der Annäherung dürfen wir hoffen, daß hier eine fühlbare Erleichterung, wenn nicht eine gänzliche Beseitigung eintreten wird.

Ich sprach schon von der Amnestie, die der französische Ministerpräsident in Aussicht stellte. Möchte ein guter Geist ihm eingeben, Unterscheidungen zwischen den Ausgewiesenen und den Verurteilten zu unterlassen. (Bravo!) Wir hoffen, daß alle unsere ausgewiesenen und verurteilten Volksgenossen bald der Heimat wiedergegeben werden. Sie haben alle nur ihr Vaterland geliebt und sich für ihr Land geopfert, eine nationale Tugend, die auf der ganzen Erde von jedem Kulturvolke geachtet und geehrt wird. (Bravo!) Meine Damen und Herren! Meines Wissens haben gerade die beiden Länder allein, die am Ruhrkampfe aktiv beteiligt waren, Frank-

reich und Belgien, die sehr ansprechende Idee zur Auswirkung gebracht, daß sie in ihren Hauptstädten einem unbekanntem gefallenen Helden ein Ehrenggrab errichteten. Die Ehre dieses Grabes ist die Ehre ihrer Nation, und wir ehren das Volk, das seine gefallenen Helden ehrt. Mir scheint, meine Damen und Herren, daß man damit doch in beiden Ländern symbolisch ausdrücken wollte, daß sie nicht hier ihre Fahnen neigen vor dem Ansehen der Person, sondern vor dem Ansehen der Persönlichkeit, daß sie in dem unbekanntem Helden die moralisch wertvolle Persönlichkeit ehren, die sich opferte für ihr Vaterland. Beide Länder wissen selbst nicht, ob es ein General oder ein einfacher Infanterist ist, der dort beerdigt ist. Ihre Fahnen senken sich ehrfurchtsvoll vor der nationalen, vaterländischen Tugend. Meine Damen und Herren! Unsere Ausgewiesenen und Verurteilten haben nichts anderes getan, als was dieser unbekanntete tote Held auch tat. (Sehr richtig! rechts.) Auch sie haben sich für ihr Land geopfert. Ihre Vaterlandsliebe ist im Wesen dieselbe, sie ist nur graduell verschieden. Darum, meine Damen und Herren, möchten wir hoffen — ich sage es noch einmal — daß ein guter Geist dem französischen Ministerpräsidenten eingebe, daß er Unterscheidungen zwischen Ausgewiesenen und Verurteilten unterlasse und daß er bald alle unsere Ausgewiesenen und Verurteilten der Wohltat der Amnestie teilhaftig werden lasse, damit sie endlich in ihr angestammtes Heimatland zurückkehren können. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich sage dies im Namen der Kultur und im Namen der Menschlichkeit. Ich weiß nicht, ob es bei einer Rede, die so prosaisch gestaltet ist, die sich mit Statszahlen beschäftigen muß, die beinahe unterprosaische Verhältnisse behandelt, gestattet ist, noch mit einigen Worten in das Reich der Poesie zu gehen. Meine Damen und Herren! Sie alle kennen unseren Dichterkönig Goethe und seine wunderbare Schöpfung „Iphigenie auf Tauris“. Goethe hat in diesem Werk den Kampf zwischen dem Verlangen nach Heimatrecht und der Verbannung grundsätzlich gelöst. Iphigenie ist die Vertreterin der Ausgewiesenen und Verbannten. Sie steht vor Toas, dem König des Kynthenvolkes, d. h. des Barbarenvolkes. Diese Idee hat Goethe hier schon vor vielen Jahrzehnten zum Ausdruck gebracht. Wir wissen, wie Iphigenie flehend die Drangsale der Verbannung schildert, wie der Blick nach des Vaters Hallen immer wieder zurückschweift, wie der Gram das Glück von den Lippen der Verbannten zehrt, wie dieses Leben dem zweiten Tode gleichgeachtet wird. Aber auch der Barbarenkönig Toas kann sich dem universalen, transzendentalen Recht und Verlangen nach der Heimat nicht verschließen. Er verzichtet auf das Recht der gegenseitigen Liebe und des Besitzes und

gibt die Verbannte ihrer griechischen Heimat wieder. Meine Damen und Herren! Wir wenden uns an ein großes Kulturvolk, das sich mit Stolz die grande nation nennt und das stolz ist auf die grande gloire, der wir diesen Ruhm unbesiegt gönnen. An sie wenden wir uns mit dem Verlangen, daß unsere Verbannten, Ausgewiesenen und Verurteilten heimkehren möchten. Iphigenie flehte für sich. Für uns, meine Damen und Herren, ist es nicht entehrend, wenn wir eine solche flehende Geste nicht für uns, sondern für unsere ausgewiesenen und verurteilten Brüder und Schwestern machen. Ich möchte sagen: Wir stehen so, wie Iphigenie vor Toas stand, das Heimatrecht begehrend. So rufen wir, als ob Iphigenie die Vertreterin jedes einzelnen Ausgewiesenen und Verurteilten rief: „So gib auch uns den unstrigen endlich wieder und rette uns von diesem Leben hier, dem zweiten Tode!“ Vom Leben der Verbannung und der Verurteilung. Die restlose Erfüllung unserer Wünsche bezüglich der Ausgewiesenen und Verurteilten würde eine wesentliche Entspannung bedeuten und ganz sicher die Geister einander nähern. Sie würde die Zeit anbahnen, wo wir nicht mehr Gegner sind, sondern in friedlicher, wetteifernder Arbeit zusammenleben zum Wohle der gesamten Menschheit, der beiden Länder, unseres lieben Heimatlandes. (Lauter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat zunächst Herr Landesoberbaurat Quentell.

Landesoberbaurat Quentell: Meine Damen und Herren! Ich darf vielleicht kurz auf einige Fragen antworten, die der Herr Vorredner eben gestellt hat.

Er hat gefragt: Was kostete 1 Kilometer Chausseerung 1913 und was kostet er jetzt? Das Kilometer Chausseerung kostete 1913 ungefähr 6000 Mark und jetzt kostet es 12—14 000 Mark, also ungefähr 100 Prozent mehr als in Friedenszeiten. Einen Hauptanteil an diesen Mehrkosten haben einmal die Arbeiten, weil die Löhne bedeutend gestiegen sind, dann aber auch die gewaltigen Frachten. Die Regiefrachten betragen ungefähr 100 Prozent mehr als die Frachten im unbefetzten Gebiet, und, da wir hier fast ganz im besetzten Gebiet wohnen, so müssen wir diese kolossalen Frachten jetzt bezahlen. Auch die Dampfrollenpreise sind etwas in die Höhe gegangen. Der Kleinschlag selbst, also das Material, ist in der letzten Zeit heruntergegangen; aber noch vor einem Vierteljahr hat er ungefähr 100 Prozent mehr gekostet als in Friedenszeiten.

Der Herr Vorredner hat dann gefragt, ob nicht einmal ein Bauamt allein in Regie betrieben werden könnte. Meinen Herren! Eigentlich betreiben wir alles in Regie. Wir arbeiten nicht so, daß wir die Arbeiten an einen Großunternehmer vergeben, sondern die Arbeiten werden bis ins kleinste von

den Bauämtern bezw. deren Vorstände selbst vergeben und ausgeführt. Beim Walzen z. B. wird zunächst das Material ausgeschrieben, der Sand besonders und die Steine besonders; dann wird die Anfuhr noch besonders ausgeschrieben. Mit den Walzern haben wir mehrjährige Verträge, die aber auch permanent nach den Tagelohnpreisen reguliert werden. Wir haben nicht einen ständigen, sondern einen steigenden bezw. fallenden Tarif. Dann wird das Einbauen der Steine auch mit Arbeitern gemacht, so daß wir eigentlich, wenn auch nicht vollständig, sagen können: Wir arbeiten in Regie. Ebenso war es bei den 100 Kilometer Kleinpflaster, die wir gemacht haben. Als die Sache bekannt wurde, traten große Bauunternehmer von Düsseldorf und Duisburg an uns heran und sagten: Gebt uns die Sache. Da haben wir erklärt: Nein, wir vergeben sie in kleinen Losen an kleine Pflastermeister, die selbst mitarbeiten und gewissermaßen Schachtmeister sind. Das ist gewissermaßen auch eine Regiearbeit.

Wenn ich noch einmal auf die Dampfwalzen zurückkommen darf, so hatte die Provinzialverwaltung vor ungefähr 20 Jahren sechs sog. Drehlingsche Dampfwalzen. Ich habe selbst als Bauinspektor zwei in meinem Bezirk gehabt. Die Provinzialverwaltung war froh, als sie sie wieder abschaffen konnte, weil sie damit — in eigener Regie — bedeutend teurer arbeitete als mit Unternehmern. Wir haben diese Erfahrung gemacht, und wir tun gut, weiter bei unserem bisherigen System zu bleiben.

Es ist also nach meiner Ansicht wohl kaum möglich, noch mehr in Regie zu arbeiten, als wir es bis jetzt schon tun. Es soll aber natürlich noch geprüft werden, ob noch weiter ins einzelne hineingegangen werden kann.

Was sodann die 80 000 Mark Dienstreisefkosten anbetrifft, meine Herren, so haben in früheren Etats nur 60 000 Mark gestanden. Jetzt stehen, wie gesagt, 80 000 Mark darin. Es ist eigentlich nur eine Verschiebung im Etat. Wie der Herr Vorredner schon sagte, hat der Provinzialausschuß vor zwei Jahren genehmigt, daß jedem Bauamtsvorstand gestattet ist, 2000 Kilometer mit Automobil zurückzulegen. Wenn das Kilometer 1 Mark kostet, so macht das bei 13 Bauämtern für je 2000 Kilometer = 26 000 Mark. Wenn wir diese 26 000 Mark zu den früheren 60 000 Mark, die wir immer gehabt haben, zurechnen, so kommen wir auf 86 000 Mark. Natürlich werden einzelne Reisen, die früher zu Fuß zurückgelegt wurden, heute mit Wagen oder Auto zurückgelegt. Also müßte sich die Summe wieder etwas reduzieren. Daher ist die Summe von 86 000 Mark auf 80 000 Mark zurückgesetzt. Im übrigen bekommt nicht der Bauamtsvorstand für jede Dienstreise so und so viel, sondern er hat seine bestimmten Reisefkostensätze. Er erhält bei eintägigen Reisen

4,15 Mark, bei halbtägigen Reisen 2,75 Mark, bei Uebernachtungen 5,60 Mark. Ferner bekommt er für 1 Kilometer Eisenbahn 6,6 Pfg., also den Preis der 2. Klasse, für 1 Kilometer Landweg werden 15 Pfg. vergütet. Meine Herren, zu dem letzten möchte ich noch bemerken, daß in Friedenszeiten 60 Pfg. pro Kilometer Landweg gezahlt worden sind. Wir sind da also um drei Viertel zurückgegangen. Wenn Sie dabei berücksichtigen, daß viele Bauamtsvorstände mit dem Rad fahren und daß sie von diesen 15 Pfg. noch das Rad unterhalten müssen — sie bekommen für die Radhaltung heute keinen Pfennig, und was ein Rad für Mantel, Schlauch usw. kostet, wissen Sie selbst —, so sind die Kosten gewiß nicht zu hoch. Wie gesagt, jeder Bauamtsvorstand muß jeden Monat seine Reisekosten nach Tage- und Uebernachtungs-geldern sowie Kilometergeldern liquidieren. Die Rechnungen werden revidiert, und die revidierten Beträge bekommt er ausgezahlt.

Im allgemeinen möchte ich aber noch eins sagen. Meine Herren, nach meiner Ansicht kann der Bauamtsvorstand im Interesse des Dienstes nicht oft genug draußen auf seiner Strecke sein. Bei jeder Reise, die er macht, spart die Verwaltung sehr viel. Als alter Straßenbaubeamter möchte ich sagen: Wenn ich die Bauämter abreise, kann ich an dem Zustand der Straßen sofort sehen, ob der Bauamtsvorstand viel oder wenig draußen ist. Reist der Bauamtsvorstand viel, so sieht man sofort: Da ist sachgemäß gearbeitet, da wird das Material nicht einfach draufgeworfen, da werden auch die Flicken richtig eingebaut. Es ist eine falsche Ersparnis, wenn wir an Reisekosten sparen. Ich habe oft genug bei den Landesbauräten der westlichen Provinzen die Frage angeregt: Wie kriegen wir unsere Herren mehr hinaus? Wie geben wir ihnen eine größere Möglichkeit zum Reisen? Meine Kollegen aus den anderen Provinzen haben mir darin zugestimmt, daß wir darauf sehen müssen, daß die Herren möglichst viel hinauskommen, und zwar bei Wind und Wetter, ebenso wie bei Sonnenschein. Damit sparen wir ganz bedeutend. Der Bauamtsvorstand, der viel reist, kennt seine Strecke besser; er kann im nächsten Jahr viel besser veranschlagen, wenn er gesehen hat: Wie war die Straße bei Sonnenschein und wie bei Regenwetter. Darum möchte ich dringend bitten, an diesen Ausgaben nicht zu sparen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. K a i s e r.

Abgeordneter Dr. K a i s e r: Meine Damen und Herren! Es war schwer, nach den letzten, von großer Heimatliebe getragenen Ausführungen des ersten Vorredners den nüchternen Rückgang zum Etat anzutreten. Mein Herr Vorredner war so liebenswürdig, mir durch die vielen Zahlen, die er inzwischen vorgetragen hat, diesen Uebergang etwas zu erleich-

tern, und so darf ich mich denn nüchtern, wie der erste Redner angefangen hat, auch wieder mit unserem Haushalt beschäftigen.

Als wir im vorigen Jahre in unserem Exil in Barmen unseren Haushalt berieten und verabschiedeten, da durfte ich Ihnen mit Recht sagen, daß es zweckmäßig wäre, trotzdem wir den Haushalt berieten, keine einzige Zahl zu nennen, denn die Zahlen, die da niedergeschrieben wurden, waren ja schon unrichtig, ehe die Tinte, die sie geschrieben hatte, trocken war. Heute ist es, Gott sei Dank, wieder anders. Wir haben wieder einen Goldetat vor uns, der, wenn er auch, wie der Nachtragsetat uns beweist, nicht unumstößlich fest ist, sondern schon Änderungen erfahren hat, uns aber doch wieder einen sicheren Boden gibt und uns zwingt, vorbehaltlich irgendeiner Korrektur, doch mit den Zahlen zu rechnen, wie sie der Haushaltsplan niedergelegt hat.

Ich darf nun zunächst namens meiner Freunde dem Herrn Landeshauptmann eine warme Anerkennung aussprechen für die klare, umsichtige und durchsichtige Darlegung unseres Haushaltsplans. (Bravo!) Ich darf ihm unsere besondere Anerkennung aussprechen für den richtigen Satz, den er geprägt hat: Die Wirtschaft ist die erste Hand, und die Verwaltung ist die zweite, und, wenn man der ersten Hand kein Leben läßt, kann auch die zweite nicht gedeihen. Das erste muß also sein, unsere Wirtschaft wieder aufzubauen; dann werden wir auch unsere Verwaltung wieder aufbauen können. Aber eine kleine Mißstimmung muß der Herr Landeshauptmann in diesem Zusammenhang von uns hinnehmen, die er wohl nach dem Vorausgegangenem nicht mißverstehen wird. Bei meinen Freunden ist eine Mißstimmung entstanden wegen der Behandlung der Provinzial-Hebammenlehranstalt in Köln. Meine Damen und Herren! Wir wollen und ich als Kölner zu allerletzt will der Stadt Köln den 15jährigen Pachtbesitz, den sie rechtlich und verfassungsmäßig einwandfrei durch ihren Vertrag bekommen hat, gewiß nicht nehmen. (Abg. Hoff: Bravo!) Wir wünschen, daß sie den Pachtbesitz diese 15 Jahre lang behält. (Abg. Hoff: Bravo!) Herr Hoff, auch Ihr Bravo ändert an der Situation nichts; deswegen werde ich doch sagen, was ich zu sagen habe. Wir wünschen, wie gesagt, daß die Stadt Köln diesen 15jährigen Pachtbesitz behält, denn sie hat ihn zu recht. Wir wünschen aber auch, daß in den 15 Jahren nicht eine derartige organische Verbindung dieser Anstalt mit Kölner städtischen und Universitätsrichtungen eintritt, daß nach diesen 15 Jahren eine Lösung des Vertrages ohne schwere Schmerzen kaum möglich wird. Wir wünschen nicht, daß sich die Hoffnung verwirklicht, daß in 15 Jahren

wiederum ein Provinzialausschuß da ist, der der Stadt Köln nicht nur das 15jährige Pachtrecht gibt, sondern ihr auch diese Anstalt zu vollem Eigentum auflöst. Meine Damen und Herren! Die Mißstimmung, die entstanden ist, beruht auf folgendem. Die Frage eines Eingehens der beiden Provinzialanstalten hatte uns schon reichlich lange in dem zuständigen 2. Ausschuß beschäftigt. Es hatten Besichtigungen und Erwägungen stattgefunden, und wir hatten den Gedanken, der in der Verwaltung aufgetaucht — ich will nicht sagen: vorgeschlagen — war, die Provinzialanstalt in Elberfeld aufzugeben, einmütig zurückgewiesen. Wir waren aber weiter einmütig der Meinung, daß, wenn die Verhältnisse uns dazu zwingen, eine dieser Anstalten aufzuheben, es die Elberfelder Anstalt sein müsse und nicht die Kölner. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Die Elberfelder ist aber vorbildlicher!) Sie können ja nachher durch Ihren Redner das Nötige zu Elberfeld sagen. — Einmal aus dem Grunde, weil die Kölner Anstalt die bessere, die größere und die neuere war. Sie sehen ja jetzt schon, die Elberfelder Anstalt müssen Sie schon ausbauen, sonst langt sie nicht mehr, das steht ja in dieser Vorlage bereits drin. Wir waren im Ausschuß einmütig darin, daß zunächst keine Anstalt preisgegeben werden sollte und daß, wenn eine Anstalt preisgegeben werden sollte, es die Elberfelder Anstalt sein müsse. Wir waren einmütig im Ausschuß und einmütig mit der Verwaltung. Nun, meine Damen und Herren, spielt diese Sache, daß die Verwaltung ihre Meinung in diesem Punkte geändert hat, doch schon recht lange, und wir hätten in dem Ausschuß, der sich so liebevoll mit dieser Sache beschäftigt hatte, doch wohl erwarten dürfen, daß doch die Verwaltung uns von dieser geänderten Meinung eine Mitteilung gemacht hätte und sie in diesem Ausschuß — das war im November in Barmen durchaus möglich — hätte beraten lassen. Wir wären dann vielleicht doch zu einem anderen Ergebnis gekommen wie der Provinzialausschuß, der die Sache rein von der finanziellen Seite aufgefaßt hat. (Zuruf des Abg. Hoff: Es ist aber so besser!) Es lassen sich da doch eine Reihe von Gründen anführen. Aber ich will, da die Sache entschieden ist, einen Streit hierüber nicht beginnen. Aber das können Sie doch verstehen: Wenn ein Ausschuß sich so liebevoll mit einer Sache beschäftigt hat im Einklang mit der Verwaltung, dann darf er auch erwarten, daß die Verwaltung, wenn sie ihre Meinung ändert, wenigstens dem Ausschuß über diese geänderte Meinung Aufklärung und ihm Gelegenheit gibt, sich darüber zu äußern. Ich will nicht so böseartig sein und, wie gewisse böse Zungen, behaupten, daß man wohl mit Absicht dieses nicht an diesen Ausschuß gebracht hätte, weil man vorausgesehen hätte, daß in diesem Ausschuß ein anderes Ergebnis herauskommen würde. Aber ich kann den

lösen Zungenschlag nicht verwehren, der Gedanke liegt außerordentlich nahe. Das zu dieser Sache.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu dem Vermögensstand, den uns der Herr Landeshauptmann in so anschaulicher Weise geschildert hat. Er hat die finanzielle Lage der Provinz mit Recht außerordentlich ernst aufgefaßt. Wir fassen sie noch ernster auf und können nicht nachdrücklich genug betonen, daß die finanzielle Lage der Provinz — ich werde darauf im einzelnen gleich noch eingehen können — eine ganz außerordentlich bedenkliche und gefährdete ist. Der Herr Landeshauptmann hat uns dargelegt, daß wir stark entlastet wären durch unsere 35 Millionen Schulden, die wir gehabt hatten und nun nicht mehr haben. Er hat uns weiter dargelegt, daß wir diese 35 Millionen aber schon fast ganz eingebüßt hätten durch 16 Millionen, die wir in unseren eigenen Anlagen verloren, durch 14 Millionen Reservfonds, den wir bei der Landesbank verloren, und durch noch einige Millionen aus anderen Fonds. Er hat weiter mit Recht darauf hingewiesen, daß unsere Straßen vollständig zerstört sind und uns da viel, viel Kapital vernichtet ist. Er hat es aber begrüßt, daß uns diese 2 Millionen Ueberschuß noch zur Verfügung stehen, mit dem Hinweis, daß wir diese 2 Millionen höchnötig haben.

Meine Damen und Herren! Ich beurteile die Sachlage doch etwas anders. Ich freue mich auch, daß die 2 Millionen Ueberschuß da sind, wenn auch nicht greifbar, so doch in Werten. Aber woher sind denn die 2 Millionen Ueberschuß? Wir haben sie anderen genommen. Und wem haben wir sie genommen? Denjenigen, die im Vertrauen auf die Güte der Provinz sich die Provinzialanleihe angeschafft haben und denen sie jetzt wertlos im Kasten liegen. Ich möchte doch sagen: Ist für die Provinz der Verlust dieser 2 Millionen nicht eher zu ertragen, als der Verlust an Vertrauen, den wir in der Provinz erleiden, wenn wir in der Frage der Provinzleihen nichts tun? Ich meine, hier sollte die Provinz den Städten und sonstigen Gemeinden vorbildlich vorgehen. Ich möchte wünschen, daß die Sache ernstlich im 1. Sachauschuß beraten wird und daß dabei auch ein Ergebnis herauskommt. Ich will hier keine Hoffnungen wecken, die sich nicht erfüllen lassen — das wenigstens in geringem Maße zeigt, daß wir Treu und Glauben auch im Verkehr mit denjenigen, die unsere Anleihen zeichnen, halten wollen, auch wenn es uns noch so schwer wird. *Justitia est fundamentum rei publicae*, die Gerechtigkeit ist die Grundlage jedes Staatswesens! Das muß auch im Verhältnis der Provinz zu ihren Bewohnern zur Anwendung kommen. Ich meine, es wäre möglich, auch wenn man nicht direkt zur Kapitalaufwertung übergeht, daß man doch wenigstens in geringem Maße für diejenigen, die diese Anleihen an sich ge-

nommen und mit gutem Golde bezahlt haben, den Zinsendienst einigermaßen wieder aufnimmt. Gerade der Hinweis auf die 2 Millionen Ueberschuß, die da sind, wird meiner Meinung nach den Weg möglich machen. Flüssig, das ist ja richtig, sind diese zwei Millionen nicht, aber ein Teil dieser zwei Millionen wird sich meiner Meinung nach alsbald flüssig machen lassen.

Der Herr Landeshauptmann hat dann darauf hingewiesen, daß der Haushalt der Provinz in erster Linie abhängig ist von dem Gesundsein der Landesbank, und er hat darauf hinweisen können, daß trotz allen Druckes, den wir vorgenommen, im allgemeinen unsere Landesbank günstig dasteht. Er hat weiter mit Recht betont, daß wir alles einsehen müssen, um der Landesbank ihre Liquidität zu erhalten. Er hat auch darauf hingewiesen, wie notgedrungen auch die Landesbank die Bedürfnisse der Provinz hat befriedigen müssen, indem sie selber Notgeld druckte. Meine Damen und Herren! Wir sehen diese Notwendigkeit ganz gewiß heute wohl alle ein. Aber bedauerlich bleibt die Sache unter allen Umständen. Ich meine, alles muß jetzt darauf gerichtet sein: Diese Inflationswirtschaft darf unter keinen Umständen und in keiner Form mehr wiederkehren, denn ein zweites Mal würde die Provinz eine derartige Inflation nicht mehr ertragen können.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu unserer eigentlichen Bilanzierung. 183 000 Mark Unvorhergesehenes stehen in dem Etat. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß das eine außerordentlich geringe Summe sei und daß die Decke, die uns da gestreckt ist, außerordentlich kurz ist.

Dann wurde darauf hingewiesen, daß eine erhebliche Herabsetzung der Provinzialdotationen in letzter Stunde von Preußen vorgenommen worden ist und daß uns einfach gesagt wird: Die Steuern werden ja erhöht, Ihr bekommt Euren Anteil. Ich bin auch der Meinung, so kann die Sache nicht gehen. Ich meine, Preußen darf uns in letzter Stunde nicht das nehmen, worauf die Gemeinden vertraut haben. Die Gemeinden und auch die Provinz glaubten mit Rücksicht auf diese Zusage, endlich wieder den Übergang zu geordneten Verhältnissen finden zu können. Wenn man dann in letzter Stunde diese Änderungen trifft, dann wirft man ja alles über den Haufen. Und wenn man sagt: Preußen hat diese Erhöhung nötig, weil es dem Reiche in der Erhöhung der Beamtengehälter folgen muß, so sage ich: Gut, aber auch die Provinz und die Gemeinden müssen folgen, wenn das Reich und Preußen vorgehen. Und mit welchem Gelde sollen die berechtigten Forderungen, die die Beamten auch in der Provinz und in den Gemeinden stellen, erfüllt werden, wenn Preußen uns das ganze Steueraufkommen, das für diesen Zweck bestimmt ist, einfach wegnimmt und uns nur

annähernd diejenige Summe zuweist, die nötig war, um die früheren, unaufgebosserten Gehälter zu zahlen.

Meine Damen und Herren! Es ist auch mit Recht darauf hingewiesen worden, daß uns der Beamtenabbau, besonders im besetzten Gebiet, keine großen Erleichterungen bringt. Einmal dürfen wir nicht so abbauen, wie es im unbesetzten Gebiete geschieht, weil uns die gesetzliche Grundlage dazu bis jetzt fehlt, und zum andern, was wir abbauen können, sind doch nur die infolge Alters Ausscheidenden, wo immer 80 Proz. an uns hängen bleiben, also nur eine Erleichterung von 20 Prozent im Einzelfalle eintritt.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Straßenverkehr. Gewiß ist er ein Schmerzenskind. Ich will aber das Bild des Vorredners, das er uns so anschaulich vor Augen geführt hat, nicht weiter spinnen, sondern nüchtern, ganz nüchtern folgendes sagen. Unser Autoverkehr verschleißt die Straßen in ganz ungewöhnlichem Umfange, und es ist nicht angängig, daß die Allgemeinheit diesen Verschleiß einfach trägt. Wie die Form gefunden wird, ob man den Personenverkehr oder den Güterverkehr mehr belasten muß, das wird Sache eingehender Prüfung sein müssen; aber geschehen muß etwas auf diesem Gebiete. Der Herr Landeshauptmann hat ganz zutreffend dargelegt: Der Staat muß, wenn er seine Verkehrstragen aufstellt, auch den Verschleiß seines Unterbaues einrechnen. Hier ist die Sache aber tatsächlich so: Der Autoverkehr verschleißt die Straßen auf Kosten der Allgemeinheit. Das ist nicht angängig, besonders nicht in einer Zeit furchtbarer wirtschaftlicher Not wie der, in der wir uns jetzt befinden. Wir müssen vielmehr unter allen Umständen darauf bestehen, daß, wenn ein derartiges Verkehrsmittel die Straßen besonders in Anspruch nimmt, es auch die Kosten, soweit sie von ihm verursacht werden, auf seine Rechnung schreibt und sie nicht der Allgemeinheit aufbürdet. Wenn uns gesagt worden ist, daß man jetzt schon eine Autoomnibuslinie Köln—Basel plane, so bedaure ich das ungemein. (Sehr richtig!) Wirtschaftlich ist die Sache ganz gewiß nicht. Sie kann nur wirtschaftlich gemacht werden auf Kosten unserer Straßen, und, wenn man da den richtigen Posten einsetzt, muß sie unwirtschaftlich werden. Für eine Route Köln—Basel ist nicht der Autoverkehr da, ganz gewiß nicht der Lastverkehr. Dafür ist für den normalen Menschen die Eisenbahn da.

Wir stimmen auch überein mit den Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns bezügl. der Verteilung der Autosteuer auf die Provinzen. Bei der Verteilung, wie sie jetzt geschieht, abgesehen von dem Ausnahmefall, den man für dieses Jahr geschaffen hat, kommt das Rheinland nicht zu seinem Rechte.

Ich will die Gründe nicht wiederholen, die der Herr Landeshauptmann vorgeführt hat. Sie haben uns überzeugt, daß bei den Verhandlungen, die hierüber gepflogen worden sind, die Vertretung des Rheinlandes in durchaus guter und sachverständiger Hand ist. Das Ergebnis, das jetzt durch die Ausnahmebestimmung für das laufende Jahr geschaffen worden ist, muß, wenn auch in anderer Form, ein dauerndes werden. Nur dann wird man dem Rheinlande und seinem ausgedehnten Straßennetz und seinem außerordentlichen Verkehr, der nirgendwo sonst in ganz Preußen auch nur annähernd erreicht wird, gerecht.

Meine Damen und Herren! In unsere Verhandlungen wird auch noch etwas klingen, wovon bis jetzt noch nicht gesprochen worden ist, das ist das Landesjugendamt. Es ist kein Geheimnis, daß meine Freunde gegen dieses Landesjugendamt ganz erhebliche Bedenken haben. Wir wünschen Klärung dieser Bedenken in dem zuständigen Ausschuß. Damit es aber dahin gelangt, ist es nötig, angesichts der Stellung der übrigen Parteien, daß unsere Freunde der Verweisung an den Ausschuß zustimmen. Wir werden das tun. Ich mache aber ausdrücklich darauf aufmerksam, daß das keine Bindung für die Fraktion ist, daß diese Zustimmung nur den Zweck hat, im Sachausschuß die Sache weiter zu klären, um nach der Aufklärung, die sie im Sachausschuß gefunden hat, die Grundlage unserer weiteren Entschliebung zu bilden.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu der Uebernahme von Bürgschaften für gemeinnützige Darlehen, wo der Provinziallandtag dem Provinzialausschuß weitgehende Vollmachten geben soll. Meine Freunde sind im allgemeinen nicht der Meinung, daß der Landtag zugunsten des Provinzialausschusses Rechte aufgeben soll. Das bringe ich bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck, das haben wir auch sonst zum Ausdruck gebracht. Aber es ist ja richtig, daß man dem Provinzialausschuß eine gewisse Bewegungsfreiheit geben muß.

Nun verlangt man hier unsere Zustimmung dazu, daß bis zu 2 Millionen insgesamt für diese Darlehen aufgewendet werden. Meine Damen und Herren! Es wird im Ausschuß geprüft werden müssen, wie groß denn wohl der Jahresbedarf ist und sein kann. Wird der Jahresbedarf durch diese 2 Millionen erschöpft, dann werden meine Freunde der Summe nicht zustimmen, denn das wäre einfach die Uebertragung der gesamten Rechte des Provinziallandtages an den Provinzialausschuß in diesem Punkte. Wenn 2 Millionen der Jahresbedarf sind, und wir stimmen dem einfach zu, dann geben wir überhaupt unser ganzes Recht im Landtage auf. (Abg. Orlopp: Sehr richtig!) Die Sache ist aber doch so gedacht, daß der Provinzialausschuß an Stelle des Landtages nur in einigen besonders dringenden

Fällen, wo er den Landtag nicht zur Hand hat, entscheiden soll. Also, meine Damen und Herren, die Summe, für die wir den Provinzialauschuß ermächtigen, darf nach der Meinung meiner Freunde nur ein Teil der Gesamtsumme sein, darf aber nicht die Gesamtsumme selbst sein. Es wird hierüber Aufklärung geschafft werden müssen.

Meine Damen und Herren! Nun muß ich ein kurzes Wort zur Landwirtschaft reden, insbesondere zu dem unsere Rheinlande besonders interessierenden Obst- und Weinbau. Es ist uns, die wir im Rheinlande wohnen, wohl bekannt und wird uns täglich immer sichtbarer, daß die Not der Landwirtschaft, die ja jetzt im allgemeinen besteht, hier im Rheinlande eine ganz besondere ist, namentlich für unseren Wein- und Obstbau. Wir sind der Meinung, daß die Staatsregierung sorgfältig — noch sorgfältiger, als es bisher geschehen sein mag — prüfen muß, ob nicht hier Maßnahmen dringend notwendig sind. Meine Damen und Herren! Für mein Gefühl ist es nicht zu ertragen, wenn jetzt im Rheinlande, wo Kirichen und Erdbeeren in reichstem Maße reif sind, daneben ständig fast in gleicher Menge künstlich gereifte Bananen angeboten werden. Ich meine, was man an Devisen für dieses Obst gezahlt hat, hätte man für bessere Zwecke verwenden sollen, im Interesse unseres Weinbaues und im Interesse unserer Obstwirtschaft. (Sehr richtig!)

Ich bin nicht sachverständig genug, hier weitere Anregungen zu geben. Aber ich bin doch der Meinung, daß es Pflicht des Rheinischen Provinziallandtages ist, die Staatsregierung auf die von ihr auf diesem Gebiete noch zu lösenden Aufgaben nachdrücklich hinzuweisen.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhange möchte ich auf das Pfingstunwetter zurückkommen, das gerade in unserer Nachbarschaft bis in die Nähe dieses Hauses so erheblichen Schaden angerichtet hat. Meine Damen und Herren! Es war im Rheinlande immer gute Übung, daß, wenn ein Teil des Rheinlandes und auch des übrigen Deutschlands von irgendeinem besonderen Schaden betroffen war, wir in dem uns angeborenen Gemeinschaftsinn uns zusammenschlossen, um diesem Teile zu helfen. Meine Damen und Herren! Diesen Gemeinschaftsinn haben wir in der großen wirtschaftlichen Not, die über uns alle gekommen ist, Gott sei Dank, nicht verlernt. Im Gegenteil, er ist in uns stärker geworden, und wir sind unsererseits bereit, nach jeder Richtung hin für die geschädigten Gebiete, die nun in der großen Not, die wir alle haben, noch ganz besonders notleidend geworden sind, einer für alle einzutreten, und wir hoffen dasselbe von der Staatsregierung. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Ein kurzes Wort zur Fürsorge. Von meinen Freunden ist in den Be-

ratungen, die wir darüber hatten, darauf hingewiesen worden, daß ein großer Teil der Fürsorgezöglinge psychopathisch veranlagt sei und daß vielleicht nach dieser Richtung hin doch bis jetzt noch nicht das Geschehen sei, was hätte geschehen können. Ich sage „vielleicht“. Meine Freunde wünschen, daß die Verwaltung noch in eine erneute Prüfung dieser Frage eintritt. Weiter ist hervorgehoben worden, es sei unbedingt notwendig, den verdorbenen Fürsorgezögling unter allen Umständen von dem bereits verdorbenen fernzuhalten, damit auch ihm die Wurzel nicht verdorben wird. Das ist eine Sache, die nicht so leicht einzurichten ist. In der Erörterung über das Landesjugendamt wird diese Frage vielleicht auch eine Rolle spielen. Wunsch meiner Freunde ist es jedenfalls, daß man auf dem Gebiete doch vorsieht, soweit man irgendwie vorsehen kann.

Weiter ist darauf hingewiesen worden, daß eine Reihe von Kommunen außerordentlich gut auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung bereits arbeiten und seit Jahren gearbeitet haben und daß vielleicht die Provinzialverwaltung gut tut, auf die Wünsche dieser Kommunen, deren Sachkenntnis und Unterrichtung auch von der Provinzialverwaltung zweifellos nicht verkannt wird, etwas mehr Rücksicht zu nehmen, namentlich hinsichtlich der Ueberweisung in Anstalten, als es vielleicht bisher geschehen ist. Dann wünschen meine Freunde — und da ist auch noch etwas möglich zu machen — möglichsste Beschleunigung in allen Sachen der Fürsorgeerziehung. Auch da ist vielleicht — „vielleicht“ sage ich — nach der Darstellung, wie sie uns gegeben worden ist, in dem einen oder anderen Falle eine Beschleunigung noch möglich.

Meine Damen und Herren! Nur ein kurzes Wort zu der Aenderung des § 1 des preussischen Ausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vom 23. März 1924. Auch meine Freunde halten diesen § 1 für verfassungswidrig. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob, wie es in der Denkschrift steht und auch von dem ersten Redner gesagt worden ist, diese Bestimmung gegen Artikel 127 der Reichsverfassung verstößt, denn dieser Artikel lautet doch nur: „Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht der Selbstverwaltung innerhalb der Schranken des Gesetzes.“ Ich kann nicht so ohne weiteres anerkennen, daß der § 1 gegen diese Bestimmung verstößt. Aber ganz zweifellos ist mir, daß er gegen den Artikel 72, Absatz 2, der preussischen Verfassung verstößt. Wenn damals in der preussischen Verfassung urkundlich verbrieft wurde: „Das Gesetz wird den Kreis der den Provinzen überwiesenen Selbstverwaltungsangelegenheiten erweitern und ihnen Auftragsangelegenheiten übertragen“, dann kann man füglich keinen Zweifel darüber haben, daß die An-

gelegenheiten, die bis jetzt bei den Provinzen waren, Selbstverwaltungsangelegenheiten — nur solche kannte man damals — waren und daß die Provinzen die Selbstverwaltungsangelegenheiten, die sie hatten, unter allen Umständen behalten sollten und daß man nur diese Selbstverwaltungsangelegenheiten noch, wie man es damals jedenfalls vor hatte, ganz erheblich erweitern und den Provinzen daneben noch Auftragsangelegenheiten — eine neue Sache, die man vorher gar nicht kannte — zuweisen wollte. Bei dieser Sache ist es allerdings für den Provinziallandtag ganz unerträglich, daß man ihm dieses Recht nehmen will und daß man den Provinzialausschuß auf dem Gebiete nicht mehr als Organ des Landtages ansehen will, sondern als Organ der Staatsregierung. Das ist meiner Meinung nach ein Weg, den wir unter keinen Umständen mitgehen dürfen. Wir halten es durchaus für richtig, daß wir in der Form, wie es vom Provinzialausschuß vorgeschlagen ist, vorgehen.

Meine Damen und Herren! Ich darf schon zum Schlusse kommen, nachdem ich, glaube ich, alles das, was in der Rede des Herrn Landeshauptmanns erwähnt worden ist, wenigstens gestreift habe.

Es freut uns, noch ein Wort zu den Vorschlägen über die tausendjährige Gedenkfeier der dauernden Zugehörigkeit der Rheinlande zum deutschen Reiche sagen zu dürfen. Wir freuen uns, daß gerade in die Tage dieser politischen und wirtschaftlichen Not, in der das Rheinland steckt, die Vorbereitung dieser Feier fällt, einer Feier, die unser Deutschtum so unzweideutig durch die Geschichte festlegt. (Bravo!) Wenn wir den Völkerfrieden genießen wollen, dann muß lange vor dem Tage dieser Feier feststehen, daß uns unser Deutschtum kein ernsthafter Politiker mehr streitig machen kann. (Beifall.) Dann darf an diesem Tage auch kein einziger Rheinländer als freier Staatsbürger hier im Rheinlande mehr fehlen, den man um seines Deutschtums willen in die Verbannung geschickt und von Haus und Heimat verwiesen hat. (Erneuter Beifall.) Dann müssen auch die wenigen Rechte, die der Versailler Vertrag unserem Rheinlande gibt, — leider sind es nur allzu wenige — lange vor diesem Tage restlos erfüllt sein. (Bravo!) Wir Rheinländer hoffen, erwarten und verlangen, daß wir an diesem Tage, unbeeinträchtigt von fremder Beeinflussung, uns wieder die Hände als Deutsche schütteln können. Wir wollen gegenüber der ganzen Welt und allen Weltteilen bekennen: Wir freien Rheinländer, wir wollen sein ein einziges Glied im freien deutschen Reich, in ungetrennter Zugehörigkeit zum Staate Preußen, der uns unser Deutschtum nach unserer geschichtlichen Erfahrung am besten verbürgt. (Beifall.) Wir wollen die Kulturbrücke zwischen Osten und

Westen sein, aber wir wollen deutsch sein. Was dem Reich — und hier sage ich bewußt: — mehr als 2000 — nicht nur 1000 — Jahre eigen ist, deutsche Art und deutsches Wesen, das sollte keine fremde Macht zerstören, das sollte kein Völkerbund ihm nehmen wollen. Wir wollen im Jahre 1925 an diesem Tage feierlich, freudig und nachdrücklich in alle Welt hinausrufen: Ein freies Rheinland ist ein unverletzlicher Bestandteil des geeinigten deutschen Reiches. (Lauter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Ich muß darauf aufmerksam machen, daß das Händeklatschen nicht die übliche Beifallsbezeugung in diesem Hause ist.

Bevor ich das Wort weiter erteile, muß ich mitteilen, daß in der vorgesehenen Mittagspause sowohl eine Besprechung des Ältestenrates wie auch eine Besprechung des Provinzialausschusses notwendig sein wird. Ich schlage deshalb vor, nachdem wir die beiden Herren, die jetzt von den Fraktionen noch sprechen werden, die Abgeordneten Steinbüchel und Knab, gehört haben, eine anderthalbstündige Pause einzulegen. Ich bitte dann die Herren des Ältestenrates zunächst zusammen zu treten und vielleicht 20 Minuten oder eine Viertelstunde nach Schluß der Sitzung den Provinzialausschuß.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Steinbüchel das Wort.

Abgeordneter Steinbüchel: Meine Damen und Herren! In einigen Wochen, um die Wende von Juli und August, jährt sich der zehnjährige Gedenktag des Ausbruchs des Weltkrieges. Damit hat die imperialistische Entwicklung der kapitalistischen Staaten zu einer Katastrophe geführt, die auf Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte, hinaus das Angesicht der Welt, insbesondere Europas, bestimmen wird.

4½ Jahre Krieg haben wir hinter uns mit unendlichen Leiden, und anschließend an die Katastrophe fünf Jahre Frieden. Aber dieser Frieden war nur ein halber Frieden; er war speziell ein derartiger Friede für das Gebiet des Rheinlandes. Außerordentlich waren die Lasten, außerordentlich war das Elend, das sich an diesen Frieden von Versailles anschloß. Gerade wir Rheinländer haben ganz besonders diese Lasten tragen müssen, und wir haben sie noch zuletzt in vermehrtem Maße im Ruhrgebiet während der Zeit des passiven Widerstandes tragen müssen: Absatzkrisen, Beschlagnahmungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Ausweisungen, Kurzarbeit, Stilllegung von Betrieben, Arbeitslosigkeit hunderttausender Arbeiter sind die Folge gewesen. Heute sind Rhein und Ruhr Reparationsprovinz geworden. Die Zolllinie und die Micumverträge bedeuten eine immense Belastung, ja sogar letzten Endes die allmähliche Er-

Drosselung der deutschen Wirtschaft. Es ist nicht zu verkennen, daß die Industrie momentan in einer mißlichen Lage ist. 60 Millionen Mark rückständiger Kohlensteuer waren aufzubringen, und täglich sind aus dem Ruhrgebiet 60 000 Tonnen Reparationskohlen an Frankreich abzuliefern. Die Micumlasten sind für das Rheinland und für das Ruhrgebiet allein zu groß. Falls wir auf Grund des Sachverständigengutachtens nicht bald zu einer Lösung der Reparationsfrage gelangen, muß die Reichsregierung unbedingt zur Rettung des besetzten Gebietes die Micumlasten auf das ganze Reich verteilen und darf uns nicht eine Reparationsprovinz sein lassen. (Zustimmung.) Es wird berechnet, daß die Micumlasten, die Frankreich mit der Kohlenindustrie und mit annähernd 60 Gruppen der Industrie vereinbart hat, im besetzten Gebiet allein die ungeheure Summe von 1,2 bis 1,4 Milliarden Goldmark ausmachen. Hinzu kommen aber noch hohe Ein- und Ausfuhrzölle, die die Wirtschaft und den Verkehr behindern. Die Zolllinie geht mitten durch das Gebiet bis Mannheim herunter. Aus dem sogenannten Loch im Westen strömen die Luxusartikel — der Wein ist ja schon erwähnt worden, der die Winzer ungeheuer schädigt —, wie Parfüms, Konserven und Früchte aller Art herein, die unsere Zahlungsbilanz außerordentlich schädigen. Und schließlich als am meisten schädigendes Mittel sind die Eisenbahnen in fremden Händen und nicht mehr der deutschen Hoheit untergeordnet. Die Hauptlast dieser gesamten Erschwernisse und Lasten hat bisher im großen und ganzen die Arbeiterschaft getragen. (Sehr richtig!) Die Kapitalisten haben die meisten Lasten doch auf die breiten Massen, insbesondere auf die Arbeiterschaft, abgewälzt. Ein Beispiel dafür ist der Lohnkampf, den 450 000 Bergarbeiter vier Wochen lang zu führen gezwungen waren, allein um das nackte Leben zu fristen. Sie sehen auf diese Weise, daß wir im besetzten Gebiet Ungeheures zu tragen haben. Die Zechenbesitzer hätten zweifellos bei gutem Willen diesen Kampf vermeiden können; eine Schuld, die sie haben, ist nicht abzuweisen. Aber trotzdem, der tiefste Grund beruht zweifellos darin, daß die Micumlasten die Industrie außerordentlich drücken.

Meine Damen und Herren! Nun endlich nach zehn Jahren zeigt sich doch eine gewisse Aussicht auf Erleichterung. In Frankreich und England haben sich die Verhältnisse, wenn auch nicht grundstürzend, so doch erheblich umgewälzt, zum Leidwesen auch der deutschen Nationalisten. In England ist Macdonald der führende Kopf, und hinter ihm steht die Sozialdemokratische Partei. In Frankreich hat der Demokrat Herriot das Ruder ergriffen, und nur mit sozialistischer Unterstützung vermag er, sich am Ruder zu halten. So haben in den beiden hauptbeteiligten Staaten, die Deutschland bedrücken, Demokratie und

Sozialismus wesentlich an Kraft gewonnen; sie sind in der Lage, der Welt den Frieden auf andere Weise zu geben, als es bisher der Fall war. (Sehr richtig! links.) Die Mittel der Vorgänger dieser Staatsmänner waren Macht, Militär und Diktatur. Die Mittel dieser neuen Staatsmänner sind davon grundverschieden. Sie sehen nicht das Heil der Welt darin, daß ein großes, 60 Millionen starkes Volk geknechtet, wirtschaftlich zersplittert, politisch zerstört werden soll, sondern sie finden den Vorteil der Welt in der Mitarbeit Deutschlands am Wiederaufbau und in der Versöhnung der bisher entzweiten Völker. Meine Damen und Herren! Daß dem so ist, das danken wir im wesentlichen der internationalen Sozialdemokratie. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Es ist soeben, ich glaube von Herrn Jansen, gesagt worden, daß insbesondere auf die augenblicklichen deutschen Staatsmänner diese Anbahnung eines neuen Verhältnisses zurückzuführen sei. Ich glaube, so sehr sich diese auch bemühen, sie werden nichts erreichen, wenn außerhalb Deutschlands die Verhältnisse nicht anders werden. (Sehr gut! bei den Sozialisten.) Wir hoffen, daß die neuen Verhältnisse eine Beruhigung und Versöhnung und damit eine Entspannung der ganzen Lage bringen werden.

Der Weg ist natürlich die Annahme des Sachverständigengutachtens; ein anderes Mittel gibt es nicht. Wir sind uns klar darüber, daß das Sachverständigengutachten uns auch ganz außerordentliche Kosten bringen wird. Aber wenn Sie bedenken, daß allein die Micumlasten 1,4 Milliarden etwa betragen, daß für die Unterhaltung der Besatzungsheere im besetzten Gebiet allein im letzten halben Jahr laut der Denkschrift der Reichsregierung annähernd 400 Millionen gezahlt worden sind — also aufs Jahr gerechnet 800 Millionen — und daß auf Grund des Sachverständigengutachtens uns doch zunächst auf einige Jahre ein Moratorium und dann steigende Beträge zugebilligt werden, wenn Sie beides mit einander vergleichen, dann werden Sie finden, daß das Sachverständigengutachten unter den einmal obwaltenden Umständen doch das kleinere Übel ist (Zustimmung) und daß wir uns im Interesse speziell des Rheinlandes und darüber hinaus des deutschen Volkes auf den Boden dieses Gutachtens unbedingt stellen müssen. Wir hoffen natürlich von den Staatsmännern der uns ehemals feindlichen Staaten, daß sie auch ihrerseits all die Dinge, die das Sachverständigengutachten vorschreibt, loyal ausführen. Ohne dem kann es natürlich keine Annahme dieses Gutachtens geben. Das Sachverständigengutachten sagt ausdrücklich, daß die Beträge, die geleistet werden sollen, nur möglich sind, wenn die wirtschaftliche und politische Einheit des deutschen Volkes wieder gewährleistet wird. Das heißt selbstverständlich, daß die Regie in allernächster Zeit nach Annahme

des Gutachtens verschwindet, daß die Zollgrenze aufgehoben wird, daß das Loch im Westen verstopft wird und daß dem deutschen Reiche, dem preußischen Staate und den Gemeinden wieder die volle steuerliche und Verwaltungshoheit gegeben wird. Das bedeutet weiter auch, daß die Micumlasten fortfallen und uns eine Atempause zu Krediten und zur Wiederaufnahme der namentlich bei uns im Ruhr- und Rheingebiet schwer geschädigten Wirtschaft gegeben wird. Darüber hinaus ist es schon aus moralischen und menschlichen Rücksichten unbedingt notwendig, daß auch die ausgewiesenen Beamten und Angehörigen der übrigen Berufsclassen wieder ihrem Berufe und ihrer Heimat zurückgegeben werden. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß, wenn das Gutachten angenommen wird, die ausführenden Gesetze so gehalten sind, daß die Lasten daraus im wesentlichen die Kreise tragen, die sie tragen können. Wir wünschen nicht, daß die Arbeiterschaft noch mehr belastet wird, als es heute schon der Fall ist. Wir werden uns also gegen Zölle und Verbrauchssteuern und gegen eine etwaige Erhöhung der Umsatzsteuer erklären müssen. Es wird vielmehr verlangt werden müssen, daß Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer endlich einmal für den Besitz in schärfster Weise durchgeführt werden und daß die Industrie die Uebernahme der Industrieobligationen nicht zum Anlaß nimmt, um sie zu Lohnkürzung, Arbeitszeitverlängerung und dergleichen auszunutzen. Unsere Fraktion wird im Reichstage gegen eine etwaige Abwälzung dieser Ausgaben auf die breite Masse den schärfsten Kampf führen. Es ist der Besitz, der hier unbedingt die Lasten tragen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialisten. Zuruf eines Kommunisten: So eine Heuchelei!)

Meine Damen und Herren! Hier möchte ich doch auch eine Mahnung an die Nationalisten richten. Wiederum zeigt sich, daß die Nationalisten aller Länder sich gegenseitig in die Hände arbeiten. Ein Teil der deutschen Presse, der Parteien und Gruppen will weder das Sachverständigengutachten annehmen, noch hofft er von der Zusammenarbeit Deutschlands mit den Siegerstaaten einen Erfolg. Hier liegen zum Teil parteiegoistische Gründe vor, sowie der Gedanke, daß nur die Gewalt der Waffen im Völkerleben entscheidend sein kann. Meine Damen und Herren! Wir, die wir auf pazifistischem Boden stehen, sind der Ansicht, daß das Gegenteil in Zukunft der Fall sein wird. Was sich im Völkerbunde zeigt, ist zweifellos noch nicht vollkommen; aber es ist der Ausgestaltung fähig, und wir hoffen, daß die Möglichkeit vorhanden ist, daß Deutschland recht bald als gleichberechtigtes Glied dem Völkerbunde beitrifft und daß auf diese Weise auch die Sicherheitsfrage für Frankreich gelöst werden kann. Es ist unbedingt Pflicht der Regierung, gegen die nationalistischen Organisationen und gegen die Paraden der Kriegervereine vorzugehen. Je

mehr die Regierung abrückt von diesem Treiben, desto mehr fördert sie die Gesundung des deutschen Volkes und stützt alles, was zum Frieden und zur Verständigung dient. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.) Auch innenpolitisch wird die Regierung zur Gesundung beitragen können durch ein energisches Vorgehen gegen die Geheimorganisationen. (Zustimmung bei den Sozialisten.) Den mit ähnlichen Methoden arbeitenden Kommunisten würde dadurch ein gut Teil Agitationsstoff entzogen.

Werden so die innen- und außenpolitischen Verhältnisse baldigst geklärt, so glaube ich, daß nach Annahme des Sachverständigengutachtens, Durchführung der erforderlichen Gesetze, Kredite und dergleichen eine ruhige und friedliche Arbeit für das deutsche Volk einsetzen kann und daß dann der deutschvölkische und kommunistische Spuk von rechts und links wie ein Nachtgespenst in kurzer Zeit verschwinden wird. (Sehr richtig! bei den Sozialisten, Lachen bei den Kommunisten, Zuruf eines Kommunisten: Wie naiv!) Meine Damen und Herren! Ich gehe nun zum eigentlichen Etat über.

Unser Etat hat nicht mehr den gleichen Umfang wie in früheren Jahren. Früher hatte er immer 300 bis 400 Seiten, es war ein dickes Buch; heute ist er schon auf 93 Seiten zurückgegangen, ein Beweis dafür, daß die Provinzialverwaltung auch in dieser Beziehung sparsamer und rationeller geworden ist. Ich kann aber der Verwaltung mitteilen, daß es möglich ist, auch auf diesem Gebiete noch mehr zu sparen und wahrscheinlich auch noch übersichtlichere Etats zu machen. Die Stadt Essen hat nämlich in diesem Jahre einen Jahreshaushalt vorgelegt, der keine 93 Seiten, sondern wesentlich weniger, ich glaube 24 oder 25 Seiten umfaßt, und das bei einer Verwaltung, deren Tätigkeitsbereich doch noch wesentlich größer ist als der der Provinzialverwaltung. (Abg. Dr. Kaiser: Steht denn in Essen auch alles drin?) Es steht im wesentlichen alles drin. Meine Damen und Herren! Wenn man sich den Etat durchsieht, dann findet man, daß das Defizit gegenüber dem Jahre 1914 nicht unwesentlich gestiegen ist. Die Provinzialumlage ist zwar von 14 auf 7 Millionen gesunken. Es ist schon zum Ausdruck gekommen, daß das nur Schein ist. Es kommen dazu Ueberweisungen an Einkommensteuer mit 6,6 Millionen, einschließlich der Nachtragsumlage, Dotationen von 9,9 Millionen, auch einschließlich der Nachtragsumlage, und Kraftfahrzeugsteuer von 3,3 Millionen, macht zusammen 26,8 Millionen, einschließlich der Nachtragsumlage. Vergleichen wir, was 1914 an Defizit im Etat vorhanden war, dann zeigt sich, daß insgesamt an Provinzialumlage 14 Millionen gefordert worden sind, und daß die Dotationen des preußischen Staates 4,6 Millionen betragen, also zusammen 18,6 Millionen gegenüber

26,8 Millionen. Das ist doch eine m. E. ziemlich erhebliche Erhöhung; sie macht etwa 45 Prozent aus. Meine Damen und Herren! Im allgemeinen haben, glaube ich, die Großstädte nicht solche erhöhten Defizits wie die Provinzialverwaltung. Ich entsinne mich, daß wir in Essen gegenüber dem Jahre 1914 heute nur eine Erhöhung von 15 Prozent hatten. Es muß Aufgabe der Provinzialverwaltung sein, hier im einzelnen nach dem Rechten zu sehen und nochmals zu überschlagen, wo Sparsamkeitsmöglichkeiten sind. Es ist selbstverständlich klar, daß auch die Provinzialverwaltung von den letzten 10 Jahren nicht unberührt geblieben ist. Insbesondere die Krüppelfürsorge und andere soziale Aufgaben aller Art sind hinzugekommen, und die Ausgaben für Straßenbauten haben in ganz besonderem Maße zugenommen. Aber, wie gesagt, es muß doch hier einmal etwas mehr nach dem Rechten gesehen werden.

Meine Damen und Herren! Die Provinzialverwaltung hat sich im wesentlichen damit begnügt,umlagen zu erheben. Uns scheint das nicht richtig. Die Provinzialverwaltung muß vielmehr auch möglichst darauf sehen, sich eigene Mittel zu beschaffen. Sie muß insbesondere eine wirtschaftliche Tätigkeit entfalten; sie muß ihren eigenen Besitz vermehren, sie muß den landwirtschaftlichen Besitz der Anstalten vermehren, um die Kräfte der Inassen, natürlich in einer den Verhältnissen dieser Menschen entsprechenden abgeschwächten Weise, ausnützen zu können. Wir sind der Ueberzeugung, daß dann die Defizits der einzelnen Anstalten sich wesentlich vermindern würden. (Abg. Haas: Sehr richtig!) Wir würden es für richtig halten — wir haben davon abgesehen, einen solchen Antrag zu stellen, um das Defizit nicht noch mehr zu erhöhen —, wenn wir zur Vermehrung des Besitzes alljährlich in Zukunft eine Million Mark in den Etat einstellen würden. Es ist, wie ich mich entsinne, in einem der letzten Jahre im Ausschuß beschlossen worden, daß die Provinzialverwaltung sich in vermehrtem Maße eigenen Besitz zulegen soll. Das ist aber nur in ganz verhältnismäßig geringem Maße geschehen. Es liegt zweifellos daran, daß etatlich keine Mittel vorhanden sind. Wie gesagt, ich bitte die Landesverwaltung, einmal diese Anregungen zu prüfen und im nächsten Jahre darauf zurückzukommen. Auch wäre es notwendig, daß die landwirtschaftlichen und die industriellen Nebenbetriebe etwas mehr ausgearbeitet würden. Auch hier läßt sich zweifellos noch viel gewinnen. Auch wäre noch zu überlegen, ob die Provinzialverwaltung nicht dazu übergehen soll, für Dedlandkultur einen gewissen Betrag — ich denke auch hier etwa an eine Million Mark — im nächsten Jahre in den Etat einzusetzen. Wenn ich recht unterrichtet bin, haben wir in der Rheinprovinz annähernd 100 000 Hektar Dedland, von dem einige 10 000 Hektar sehr leicht

und ohne große Kosten gewonnen werden können. Die Provinzialverwaltung könnte durch die Dedlandkultur auf billige Weise an einer außerordentlich großen Besitz kommen, den wir für die verschiedensten Zwecke reservieren könnten.

Meine Damen und Herren! Es war von Herrn Pfarrer Jansen zum Ausdruck gebracht worden, daß die Dotationen, die Kraftfahrzeugsteuer und die Ueberweisung aus Einkommensteuer doch eigentlich Steuern seien, die wir gezahlt haben, und daß nur das Gezahlte wieder zurückflöße. Demgegenüber möchte ich doch darauf hinweisen, daß für dieses Jahr wenigstens diese Ausführungen nicht stimmen, denn es haben infolge des passiven Widerstandes und infolge der Micum-Lasten alle beteiligten Industrien im vergangenen Jahre und auch augenblicklich so gut wie keine Reichsteuern gezahlt. (Abg. Hoffmann: Unerhört!) Sie werden sich der Worte des Ministers Stresemann entsinnen, der der Industrie das Zugeständnis machte, daß dort, wo Micum-Lasten zu tragen sind, die Industrie Reichsteuern nicht zu zahlen braucht. Ich glaube, wenn man gegenseitig die Aufrechnung macht, dann wird doch von Berlin aus etwas mehr gekommen sein, als in den letzten anderthalb Jahren aus der Rheinprovinz nach Berlin gegangen ist. Ich weiß nicht, ob Herr Pfarrer Jansen mit seinen Ausführungen etwa die Mißstimmung gegen Berlin nähren wollte. Ich würde das im gegenwärtigen Augenblick doch für ganz verkehrt und für sehr unpassend halten.

Meine Damen und Herren! Mit dem Haushalt hängen sehr eng die Fragen der Organisation der Verwaltung und die Beamtenfragen zusammen, denn sie sind von großer finanzieller Bedeutung. Wir haben seinerzeit den Abbau mitgemacht, weil soziale Schäden im wesentlichen daraus nicht entsprangen. Insbesondere sind dem Abbau Beamte anheimgefallen, welche überaltert waren, infolgedessen meistens die Höchstpension bekamen und von dieser Höchstpension — sie waren meist in den höheren Gruppen — sehr gut leben konnten. Bei dieser Gelegenheit haben wir doch die Feststellung machen können, daß eine Ueberalterung des Beamtentums der Provinzialverwaltung zweifellos vorliegt. Meines Erachtens ist eine Verjüngung des Beamtentums der Provinzialverwaltung notwendig. Wir haben auch gefunden, daß der Abbau wohl in den Außenbetrieben, aber weniger bei der Zentralverwaltung gefördert worden ist, obwohl es dort gerade notwendig wäre, denn da sind die überalterten Beamten ziemlich stark vertreten. Wir haben weiter festgestellt, daß in diesem Jahre die Verwaltungsreform, die nach dem Eintritt des neuen Herrn Landeshauptmanns durchgeführt werden sollte, nicht weitergekommen ist. Es war eine Denkschrift ausgearbeitet und eine Kommission ernannt; die Kom-

mission hat auch Vorschläge gemacht, aber es ist nicht zu einer größeren Durchführung dieser Vorschläge der aus Beamten gebildeten Kommission gekommen. Wir würden deshalb doch bitten, daß die Verwaltungsreform, nachdem eine Beruhigung der Verhältnisse eingetreten ist, einmal energisch in Angriff genommen wird. Es handelt sich da unseres Erachtens um eine Neueinteilung der Dezernate, um eine Abschaffung des vollständig überlebten und überflüssigen Dirigentensystems (Abg. Haas: Sehr richtig!), vielleicht auch um eine Abschaffung des Sekretärnsystems, dann auch um eine Neuaufstellung der Grundsätze über die Annahme und Ausbildung der Beamten — diese Grundsätze scheinen uns sehr veraltet zu sein —, ferner um die Einführung moderner Arbeitsmethoden: Schreibmaschine, Stenographie und dergl. Es wird behauptet, daß es sogar Landesräte gäbe, die ihre sämtlichen Verfügungen und dergl. noch vollständig selbst schrieben. (Abg. Haas: Hört, hört!) Ich weiß zwar nicht, ob das so vollständig zutrifft, jedenfalls ist es ein Beweis dafür, daß die Schreibmaschine, die heute der einfachste Händler hat, die heute Hunderte von Privatpersonen zu Hause haben, in der Provinzialverwaltung noch nicht sehr beliebt ist. Auf diesem Gebiete scheint in den Mauern des Landeshauses noch ein sehr konservativer Geist zu herrschen. Ich hatte auf das Dirigentensystem hingewiesen. Wir halten es für überflüssig. Das mag daran liegen, daß die Zahl der Landesräte noch über Gebühr groß ist, wir haben, glaube ich, in der Landesverwaltung einschließlich des Landeshauptmanns 17 Oberbeamte. Nach meiner Ueberzeugung können 9 bis 10 sehr gut die Geschäfte der Landesverwaltung erledigen. In der Fürsorgeerziehung sind 4 Oberbeamte tätig. Nach meiner Ueberzeugung genügt es, wenn ein Landesrat und ein Landesverwaltungsrat in diesem Dezernat tätig sind. Ich habe so die Auffassung, als wenn man in der Vorkriegszeit mit der Schaffung von Stellen nicht sehr sparsam vorgegangen ist. Die frühere Mehrheit aus den erlauchten Herren hat wahrscheinlich sehr stark Unterbringungswünsche auf diesem Gebiete durchgesetzt.

Ich sprach weiter von der Annahme, Vorbildung und Ausbildung der Beamten. Ich habe hier ein Schreiben, das an einen jungen Mann von der Provinzialverwaltung gegangen ist, der sich als Beamtenanwärter annehmen lassen wollte. Darin heißt es: Da Sie nur Elementarschulbildung besitzen, kann Ihre Vormerkung als Anwärter nur für den Registraturdienst erfolgen. Meine Damen und Herren! Das ist ein Beweis dafür, daß die Annahmbedingungen in der Provinzialverwaltung außerordentlich reformbedürftig sind. Unsere Großstädte sehen heute nicht mehr darauf, ob einer Abiturient, Einjähriger oder Volksschüler ist. Sie nehmen ihre Beamtenanwärter in jedem Jahre mit Vorliebe aus

den verschiedensten Gruppen, damit unter den Beteiligten ein richtiger Wettstreit entsteht, etwas Tüchtiges zu leisten. Wenn dann die Zeit der Ausbildung vorbei ist und die Examina herankommen, dann steigen Einjährige und Volksschüler zusammen ins Examen, und jeder versucht, das Beste zu leisten. Wenn die Provinzialverwaltung heute Volksschüler nur als Anwärter für den Registraturdienst, also für minderwertige Stellen, annimmt, so zeugt das auch nicht von einem fortschrittlichen Geiste in der Provinzialverwaltung.

Meine Damen und Herren! Mit diesen Dingen hängt ja die Selbstverwaltung zusammen. Wir leben heute in einer Krise der Selbstverwaltung. Die Staatsregierung ist eifersüchtig auf ihre Rechte bedacht. Die Herren von der Staatsregierung sehen jeden Paragraphen durch, ob sich nicht eine Handhabe bietet, um Provinzialverwaltung und Gemeinden zu strangulieren. Man hat den berühmten Unterschied von Auftragsangelegenheiten und Selbstverwaltungsangelegenheiten erfinden, und es wird überall in den Ministerien danach gesucht, ob nicht doch etwas Auftragsangelegenheit sein könnte. Man hat, wenn sich die Geheimräte so auf diese Dinge stürzen, das Empfinden, daß sie fürchten, auch dem Abbau zum Opfer zu fallen, und daß sie bemüht sind, sich möglichst viel Beschäftigung zu machen, um nicht auf Wartegeld gesetzt zu werden. (Abg. Gerlach: Sehr gut!)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einige Worte an den Herrn Landeshauptmann richten. Er hat sich in der „Kölnischen Volkszeitung“ auch über die Selbstverwaltung ausgelassen und bei dieser Gelegenheit von einer Selbstüberschätzung der Zentralparlamente gesprochen. Ich glaube, daß die Herren Abgeordneten von dieser Selbstüberschätzung nicht allzu viel wissen. Es ergibt sich m. E. ganz von selbst, daß die Zentralparlamente eben Zentralparlamente sind, welche die Richtlinien in den Gesetzen bestimmen, die bindenden Beschlüsse fassen usw. Deshalb ist es m. E. verkehrt, von einer solchen Selbstüberschätzung zu reden. Der Herr Landeshauptmann hat dann weiter noch das Wort fallen lassen, oder sich wenigstens zu eigen gemacht: „Die Demokratie ist der Feind der Selbstverwaltung.“ (Hört, hört! links) Meine Damen und Herren! Ich glaube, ein Beamter der Selbstverwaltung darf so doch nicht reden. Es ist zweifellos, daß die Selbstverwaltung in der Kriegszeit etwas gelitten hat. Aber die Ursache liegt nicht daran, daß wir ein demokratischer Staat geworden sind, worüber man im einzelnen ja auch noch sehr verschiedener Meinung sein kann, sondern das in den schweren Notzeiten außenpolitische Gründe es verlangten, das gesamte Staatswesen mit allen Kräften zusammenzuhalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie einen Vergleich

mit früher ziehen, so ergibt sich, daß wir früher ein Dreiklassenwahlrecht hatten, wobei in Preußen der Besitz die erste Klasse einnahm, in der Provinz die erlauchten und edlen Herren hier herumsaßen, und in den Gemeinden auch die erste Klasse regierte. Da war es selbstverständlich, daß das, was die Herren der ersten Klasse im Preussischen Landtag beschlossen hatten, genau so auch in den nachgeordneten Instanzen ausgeführt wurde. Es war ja derselbe Geist, der in allen Instanzen tätig war. Heute sind die Verhältnisse etwas anders, da bald diese, bald jene Mehrheit vorhanden ist und infolgedessen, um eine gleichmäßige Ausführung zu gewährleisten, bestimmte Richtlinien für die Verwaltung gegeben werden müssen. Ich glaube deshalb, es liegt nicht an der Demokratie, sondern es liegt an den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, die einen energischen Zusammenhang des Staatswesens dringend erheischen.

Ich möchte zu gleicher Zeit auf einige Ausführungen des Herrn Moll, früheren Ministerialrats im Ministerium des Innern, zurückkommen; er ist augenblicklich Geschäftsführer der Geschäftsstelle der preussischen Provinzen. Ueber die Stellung des Herrn Moll bin ich nicht ganz informiert. Im Provinzialauschuß ist im wesentlichen nur ein kleiner Betrag bewilligt worden. Aber Herr Moll scheint nun mit vollen Segeln ins Geschäft zu gehen. Auf einer Tagung in Godesberg hat er folgendes gesagt: „Das Wahlrecht zum Provinziallandtag entspricht nicht mehr den Anforderungen, die im Hinblick auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Selbstverwaltungskörper untereinander gestellt werden müssen. Damit bildet die Selbstverwaltung nicht mehr ein harmonisches Zusammenfassen der in ihr verbundenen Kräfte, so daß die Bestrebungen auf ihre Zurückdrängung leicht verwirklicht werden konnten. Insbesondere die Stellung der ganz großen Städte in der Provinz entspricht nicht immer ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und Leistungsfähigkeit.“ Meine Damen und Herren! Das letzte trifft für die Rheinprovinz bestimmt nicht zu. Der Vorsitzende des Provinzialauschusses ist der Herr Oberbürgermeister Adenauer, der Leiter der größten Stadt der Rheinprovinz; der Vorsitzende des Provinziallandtages ist der Herr Oberbürgermeister Jarres, und so geht es fort. Ich bin der Ueberzeugung, die großen Städte sind im Provinziallandtag nicht vernachlässigt. Trotzdem — und darauf will Herr Moll wahrscheinlich hinaus — paßt ihm das Wahlrecht zum Provinziallandtag nicht, das genau so demokratisch ist wie das zum Reichstag, zum Landtag und zu den Gemeindevertretungen, sondern er will ein indirektes Wahlsystem, d. h. der Provinziallandtag soll in Zukunft wieder von den Kreistagen und von den Stadtverordneten-Versammlungen gewählt

werden. Wir müssen solchen Äußerungen mit aller Entschiedenheit entgegentreten. (Sehr richtig! links.) Wir können es nicht verstehen, daß ein Mann, der Geschäftsführer der preussischen Provinzen ist, auf eigene Faust eine derartige Politik treibt. Wenn Herr Geschäftsführer Moll diesen Posten hat, dann hat er sich einfach anders einzustellen (Zuruf des Abg. Hoffmann: Oder er muß beseitigt werden!), oder er hat eben seinen Posten zu quittieren, wenn er sich nicht auf Grund der gegebenen Verhältnisse einstellen kann. Ich möchte aber auch einmal den Herrn Landeshauptmann fragen, ob vielleicht die Herren Landeshauptleute, die sog. Konferenz der Direktoren, dem Herrn Moll Anweisungen und Richtlinien gegeben hat, in diesem Sinne zu arbeiten. Es wäre sehr interessant, darüber etwas Näheres zu erfahren. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Auch ein Stück Geheimratspolitik!)

Ich komme nun mit einigen Worten auf die Wohlfahrtspflege. In der gesamten Wohlfahrtspflege der Provinz, auch in der Fürsorgeerziehung, macht sich in der Nachkriegszeit ein sehr scharfer Kampf zwischen der amtlichen und der privaten Fürsorge bemerkbar. Die privaten Organisationen, insbesondere die Organisationen der katholischen und evangelischen Caritas, suchen die finanzielle Notlage der Gemeinden und der Provinzen mit aller Kraft auszunutzen, um ihre eigenen Organisationen zu stärken und Wohlfahrtsaufgaben der Provinzen und der Gemeinden auf sich zu übernehmen. Dies geschieht nicht immer aus sog. reinem Liebesdrang, sondern es ist zweifellos auch irgendein Pferdefuß dabei vorhanden. Es kommt ihnen nicht nur auf die Liebestätigkeit, sondern vielfach auch darauf an, bei dieser Gelegenheit politische Geschäfte zu machen, Seelenfang zu treiben und dergl. mehr. Es ist also keineswegs ein durchaus uneigennütziges Bestreben, das diese Organisationen leitet. Wir sind der Ansicht, daß die Wohlfahrtsaufgaben in der Hauptsache Aufgaben der Selbstverwaltungskörper sind, und müssen infolgedessen alle Bestrebungen ablehnen, die darauf ausgehen, diese Aufgaben auf andere Organisationen zu übertragen. Infolgedessen können wir auch nicht damit einverstanden sein, daß zwei Millionen Mark gegeben werden sollen, die private Organisationen als Darlehen zum Bau von Anstalten und zur Einrichtung sonstiger Institute bekommen. Zweifellos würde der Herr Landeshauptmann jedes Jahr mit solchen Anträgen kommen, wenn wir erst einmal den Anfang gemacht haben, und das Ende wäre nach einigen Jahren, daß eine Anstalt nach der anderen unseren Händen entwunden würde — siehe Galkhausen — und daß schließlich die Provinzialverwaltung ohne irgendwelche Anstalten dastände und die konfessionellen Organisationen sie uns alle abgenommen hätten. (Abg. Bamberger: Sehr gut!)

Wie gesagt, wir werden uns diesen Tendenzen in der Provinzialverwaltung, die der Herr Landeshauptmann sehr zu fördern scheint, mit allen Kräften entgegenstemmen und sagen diesen Bestrebungen den schärfsten Kampf an. (Sehr richtig! links.)

Meine Damen und Herren! Notwendig scheint uns aber, um die amtlichen Aufgaben mit aller Kraft durchführen zu können, die Gründung eines Landeswohlfahrtsamtes. Dieses Landeswohlfahrtsamt soll eine Ausgleichsstelle für die verschiedenen Bestrebungen und für die Zusammenarbeit auch mit den privaten Organisationen, soweit sie überhaupt notwendig sind, sein; sie soll dazu da sein, um leistungsschwachen Verbänden Zuschüsse zu geben und dergl. mehr. Wir sind weiter der Ansicht, daß die Staatsbehörden nicht Aufgaben der Wohlfahrtspflege übernehmen sollen, ebensowenig wie die privaten Organisationen. Auch das ist ein Bestreben, das sich insbesondere im Wohlfahrtsministerium breit macht. Auch hier scheinen die Geheimräte das Bestreben zu haben, gewisse Gebiete an sich zu reißen und die Selbstverwaltung zu strangulieren. Auch bei den Regierungspräsidenten ist dieses Streben in sehr starkem Maße vorhanden. Wir sind der Ansicht, daß die Staatsbehörden viel zu bürokratisch geleitet und viel zu weltfremd sind, als daß sie Wohlfahrtsaufgaben mit Verständnis übernehmen könnten. Auch ist bei den Staatsbehörden, die ja einen durchaus absoluten Charakter tragen, irgendein Korrektiv gar nicht vorhanden, wie wir es beispielsweise in der Provinzialverwaltung im Provinzialausschuß und im Provinziallandtag haben, wie wir es weiter in den Städten in der Stadtverordneten-Versammlung haben. Wir werden auch diesen Bestrebungen in keiner Weise in unserer Tätigkeit irgendwie Vorstoß leisten.

Meine Damen und Herren! Zu der Fürsorge-erziehung ist ebensowenig durchweg Erfreuliches zu sagen. Wir können zwar feststellen und tun es mit einer gewissen Freude und Genugtuung, daß die Kritik, die wir hier und auch in den Kommissionen in den letzten Jahren ständig geübt haben, doch außerordentlich gefruchtet hat. Es wird augenblicklich in den Provinzial-Fürsorgeanstalten Gutes geleistet. Die Pfleger und Erzieher sind durchweg gebildet, es herrscht ein moderner pädagogischer Geist in den Anstalten, es wird Sport und Spiel getrieben, es wird für die handwerkliche Ausbildung gesorgt, so daß man zweifellos mit einem gewissen Recht sagen kann, daß wesentliche Anstände in unseren Provinzial-Fürsorgeanstalten nicht mehr vorhanden sind. Nur hätten wir den Wunsch, daß der Herr Landeshauptmann versucht, die Anstalt Solingen, welche zur Zeit noch mit englischer Besatzung belegt ist, wieder in die Hände der Provinz zu bekommen, damit sie ihrem eigentlichen Zwecke wieder zugeführt wird. Ich

glaube, die englische Besatzung wird auf dringliche Vorstellungen eingehen und unseren Wünschen nachkommen. Demgegenüber können sich unseres Erachtens die privaten Fürsorgeanstalten in keiner Weise sehen lassen (Sehr richtig! links), obwohl Herr Pfarrer Jansen diese Anstalten außerordentlich gelobt hat. Es ist gewiß zuzugeben, daß die amtlichen Anstalten mehr kosten; aber dafür leisten sie auch wesentlich Besseres. Unser Wunsch wäre es deshalb, daß die Privatanstalten möglichst zurückgedrängt und dafür die amtlichen Anstalten in vermehrter Weise eingerichtet werden. (Sehr gut! links.) Herr Pfarrer Jansen hat auch die geistlichen Kräfte den weltlichen Kräften gegenübergestellt und gesagt, daß die geistlichen Kräfte doch wesentlich billiger arbeiten, als die Kräfte der Provinz. (Richtig! im Zentrum.) Er hat, glaube ich, gesagt, daß hier lediglich 150 Mark im Jahr verdient würden, aber nicht hinzugefügt, daß doch die geistlichen Kräfte Essen, Schlafen, Verpflegung und Bekleidung frei haben, womit doch schon außerordentlich viel getan ist. Wenn Sie bedenken, daß in der heutigen Zeit die Löhne der Arbeiterschaft zum großen Teil so gering sind, daß sie nicht zum Sattessen, nicht zum Kleiden, nicht zu den geringsten Anschaffungen genügen, dann müssen Sie doch sagen, daß ein sorgenfreies Leben mit Essen, Schlafen und Bekleidung doch auch schon für diese geistlichen Kräfte ein ganz wesentlicher Vorteil ist. (Zuruf links: Auch ohne Geld!) Ich weiß nicht, ob der Umstand, auf den Herr Pfarrer Jansen besonders Wert zu legen schien, daß kein Betriebsrat und keine Gewerkschaft vorhanden ist, die für diese geistlichen Kräfte eintreten und ihre Wünsche und Forderungen vorbringen, eine Empfehlung für die Landesverwaltung sein soll. Ich meine, wir sollten uns doch freuen, wenn auch in den Provinzialanstalten die Pfleger, die Beamten und die sonstigen Anstaltsangehörigen ihre Interessen durch den Betriebsrat und die Gewerkschaften vertreten lassen. Ihre Löhne und Gehälter wären sicher erheblich kürzer, wenn kein Betriebsrat und keine Gewerkschaft vorhanden wäre. (Zuruf links: Ganz bestimmt!)

Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat auch moniert, daß die Fürsorge-erziehung nun eine Auftragsangelegenheit des Staates geworden ist. Es ist durchaus richtig und auch unsere Ansicht, daß es sich hier um Selbstverwaltungsangelegenheiten handelt, die die Staatsbehörden widerrechtlich an sich gerissen haben. Aber der Herr Landeshauptmann ist hier zweifellos inkonsequent gewesen, denn gerade die Bestrebungen der Landesverwaltung gehen doch dahin, die Selbstverwaltungsangelegenheiten, die wir haben, an die privaten Organisationen weiterzuleiten, d. h. unsere eigene Selbstverwaltung zugunsten privater konfessioneller Organisationen abzubauen. Gegen diesen Abbau

müssen wir unter allen Umständen Einspruch und Verwahrung einlegen. (Sehr richtig! links.) Es ist ganz besonders zu monieren, daß sogar Aufsichtsrechte über Fürsorgezöglinge, namentlich über schulentlassene Zöglinge, an private Organisationen abgegeben worden sind. Der letzte Berufspfleger und Fürsorgebeamte der Provinz, den wir hatten, ist vor einiger Zeit gestorben oder pensioniert worden und seit dieser Zeit ist eine amtliche Aufsicht der Provinz über alle diejenigen Kinder und Jugendlichen, die in der Fürsorgeerziehung sind, nicht mehr vorhanden, sondern man hat diese Aufsicht privaten Organisationen übertragen, hat also Hoheitsrechte abgegeben und damit unsere eigenen Rechte vermindert. Man hat sozusagen die Kontrolle, die man hatte, vollständig aus der Hand gegeben. Auch hiergegen müssen wir schärfsten Protest einlegen. Wir verweisen demgegenüber erneut auf unseren Antrag, den wir unter allen Umständen aufrecht erhalten und immer wieder einbringen werden, daß weltliche Fürsorgeinspektoren wieder angestellt werden, die im amtlichen Auftrage die Betreuung der bei privaten Organisationen untergebrachten Fürsorgezöglinge vornehmen. Ich muß feststellen, daß zu dieser Abgabe von wichtigen Rechten, die wir haben, weder ein Beschluß des Provinzialausschusses noch des Provinziallandtages vorliegt, sondern daß der Herr Landeshauptmann diese Rechte ohne Kenntnis der Aufsichtsinstanzen einfach abgegeben hat. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Und die Interessen der Provinz geschädigt hat! Hört, hört! links.)

Meine Damen und Herren! Beim Landesarbeits- und Berufsamt müssen wir ähnliche Ausstellungen machen. Auch hier müssen wir Klage darüber führen, daß die Staatsbehörden in immer schrofferer Weise in die Selbstverwaltung eingreifen, und zwar nicht nur in die kommunale Selbstverwaltung, sondern auch in die Selbstverwaltung von Institutionen, deren Träger Arbeiter und Unternehmer sind. Von Ausschußmitgliedern des Landesarbeits- und Berufsamtes wird lebhaft Klage geführt, daß in der Rheinprovinz durch das Eingreifen der Staatsbehörden nicht nur eine Behinderung der Arbeitsvermittlung einträte, sondern daß auch durch die Maßnahmen des preußischen Wohlfahrtsministeriums die Durchführung einer vernünftigen Erwerbslosenfürsorge geradezu unmöglich gemacht werde. In welcher unglaublicher Weise die Staatsbehörden in den inneren Betrieb der Arbeitsämter eingreifen, geht aus einem Erlaß des preußischen Wohlfahrtsministers vom 1. März 1924 hervor, in dem für die Staatsbehörden das Recht in Anspruch genommen wird, den Personalbestand der Arbeitsämter durchzuprüfen! Gerade bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf aufmerksam machen, daß laut Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge die wesentlichen Kosten der Arbeitsämter

nicht durch den Staat und nicht durch die Provinz, sondern durch die beteiligten Arbeiter und Unternehmer aufgebracht werden. Es handelt sich also hier um eine Selbstverwaltungsangelegenheit der Beteiligten, und es ist deshalb meines Erachtens ein Uebergriß, wenn der Herr Wohlfahrtsminister sich in diese Selbstverwaltungsangelegenheiten in einer durchaus unzulässigen Weise einmischet.

Etwas ähnliches, nämlich die Übertragung von Rechten auf bureaukratische Staatsbehörden, zeigt sich auch beim Landesarbeits- und Berufsamt. Durch einen Erlaß des Wohlfahrtsministers wird auch hier versucht, bei den Regierungspräsidien Gefahrgemeinschaften zu bilden. Meine Damen und Herren! Wir halten das für vollständig verkehrt und abwegig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Mittel dieser Gefahrgemeinschaften kann nur die Körperschaft des Landesarbeits- und Berufsamtes befinden. Diese ist aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern der ganzen Provinz zusammengesetzt (Sehr richtig! links); sie hat wirkliche Kenntnis, wo Zuschüsse gezahlt werden können und müssen. Deshalb ist es wieder eine ganz unzulässige Inanspruchnahme staatlicher Hoheit, wenn versucht wird, diese Beitragsgemeinschaften auf die Regierungspräsidien zu übertragen. (Zustimmung links.)

Einige Worte noch zur Straßenverwaltung. Diese ist ja von den Vorrednern sehr ausführlich behandelt worden, ich kann mich deshalb recht kurz fassen. Wir wünschen einmal, daß die Beträge, welche aus der Kraftfahrzeugsteuer eingehen, erhöht werden. Das kann geschehen, indem neue Reichsgesetze mit erhöhten Gebühren geschaffen werden. Ich darf darauf hinweisen, daß im Auslande die Kraftfahrzeugsteuern wesentlich höher sind. Es ist beschämend, daß das sogar im Sachverständigengutachten ausdrücklich festgestellt wird. Wir sollten uns doch vom Auslande derartige Vorwürfe nicht machen lassen dürfen. Es ist unbedingte Pflicht der Reichsregierung, die Kraftfahrzeugsteuern wenigstens auf die Höhe zu bringen, die Frankreich und England haben. Wenn das geschieht, sind wir der Ueberzeugung, daß es ganz oder doch nahezu ganz möglich sein wird, die Straßenverwaltung aus den Kraftfahrzeugsteuern zu bestreiten. Ich möchte auch hier Herrn Pfarrer Jansen entgegenreten. Er sprach auch hier davon, daß von Berlin die Steuern kommen, die wir aufbringen. Auch hier muß ich doch der Gerechtigkeit und Wahrheit wegen die Feststellung machen, daß die Rheinprovinz vorweg mehrere Millionen — ich glaube, 3 Millionen — aus der Kraftfahrzeugsteuer erhalten hat, und dazu noch die Summen, die ihr zustehen.

Wir wünschen weiter — auch das haben ja die anderen Herren schon betont — daß dem Unfug und der Belästigung durch Autos und Motorräder auf den Straßen der Provinz, namentlich an

Sonntagen, mit aller Schärfe gesteuert wird. Es wird Sache des Herrn Landeshauptmanns sein, bei den Regierungspräsidien, die wohl dafür zuständig sind, mit entsprechenden Anträgen zu kommen, damit die Zahl der Autos, welche an Sonntagen auf den Provinzialstraßen verkehren, ganz bedeutend vermindert wird.

Meine Damen und Herren! Noch einige Worte zur Denkmalpflege. Wir sind selbstverständlich bereit, die Mittel für die Denkmalpflege zu bewilligen. Das Rheinland ist ein altes Kulturgebiet mit einer fast 2000jährigen Geschichte. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Zahl der zu erhaltenden Denkmäler bei uns größer ist als in irgendeiner anderen deutschen Provinz, zumal die Verhältnisse ihre Unterhaltung in vollem Maße nicht gestatteten. Aber es war der Fraktion doch ziemlich auffällig, daß unter den zu erhaltenden Denkmälern die Kirchen eine ganz besondere Rolle spielen. Wenn ich nicht irre, werden zwei Drittel sämtlicher Zuschüsse, die in der Vorlage behandelt sind, allein an Kirchen zu ihrer Unterhaltung gegeben. (Zuruf des Abg. Dr. Lopp: Nein, drei Viertel!) Wir werden in der zuständigen Kommission die Dinge eingehend klären und wünschen genaue Auskunft darüber, ob es sich wirklich in allen Fällen um Kirchengemeinden handelt, die sich in einer Notlage befinden. Unseres Erachtens muß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betreffenden Kirchengemeinden noch schärfer geprüft werden, als es bisher der Fall ist. Es ist vielleicht auch notwendig, einmal den Bestand der profanen Baudenkmäler etwas mehr und schärfer unter die Lupe zu nehmen. Wir glauben, daß auch auf diesem Gebiete bei gutem Willen noch mehr getan werden kann.

Meine Damen und Herren! Ich bin am Schlusse meiner Ausführungen angelangt. Es ist schon mehrfach auf die Tausendjahrfeier hingewiesen worden. Das Rheinland ist, wie gesagt, ein uralter Bestandteil des deutschen Reiches. Wir als Sozialdemokraten werden uns an dieser gemeinsamen Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit zum deutschen Reiche beteiligen. Wir hoffen, daß diese Feier nach Durchführung des Sachverständigengutachtens stattfinden kann, d. h., um ein Wort des Dichters zu gebrauchen, mit freiem Volk auf freiem Grunde. Damit ist für uns, nachdem die Verhältnisse in der Rheinprovinz hoffentlich recht bald geklärt und befriedet sind, die Arbeit selbstverständlich nicht abgeschlossen. Viel mehr werden wir an unserem Teile dann erneut und mit aller Kraft dafür sorgen, daß die Rheinprovinz nicht nur ein Gebiet auf freiem Grund mit freiem Volk ist, sondern daß es auch in diesem dunklen Lande endlich einmal heller Tag werden wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Es ist folgender Antrag des Herrn Abgeordneten Knab eingelaufen:

- „1. Ich beantrage, meine Etatsrede auf die Nachmittagsitzung zu stellen.
2. Als Eventualantrag im Falle der Ablehnung von 1 beantrage ich, nach Schluß meiner Rede zuerst eine Stunde Pause für alle Abgeordneten einzulegen und dann erst den Ältestenrat und den Provinzialauschuß einzuberufen.“

Es ist eben im Hause beschlossen worden, nachdem von jeder Fraktion ein Redner zu Wort gekommen ist, eine anderthalbstündige Pause eintreten zu lassen, um die Zwischenzeit zu einer Sitzung des Ältestenrats und des Provinzialauschusses zu benutzen. Wahrscheinlich werden diese beiden Sitzungen die ganze Mittagspause nicht in Anspruch nehmen, so daß es für die Herren doch möglich sein wird, sich zu erfrischen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Knab.

Abgeordneter K n a b: Meine Damen und Herren! Durch die Annahme meines Antrages würde zeitlich nichts geändert. Die anderthalb Stunden Redezeit werden entweder jetzt oder nachher absolviert werden; es wird also an Zeit nichts gespart werden; es wird also noch 10 vor 1 Uhr. Ich beabsichtige, etwa eine Stunde zu reden. Dann wird es gegen 2 Uhr sein. Um 2 Uhr soll dann nach dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden der Ältestenausschuß zusammentreten. Diese Sitzung wird immerhin 20 bis 30 Minuten dauern. Solange müßten die Mitglieder des Provinzialauschusses, dem ich auch angehöre, warten; dann erst kommen wir zu der Sitzung des Provinzialauschusses. Es würde also dann schon $\frac{1}{3}$ Uhr sein. Dann wird es mindestens 3 Uhr oder 3 Uhr durch sein, ehe man aus dem Provinzialauschuß heraus ist. So ist es für die Mitglieder des Provinzialauschusses unmöglich, noch zu einem Mittagessen zu kommen, sondern sie müssen heute nachmittag gleich wieder in der Plenarsitzung erscheinen. In den Gasthöfen gibt es bis 2 Uhr, oder höchstens $2\frac{1}{2}$ Uhr, Mittagessen. Es ist für die Mitglieder des Provinzialauschusses ausgeschlossen, daß sie eine derartige Einteilung durchhalten können.

Ich würde also empfehlen, daß der erste Antrag angenommen und die Sitzung bis $\frac{1}{3}$ Uhr vertagt wird. Dann würde nach der Redezeit, die den Parteien jetzt noch zur Verfügung steht — etwa $3\frac{1}{2}$ Stunden —, ungefähr um 6 Uhr die Beratung des Plenums zu Ende sein. Wir hätten dann Gelegenheit, um 2 Uhr den Ältestenrat und den Provinzialauschuß zusammenzuberufen.

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Wird das Wort dazu gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag 1, jetzt eine Pause eintreten zu lassen, abstimmen. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, sich zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Letztere war die Mehrheit.

Ich lasse dann noch über den Evtualantrag abstimmen, nach Schluß der Rede des Herrn Abgeordneten Knab eine Stunde Pause für alle Abgeordneten einzulegen und dann erst den Ältestenrat und den Provinzialauschuß einzuberufen. Das würde also eine Pause von etwa zwei Stunden bedeuten.

Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. — Auch das ist die Minderheit. Die beiden Anträge sind abgelehnt. Es bleibt bei dem vorher gefaßten Beschlusse.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Knab.

Abgeordneter Knab: Meine Damen und Herren! Der vorliegende Haushaltsplan für das Rechnungsjahr vom 1. April 1924 bis 31. März 1925, einschl. des Nachtrags, führt auf der Einnahmenseite Posten auf, die insgesamt einen Betrag von 46 885 358 Mark ausmachen. Dazu ist in dem Nachtrag noch angedeutet, es bestände eine Möglichkeit, daß aus Mehrüberweisungen aus Reichsmitteln noch rund 2,2 Millionen zu dieser Einnahmenseite hinzukämen. Von diesen Mitteln sollen 39 885 358 Mark durch Einnahmen der Provinzialverwaltung aus eigenen Betrieben gedeckt werden, dann 5 500 000 Mark aus Ueberweisungen an Reichseinkommen- und Körperschaftssteuern, 3 300 000 Mark aus Kraftfahrzeugsteuern und 180 000 Mark aus Erstattungen für Besatzungszulagen. Es bliebe noch ein Rest von zirka 7 Millionen durch die Provinzialumlage zu decken. Es stände also einer Gesamteinnahme von rund 49 Millionen dann eine Gesamtausgabe im gleichen Betrage gegenüber. Theoretisch würden sich also in dem uns vorliegenden Haushaltsplan, einschl. des Nachtrages, die Einnahmen und Ausgaben decken. Der vorliegende Haushaltsplan würde also den Anforderungen entsprechen, die für gewöhnlich die Vertreter der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien an einen bürgerlichen Verwaltungsmann stellen. Der Herr Landeshauptmann hätte also mit dem vorliegenden Haushaltsplan das Kunststückchen bezw. das „Meisterstück“ vollbracht, das man alljährlich von ihm erwartet, und das Publikum, in unserem Fall also das sog. „hohe Haus“, würde nach Erledigung der Beratungen und nach Anhörung des Herrn Landeshauptmanns und seines Schlußwortes pflichtschuldigst zu applaudieren haben. Man würde vorher einige Wünsche äußern können, dann würden wir abstimmen, und wir reisen nach Hause und überlassen dann der Verwaltung für ein Jahr das Feld zur weiteren Betätigung.

Was uns zunächst an dem Zahlenspiel auf der Einnahmenseite aufgefallen ist, das sind die Posten, die aus Ueberweisungen von Reichs- und Staatsmitteln fließen sollen. Wir sind der Auffassung, diese Posten sind genau so problematischer Natur wie im vergangenen Jahre, wo der Herr Landes-

hauptmann bei seiner Statsrede, auf das gesamte Zahlenmaterial hinweisend, gesagt hat: Es ist durchaus problematischer Natur. Wir sind der Ansicht, daß die Mittel, soweit sie von Reich und Staat der Provinz zufließen sollen, durchaus problematischer Natur sind, denn der Staat trägt sich nach den mündlichen und schriftlichen Ausführungen der Provinzialverwaltung doch mit der Absicht, durch eine Aenderung des Finanzausgleichgesetzes die Anteile der Provinzen an Dotationen und Steuern herabzusetzen, um damit seinen Mehrausgaben, die ihm vorzugsweise durch die Erhöhung der Besoldung entstanden sind, zu decken. Meine Damen und Herren! Das ist für den Staat ein sehr ertragreiches Verfahren. Dieses Verfahren hat zwar den Vorzug der Einfachheit für sich; aber wir können sagen: Es ist durchaus keine finanzpolitische Weisheit, die der Staat durchführen wird, wenn er sich auf diesen Weg begibt. Sollte dieses summarische Verfahren des Staates Brauch werden, so führt es zwangsläufig dazu, daß die Provinzialverbände ihre Umlagen auf Städte und Gemeinden erhöhen müssen. Die Städte und Gemeinden wälzen durch die direkten und indirekten Steuern und durch die Gebührenordnungen die neuen Lasten, die durch das Verfahren des Staates entstehen, wieder ab auf die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger, mit einem Wort auf die Verbraucherschaft, auf das Proletariat, das heute um seine karglichsten Existenzbedingungen doch wahrlich einen harten Kampf zu führen hat. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit nach dem Verschwinden der Scheinkonjunktur des ersten Quartals dieses Jahres wieder steigt, und neue Massen des Proletariats auf lange Zeit wieder hinausfliegen werden aus den Betrieben, angesichts der furchtbaren körperlichen Zermürbung, welche durch den Hunger der Ruhrkampfzeit, in die Reihen des rheinischen Proletariats gedrungen ist, sollen wieder neue Lasten auf die Schultern derjenigen Schichten abgewälzt werden, die am wenigsten tragfähig sind. Den Eingriff in den Besitz, die Enteignung der produktiven Besitztümer der bürgerlichen Klasse lehnt der bürgerliche Staat selbstverständlich ab, weil er ja nur das Vollzugsorgan der kapitalistischen Klasse ist und die Klassenforderungen der Bourgeoisie der unterdrückten Klasse, dem Proletariat, aufzwingt. Zur Beleuchtung der Einstellung der preußischen Staatsverwaltung zu den sozialen Fragen, die herauszustellen sich heute hier im Plenum die Vertreter der bürgerlichen Parteien bemüht haben, diene nur eine kleine Anführung aus dem Haushaltsplan des preußischen Staates für 1924/25. Da sind für Wohlfahrtszwecke eingesetzt: für Tuberkulosebekämpfung 100 000 Mark, zur Bekämpfung der Kleinkinder- und Säuglingssterblichkeit ganze 300 000 Mark, für die gefährdete Jugend 125 000 Mark (Hört, hört! bei den

Kommunisten), und für Fürsorgeerziehung 8 Millionen, summa summarum 8 525 000 Mark, d. h. wenn man diese 8 Millionen für die Fürsorge, die fast den gesamten Betrag für Wohlfahrtszwecke aufzählen, als ein soziales Gebiet ansehen will, wir haben zwar eine andere Auffassung darüber. Dagegen sehen Sie, daß auf der anderen Seite für Rennen 15 Millionen in den Haushaltsplan eingesetzt worden sind, und zwar für Unterstützungen an Rennvereine. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Für sonstige Ausgaben für den Rennbetrieb sind 8 Millionen eingesetzt, so daß zusammen eine Summe von 23 Millionen allein für ein Sportgebiet ausgeworfen wird, das doch nicht im Interesse der arbeitenden Klasse liegt. Wenn man von der bürgerlichen Seite aus immer sagt: Das ist ein volkswirtschaftliches Bedürfnis, dann soll man den Schichten, die an diesem Rennbetrieb ein Interesse haben, es überlassen, für ihr Vergnügen auch die nötigen Zahlungen und Leistungen aufzubringen. Auch für Ruhe und Ordnung ist im Staate Preußen jetzt genau so gut gesorgt wie früher; ebenso für die Justiz, diese Maschine der Bourgeoisie, die nur dazu dient, um auf der einen Seite die Massen, die gegen Hunger und Unterdrückung rebellieren, hinter Kerkermauern zu bringen, aber auf der anderen Seite sehr oft die Augen zudrückt, wenn es sich um Verfehlungen der Rechten gegen den Staat handelt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Für die Justiz hat man 183 Millionen in Preußen übrig gehabt, für die Polizei 245 Millionen und für die Kirche, die als dritte Institution zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dient, 54 Millionen. Wenn die Kirche so sozial wäre, dann sollte sie doch darauf verzichten, diese Summe in Empfang zu nehmen, zugunsten der sozialen Wohlfahrt, um zu verhindern, daß die Säuglingssterblichkeit noch weiter um sich greift. Aber darauf wird die deutsche Bevölkerung, die Arbeiterklasse noch sehr lange warten können, ehe die Kirche auf das verzichtet, was sie sich als Stütze des kapitalistischen Staates in ihre Tasche führen kann. (Zuruf links: Die Kirche hat einen großen Magen!) Meine Damen und Herren! Eine solche Finanzpolitik des Staates lehnen wir ab, ebenso die Provinzialumlage, denn es sind neue Lasten, neue Ströme in das Meer des Glucks, in welchem sich heute die große Masse befindet und in welches sie durch die kapitalistische Produktionsweise geführt worden ist. Ob aus anderen Steuerüberweisungen des Staates der Provinzialverwaltung die erhofften 2,2 Millionen mehr zufließen werden, bezweifeln wir mit Recht. Denken Sie nur an die drohende Annahme des sog. Sachverständigengutachtens. (Zuruf des Abg. Gerlach: Warum denn drohend?) Darauf komme ich gleich noch. Wir erblicken in dem Sachverständigengutachten nicht die Möglichkeiten, die Sie und Ihre

Freunde mit dem mittleren Teile und der Linken des deutschen Bürgertums darin erblicken. Wir erblicken in der drohenden Annahme des Sachverständigengutachtens gewissermaßen den Willen der Sieger, die letzten Mittel aus den Massen herauszudrücken, um die hinter dem Sachverständigengutachten stehenden internationalen Kapitalgruppen zu bereichern. Wir glauben nicht, daß Reich und Staat größere Leistungen für soziale Zwecke aufbringen werden, wenn dieses Sachverständigengutachten durchgeführt wird. (Zuruf des Abg. Bauknecht: Und wenn es nicht angenommen wird?) Darauf komme ich gleich, beruhigen Sie sich nur. — Die Provinzialverwaltung hat unseres Erachtens die Möglichkeit, selbst im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung, durch Erwerbung neuer wirtschaftlicher Betriebe, durch Ausdehnung der bisher in ihrem Besitz befindlichen Erwerbsbetriebe sich Einnahmequellen zu verschaffen, um ganz von dieser Provinzialumlage, die ja nur 7 Millionen beträgt und die gerade ein Siebtel der gesamten Ausgaben der Provinzialverwaltung darstellt, Abstand nehmen zu können.

Ein Posten, das ist die Landesbank, wird in seiner Einnahmeseite auch eine Prüfung auf Herz und Nieren nicht ertragen können. Wir sind der Ansicht, daß viele Inflationsgewinne auch der Landesbank zugeflossen sind, trotzdem angeblich diese Periode das Kapital der Landesbank aufgezehrt haben soll. Wir vermischen die Feststellung, welche Gewinne direkt oder indirekt in Sachwerten bzw. sonstigen Werten der gesamten Provinzialverwaltung von der Landesbank zugeführt worden sind. Zweitens sind wir der Ansicht, daß die Einnahmeseite beim Landesbanketat sehr bescheiden angelegt worden ist. Wer ungefähr ein Bild hat von dem Gesamtbetriebe der Landesbank, wer weiß, welche Arbeitsgebiete dort in der letzten Zeit noch hinzugekommen sind, wird sich sagen können: Wenn man dort 1 800 000 Mark Einnahme einsetzt, die von ebenfalls 1 800 000 Mark Ausgabe aufgezehrt werden, dann ist der Generaldirektor Bel sehr „bescheiden“ gewesen. Wenn diese „Bescheidenheit“ zugute kommt, das können wir heute nicht feststellen. Aber wir hätten jedenfalls erwartet, daß er etwas mehr herausgeholt hätte, da die Provinziallandesbank ein Institut ist, das, wenn man die technischen Voraussetzungen schafft, zu einem ganz gefährlichen Konkurrenten der privaten Banken innerhalb der Rheinprovinz werden kann. Wir erwarten bezüglich dieser Frage heute noch von Herrn Generaldirektor Bel bzw. von der Verwaltung die nötige Auskunft.

Der Ertrag aus der Kraftfahrzeugsteuer ist mit 3,3 Millionen angesetzt. Ich möchte diesen Posten im Hinblick auf den Gesamtetat der Provinzialstraßenverwaltung etwas näher beleuchten. Es

wird von uns verlangt, daß rund 7 036 000 Mark Zuschuß aus öffentlichen Mitteln für die Provinzialstraßenverwaltung gegeben werden. Auf der anderen Seite sehen wir nur 3 300 000 Mark an Kraftfahrzeugsteuer einkommen. Ich habe im Dezember des vergangenen Jahres im Provinzialauschuß bereits den Antrag gestellt, festzustellen, ob irgendwie eine höhere Besteuerung der Kraftfahrzeuge möglich ist, bezw. beim Reich darauf hinzuwirken. Wenn dieser Antrag damals auch nicht angenommen worden ist, so versprach die Verwaltung damals doch, der Anregung nachzugehen. Ich möchte also heute von dem Herrn Landeshauptmann hören, welche Schritte in dieser Hinsicht von Seiten der Provinzialverwaltung unternommen worden sind. Ich will nicht zahlenmäßig das wiederholen, was der Landeshauptmann und die nachfolgenden Etatsredner gesagt haben; aber darüber sind sie sich alle einig, daß wohl in keiner Periode in den letzten zwanzig Jahren eine so rasende Zunahme der Kraftfahrzeuge stattgefunden hat wie seit Beginn des Ruhrkampfes und daß vorzugsweise durch diese überhandnehmenden Last- und Luxuskraftwagen die Provinzialstraßen in Grund und Boden gefahren worden sind. Wir sind der Auffassung, daß die Kreise, die diese Straßen vorwiegend benutzen, die Besitzer von Last- und Luxusautos, durch eine ganz andere Steuergesetzgebung herangezogen werden müssen, so daß die gesamten Lasten, die der Provinz durch die Straßenbauten entstehen, auch aus den Mitteln gedeckt werden, die aus der Kraftfahrzeugsteuer aufkommen. (Zuruf des Abg. Orlopp: Die Steuer wird auch abgewälzt!) Wir verhehlen uns keineswegs, daß auch diese Steuern abzuwälzen sind. Aber wir wissen, daß diese Steuern wenigstens nicht allein auf das rheinische Proletariat abgewälzt werden können, das sowieso seit Jahren alle Lasten zu tragen hat, die sich aus den Konflikten zwischen der deutschen und der französisch-belgischen herrschenden Klasse ergeben haben. Wir sagen also: Dort ist eine Quelle, die schärfer herangezogen werden muß, denn diese 7 Millionen sind eigentlich, im Gesamtrahmen des Etats betrachtet, die 7 Millionen, die wir aus der Provinzialumlage bewilligen sollen. Die gesamte Provinzialumlage wird also verschluckt durch die Aufwendungen, die die Provinz für den Ausbau und die Wiederherstellung der Straßen zu machen hat, die in Grund und Boden gefahren worden sind.

Zu der Ausgabe Seite des Etats nimmt meine Fraktion folgende Stellung ein. Den Haushaltsplan für die Hauptverwaltung lehnen wir ab. Ich brauche wohl nicht näher darauf einzugehen, weshalb wir dieser Verwaltung in ihrer Zusammensetzung kein Vertrauen entgegenbringen können. Den Ruhegeldern und Hinterbliebenenrenten wird unsere Fraktion zustimmen. Wir werden uns für

die Annahme der Ueberweisungen aus Reichs- und Staatsmitteln erklären, aber nicht der Provinzialumlage zustimmen. Wir werden weiter die Mittel zur Unterhaltung der Provinzialstraßen ablehnen müssen, einmal weil dazu die Provinzialumlage dient, und zweitens, weil, wie sich auch jetzt im Plenum herausgestellt hat, die Unterhaltung der Straßen und die Straßenbauten in Regie des Unternehmertums sind, das selbst nach Ansicht des Zentrums wohl nicht Preise kalkuliert, die den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werden. Wir verlangen von der Provinzialverwaltung, daß sie die Unterhaltung der Straßen und die Straßenbauten vollständig in eigene Regie nimmt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir sehen uns in dieser Hinsicht diesmal fast konform mit der Forderung des Zentrums. Im Falle, daß diese Arbeiten in eigene Regie der Provinzialverwaltung genommen werden, würden wir ebenfalls dem Etat für die Provinzialstraßen zustimmen. Wir lehnen ab die Unterstützung für das Kleinbahnwesen, wir stimmen zu den Mitteln, die für den Gemeinde- und Kreiswegebau ausgeworfen werden; wir werden ablehnen den Etat für die Fürsorgeerziehung, wenn auch hier der Herr Pfarrer Jansen betont hat, daß Sie die Fürsorgeerziehung als ein Schmerzkind betrachten, aber gewillt sind, diese Erziehung so auszubauen, daß sie ohne jede Tendenz ist. Wir haben uns in vergangenen Jahren hier im Plenum so oft darüber unterhalten, und es ist auch diesmal von anderer Seite gesagt worden, daß das Zentrum innerhalb der Fürsorgeerziehung eine bestimmte Tendenz bewußt pflegt. Weil die Fürsorgeerziehung heute immer noch eine Strafe für die Kinder und die Jugendlichen bedeutet, die ein Opfer ihrer Verhältnisse geworden sind, und weil außerdem die bewußte katholische Tendenz in diese Anstalten hineingetragen wird, müssen wir den Etat für das Fürsorgewesen ablehnen. (Abg. Frau Appel: Sehr richtig!) Wir würden einem Fürsorgeetat zustimmen, dessen Ausführung in den Händen unserer Freunde läge. (Lachen im Zentrum.) Wenn ein anderer dasselbe tut, dann lachen Sie, nicht wahr? Wir würden natürlich die Fürsorgeerziehung nicht nach den heutigen Methoden aufbauen, die immerhin eine Strafe bedeuten, sondern als eine wirkliche Pflege der Verwahrlosten, als eine Pflege derjenigen, die durch die sozialen Verhältnisse aus der normalen Bahn der Teilnahme an der Produktion herausgeworfen worden sind, wir würden eine Jugendpflege einführen, an Stelle dieser Fürsorgeerziehung.

Den Mitteln für die ordentliche Armenpflege, des Landarmenwesens usw. wird unsere Fraktion zustimmen. Wir werden aber ablehnen die Mittel für die Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler, weil das auch eine Einrichtung ist, die in ihrer Tendenz so

ziemlich in das Mittelalter zurückgreift. Für die außerordentliche Armenpflege wird unsere Fraktion ebenfalls die Mitteln bewilligen. Wir werden auch den Mitteln für die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten zustimmen. Ich möchte bei der Gelegenheit darauf hinweisen, daß der Provinzialausschuß am 31. Mai Gelegenheit hatte, die Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Bedburg-Hau zu besichtigen. Wir haben zunächst einmal festgestellt, daß die wirtschaftlichen, besonders die landwirtschaftlichen Betriebe, sehr ertragreich gewesen sind, obwohl sie sich hier in öffentlicher, in kommunaler Regie befinden, und daß sie auch in ihrer Technik einen ziemlich modernen Standpunkt erreicht haben. Wir haben gesehen, daß es trotz der bürokratischen Einengung möglich ist, Wirtschaftsbetriebe in eigener Regie ergebnisreich für die Verwaltung arbeiten zu lassen. (Widerspruch.) Das bezweifeln Sie? Ich bedaure, daß Sie nicht dabei waren, sonst würden Sie anderer Ansicht geworden sein. Aber etwas haben wir bei der Gelegenheit vor der Öffentlichkeit zu erklären. Es wurde uns dort eine Aufstellung überreicht, woraus hervorging, daß rund 355 Personen an Pflegepersonal, Ärzten, Verwaltungsbeamten usw. in dieser Anstalt leben und tätig sind. Rund 1800 bis 2000 Pfléglinge sind ihrer Obhut anvertraut. Mit Anverwandten stellt dieses Personal eine Bevölkerung von rund 1000 Personen dar. Also rund 1000 Menschen leben davon, daß man rund 1800 bis 2000 Personen in diese Anstalt eingesperrt hat. Auf der einen Seite sehen wir, daß bei der Bewilligung der Mittel zur Verhütung der Säuglingssterblichkeit und der Mittel, die sonst für soziale Zwecke ausgeworfen werden, Staat und Kommune sich größter Sparsamkeit befleißigen; auf der anderen Seite sehen wir einen so gewaltigen Verwaltungsapparat aufgezogen, trotzdem man gerade in der Anstalt Bedburg-Hau sagen kann, daß rund zwei Drittel der Pfléglinge nach ärztlicher Feststellung unheilbar Kranke sind. Auf der einen Seite legt sich die bürgerliche Klasse das Mäntelchen eines sozialen Gehabens um — um sagen zu können: seht, für diese Ärmsten wird auch gesorgt! — und auf der anderen Seite sehen wir, daß diese selbe bürgerliche Klasse brutal vorgeht, daß ihr nichts liegt an der Sterblichkeit und Unterernährung der großen Masse des Volkes. Daß hier für Leute, die vollständig unheilbar sind, solche Mittel dauernd aufgebracht werden, dient nach unserer Auffassung nur dazu, den brutalen Klassencharakter unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung mit einem sozialen Mäntelchen zu verhüllen, damit der wahre Charakter von den Massen, die in der Volksschule schon verdummt werden, nicht erkannt wird. (Zuruf des Abg. Dr. Lopp: Sie sind doch selbst Volksschullehrer!) Sie meinen, ich sei selbst in der Volksschule. Sie können mir das eine glauben, und

Sie dürfen sich auch ruhig in meinem Unterricht davon überzeugen: Die Kinder meiner Klasse werden nicht verdummt im Interesse der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung; darauf gebe ich Ihnen Brief und Siegel. Wir sind der Auffassung, daß man denjenigen Geisteskranken, die nach sorgfältiger Beobachtung nach ärztlichem Ermessen für unheilbar angesehen werden müssen, und der ganzen menschlichen Gesellschaft den größten Dienst erweist, wenn man ihnen ein schmerzloses Ende bereitet. (Psui-Rufe im Zentrum.) Rufen Sie doch Psui, wenn Sie die Mittel ablehnen, die verhindern sollen, daß die Masse noch weiter verelendet. Rufen Sie doch Psui, wenn Sie in den kommunalen Vertretungen die Lohnforderungen der Arbeiterschaft, die Sie selbst als berechtigt anerkennen müssen, im Interesse der Erhaltung Ihres kapitalistischen Systems ablehnen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Rufen Sie doch Psui, wenn Ihr Parteifreund (zum Zentrum), der Wohlfahrtsminister Hirtjeser, in den preussischen Etat solch lächerliche Summen einsetzt für die Tuberkulosebekämpfung und die Verminderung der Kleinkinder- und Säuglingssterblichkeit, während auf der anderen Seite Millionen für den Rennbetrieb hinausgeworfen werden. Schreien Sie doch da Psui, da haben Sie genug Veranlassung, Psui zu rufen.

Wir werden auch den Etat für die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge bewilligen. Wir werden aber ablehnen den Etat für das Landesarbeits- und Berufsamt, weil die Gesetze und die Satzungen, auf Grund deren das Landesarbeits- und Berufsamt arbeitet, Bestimmungen sind, die den Massen der Arbeiterschaft kaum eine Möglichkeit geben, auf die Arbeit dieses Amtes einzuwirken. Wenn das Landesarbeits- und Berufsamt auch keine obrigkeitlichen Befugnisse hat, so werden doch seine Veröffentlichungen und Statistiken bei allen Gelegenheiten in den Kommunen von den Vertretern der bürgerlichen Verwaltungen und der bürgerlichen Parteien gegen die Forderungen ausgespielt, die die Arbeiterschaft stellt. So lange das Proletariat durch einen selbstgewählten Betriebsrat nicht die Möglichkeit hat, auch auf dieses Landesarbeits- und Berufsamt einzuwirken, kann unsere Fraktion derartigen Etats nicht zustimmen.

Bei dem Etat für das Hebammenwesen haben wir zu bemängeln, daß dort für die Bewilligung von Wäsche für bedürftige Mütter für Köln nur die geringe Summe von 400 Mark und für Eberfeld von 300 Mark eingesetzt war. Jetzt, wo die Kölner Anstalt weggefallen ist, möchte ich an den Herrn Landeshauptmann die Frage richten: Was geschieht mit den Mitteln, die für Köln eingesetzt waren und die jedenfalls doch irgendwie eine Verwendung finden sollen? (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Das steht doch im Antrag!) Uns scheint die Summe so geringfügig zu

sein, daß sie wahrhaftig die Druckkosten nicht lohnt. Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ist in den Etat eine Summe von 2000 Mark eingesezt. Auch diese Summe ist sehr gering, wenn Sie damit die Summen vergleichen, die eingesezt worden sind, um einer anderen Schicht der Bevölkerung, der Landwirtschaft, entgegenzukommen. Für Bodenverbesserungen aller Art sind 300 000 Mark eingesezt, für die landwirtschaftlichen Schulen, die Winterschulen usw. gehen die Summen in die Hunderttausende (235 549 Mark). Wir werden auch dem Etat für das Taubstummens- und Blindenwesen zustimmen. Wir werden aber ablehnen die Forderungen, die unter Punkt: „Landeskultur und für landwirtschaftliche Angelegenheiten“ gestellt werden. Wir werden ebenso ablehnen die Etats für Kunst und Wissenschaft. Wir können uns da im wesentlichen den Argumenten anschließen, die vorhin Herr Steinbüchel hier dargelegt hat. Wir sind außerdem noch der Auffassung, daß heute die Mittel, die für diese Zwecke verwandt werden, einem viel notwendigeren Zwecke, der Erhaltung der Existenzfähigkeit der breiten Masse, zugeführt werden müssen. Wir verkennen keineswegs den Wert von Kunstschätzen; aber der höchste Kunstschatz ist für uns die Erhaltung des menschlichen Körpers und der menschlichen Gesundheit. Alle Mittel, die heute freigemacht werden können, müssen diesem Zwecke in erster Linie zugeführt werden. Wir stimmen auch zu dem Etat der Hochbauabteilung. Wir lehnen ab den Etat für gewerbliche Zwecke und „Verschiedenes“. Dem außerordentlichen Haushaltsplan stimmen wir zu. Das heißt, meine Damen und Herren, wir werden wohl den meisten Einzelhaushaltsplänen, für die wir eine Einzelabstimmung beantragen werden, zustimmen. Wir werden dagegen den Gesamthaushaltsplan ablehnen müssen, und zwar erstens, weil die Einnahmeseite eine starke Belastung des Proletariats durch Steuern und Gebühren bringt und zweitens, weil die Ausführung der Arbeiten, die sich aus dem Etat ergeben, in den Händen einer bürgerlich eingestellten Verwaltung liegt, der wir kein Vertrauen, sondern das allerhöchste Mißtrauen entgegenbringen.

Der Herr Landeshauptmann machte eingangs seiner Etatsrede einige Bemerkungen, die wir unbedingt einer scharfen Kritik unterziehen müssen. Er sagte zunächst einmal, der vorliegende Haushaltsplan werde nur verständlich, wenn man ihn auf dem großen Hintergrunde der Entwicklung des rheinischen und des deutschen Wirtschaftslebens der letzten Jahre betrachte. Dem stimmen wir bei. Zweitens: gegenwärtig befinde sich die Wirtschaft wieder in einer Krisis steigender Betriebsstilllegungen und Konkurse, viele Beantragungen von Geschäftsaufsicht seien zu verzeichnen, die nächste Folge sei für die Arbeiter-schaft eine wachsende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Daß die deutsche Wirtschaft sich gegenwärtig in einer Krisis befindet, ist eine allbekannte Tatsache, die auch wir akzeptieren. Aber darüber hinaus sind wir der Ansicht, daß es sich nicht nur um eine gegenwärtige Krisis handelt, sondern überhaupt um eine Krisis des ganzen kapitalistischen Produktionssystems. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Der Herr Landeshauptmann stellte ferner eine Behauptung auf, der wir nicht folgen können; er sagte, die heutige Krise der deutschen Wirtschaft könne zu einer Gesundungskrisis werden, wenn die Ursachen derselben beseitigt würden, und diese Ursachen seien die wirtschaftlichen und politischen Hemmungen, die sich aus der Reparationsfrage bezw. dem verlorenen Ruhrkampf ergeben hätten, und die allgemine Kapitalnot. Der Herr Landeshauptmann verwechselt hier nach unserer Auffassung Wirkung mit Ursache. Das entspringt entweder einer oberflächlichen Betrachtungsweise, die man bei bürgerlichen Verwaltungsmännern allgemein feststellen kann (Heiterkeit bei den bürgerlichen Parteien. Sehr gut! bei den Kommunisten.), meist in Verbindung mit einer vollständigen Unkenntnis der marxistischen Analyse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, oder aber der Herr Landeshauptmann besitzt dieses Wissen, es ist bei ihm vorhanden, aber er kann von diesem Wissen in der Öffentlichkeit keinen Gebrauch machen, weil das Aussprechen dieses Wissens aus dem Munde eines bürgerlichen Verwaltungsmannes ein Todesurteil für die Profitwirtschaft bedeuten würde. (Lachen bei den bürgerlichen Parteien.) Ich meine damit, um Ihrem Juristengewissen, Herr Kaiser, entgegenzukommen, keineswegs, daß dann dieses Todesurteil auch sofort ausgeführt werden müßte; ein Urteil kann auch in contumaciam ausgesprochen werden. Der Herr Landeshauptmann würde aber damit dasselbe Urteil aussprechen, das die Arbeiterklasse seit einem Menschenalter über das bestehende Wirtschaftssystem ausgesprochen hat. Das wird er doch nicht gut können, denn sonst würde der gute Herr Landeshauptmann nicht lange mehr seinen schönen Sessel dort einnehmen können, denn Sie, meine Herren, würden für diesen Sessel dann eine zweckmäßigere Verwendung finden, als er gegenwärtig in der Person des Herrn Landeshauptmanns gefunden hat. (Zuruf aus dem Zentrum: Dann kommen Sie drauf!) Die gegenwärtige Krise ist, um einen Vergleich zu gebrauchen, ebenso wenig eine Gesundungskrise oder hat auch nur die Aussicht, eine Gesundungskrise zu werden, als wie man etwa sagen könnte: Ein Mensch, dem man sämtliche Arme und Beine amputiert hat, ist als ein gesunder Mensch zu betrachten. Denn durch den Versailleser Vertrag, durch die Verpflichtungen, die Deutschland auferlegt worden sind, ist der deutsche Wirtschaftskörper, als Ganzes betrachtet, doch einer ziemlich starken Amputation unterworfen worden. Aber

nicht lediglich eine leichte äußerliche Abtrennung vom Wirtschaftsrumpfe ist hier vor sich gegangen, sondern auch im Innern, im Organismus der gesamten kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands hat sich eine Verschiebung vollzogen, eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der bürgerlichen Schichten, die über den Besitz der Produktionsmittel verfügten. Es hat sich in den letzten Jahren eine Verschiebung dahin geltend gemacht, daß eine Konzentration des Kapitals stattgefunden hat, eine Zusammenballung des Kapitals in den Händen weniger großer Kapitalkonzerne und Trusts. Diese Konzerne haben in den letzten Jahren sowohl die Preise wie auch die Löhne bestimmt, die die Masse der Arbeitnehmer empfangt. Sie haben aber auch den Kurs der deutschen Staatspolitik innen- und außenpolitisch festgelegt. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Das ist das innere Geschehen innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftskörpers. Zweitens ist festzustellen ein schnelles Fortschreiten in der Verpflechtung der deutschen Industrie und des deutschen Kapitals mit dem ausländischen Kapital. Das ausländische Kapital ist in wachsendem Maße in die deutsche Produktion eingedrungen, es hat deutsche Produktionswerkzeuge ganz oder teilweise in seinen Besitz gebracht, und das deutsche und internationale Kapital steht heute vor den Massen der Arbeitenden in Deutschland nicht mehr als etwas Getrenntes, sondern es steht ihm gegenüber als ein Arbeitgeber, der rücksichtslos die Arbeitgeberinteressen gegenüber den Interessen der Arbeitnehmerschaft zum Durchbruch bringt. Unserer Auffassung nach wird dieser Prozeß der nationalen und internationalen Konzentration des Kapitals gefördert und beschleunigt, wenn das Sachverständigengutachten durch die Mehrheit des deutschen Reichstages seine Annahme finden würde. Es setzen sich für die Annahme dieses Sachverständigengutachtens ein die bürgerlichen Parteien von der Deutschen Volkspartei über das Zentrum und die Demokraten bis zur Sozialdemokratie einschließlich. Wir sind der Auffassung, daß dieses Sachverständigengutachten für das deutsche Proletariat noch Furchtbareres bringen wird, als es bereits erlebt hat. Ich möchte Ihnen eine Anführung aus einem Buch von Oswald Spengler geben, der den meisten von Ihnen wohl bekannt sein dürfte. Die „Kölnische Zeitung“ hat in einem Artikel „Neubau des Reiches“, entsprechend der Ueberschrift des Spenglerschen Wertes, dazu Stellung genommen. Oswald Spengler, der ein bürgerlicher Politiker ist, befaßt sich mit der Frage des Sachverständigengutachtens und sagt dann den Behütern des sogenannten „Rentenmarkfriedens“ folgendes: „Ich sehe in den Wortführern dieses Systems einen alten Wunsch heimlich aufdämmern, schurkischer als alle, den Wunsch, sich den Folgen einer Umstimmung des Volkes endgültig dadurch zu entziehen, daß man bei

der Verwandlung Deutschlands in eine Reparationskolonie, in ein europäisches Indien, sich als Vollzugsorgan von den Gegnern legitimieren und seine Stellung damit von jeder inneren Krise unabhängig machen läßt.“ Im allgemeinen betrachtet, behauptet die kommunistische Presse seit Jahren, daß die Annahme der Reparationsbedingungen der Entente, wie sie jetzt im Sachverständigengutachten ihren konkreten Ausdruck gefunden haben, Deutschland in seiner Gesamtheit zu einer internationalen Kolonie machen wird, die auf der Stufe der englischen indischen Kolonien stehen wird. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wir behaupten, daß die internationalen Ausbeuter, die die Bodenwerte und die Produktionswerkzeuge gemeinsam mit dem deutschen Kapital in Händen haben, die Existenzgrundlagen der Arbeiterklasse noch einer Verschlechterung unterziehen werden, denn für sie besteht doch nur das eine Ziel: herauszuschinden aus den Knochen des deutschen Proletariats, sowohl der Hand- als auch der Kopfarbeiter, was für das internationale Kapital nur herauszuschinden ist. Wir ziehen allerdings andere Schlussfolgerungen daraus, als sie der bürgerliche Politiker Oswald Spengler zieht; als Vertreter des Proletariats müssen wir sie natürlich auch anders ziehen. Wir sehen den Ausweg nur darin, daß das gesamte Proletariat — Hand- und Kopfarbeiter — zu einem Kampf mit allen Mitteln gegen die Annahme dieses Sachverständigengutachtens aufgerufen wird. (Zuruf des Abg. Gerlach: Entscheidungskampf am Rhein!) Wenn es dazu kommen wird, sind Sie nicht dabei. (Antwort des Abg. Gerlach: Sie und Ihre Freunde auch nicht!) Sie sitzen vorläufig warm genug auf zwölf Jahre; was dann kommt: die Sintflut. (Zuruf des Abg. Gerlach: Sie sitzen doch lebenslänglich, Herr Knab!) Aber wie! Das Sachverständigengutachten ist unserer Auffassung nach der Ausdruck eines großzügigen Planes des Weltkapitals, das sich einheitlich zusammengruppiert, um dann geschlossen gegen die Arbeiterklasse aller Staaten vorzugehen. Es ist ein großzügiger Plan, der nicht erst jetzt entstanden ist, sondern der in seiner Grundtendenz schon besteht, solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, weil die kapitalistische Wirtschaft sich in der Richtung zu internationalen Wirtschaftskonzernen entwickeln mußte. Der Sachverständigenbericht verfolgt zunächst den Zweck, Deutschland zu einer Kolonie des Weltkapitals zu machen. Dabei sollen aber den deutschen Kapitalisten besondere Aufgaben übertragen werden. Zunächst einmal sollen sie die Antreiber des deutschen Proletariats zur Durchführung des Sachverständigengutachtens werden. Das würde für die deutsche Arbeiterschaft einen neuen Lohnabbau bedeuten. Es würde eine zehn- bis zwölfstündige Arbeitszeit, eine Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten durch die direkten und in-

direkten Steuern und Zölle bedeuten, die sich aus der Annahme des Gutachtens ergeben. Es würde sich auswirken in Massenentlassungen und in der Niederknüppelung der Arbeiter — die sich gegen diesen Selbstzug der bürgerlichen Klasse wehren würden — durch die gemeinsame Polizei des internationalen Kapitals. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Die Durchführung des Sachverständigengutachtens bringt eine jährliche Mehrbelastung von rund 2½ Milliarden Mark im Durchschnitt, auf die ersten fünf Jahre gerechnet. Diese 2½ Milliarden werden — und das werden auch Sie von der Sozialdemokratie nicht hinwegleugnen können, trotzdem Sie sagen: Wir werden auf das schärfste dafür kämpfen, daß diese Lasten nicht auf das Proletariat abgewälzt werden —, diese Lasten werden nach den bisherigen Erfahrungen und nach den Notwendigkeiten, die die bürgerliche Wirtschaft in sich schließt, auf die Masse des Proletariats abgewälzt werden (Zuruf eines Kommunisten: Restlos!) und Sie (zu den Sozialdemokraten) besitzen keine Möglichkeiten, auf parlamentarischem Wege dieser Entwicklung auch nur hemmend entgegenzutreten. Die Folge wird nach unserer Ansicht eine Massenarbeitslosigkeit sein, entweder hier in Deutschland, in Frankreich oder in England. Diese Massenarbeitslosigkeit kann zunächst einmal in Deutschland eintreten, sie kann aber auch zunächst in England und Frankreich eintreten, und zwar werden dort die Kapitalisten, die ja an der deutschen Wirtschaft beteiligt sind, ein Interesse daran haben, daß die deutsche Produktion zunächst einmal wieder in vollen Gang kommt, damit die Profiteure, die sie an der deutschen Wirtschaft haben, möglichst groß wird. Ueberlegen Sie sich doch einmal: Nach kapitalistischen Gesichtspunkten werden sich die Abnehmer der industriellen Erzeugnisse der Welt dahin wenden, wo ihnen die billigsten Preise gemacht werden. Das würde bedeuten, daß auch die Abnehmer der bisherigen französischen und der englischen Industrie in dem Falle, daß das deutsche Proletariat zu zehn- bis zwölfstündiger Leistung gezwungen und die Löhne so niedrig gehalten würden, ihre Bestellungen an die deutsche Produktion geben würden. Oder, besser gesagt, wenn die Produktion, die auf dem bisherigen deutschen Boden stand, voll arbeitet, würde das unmittelbar zur Folge haben, daß ganze Industriezweige in England und Frankreich lahmgelegt und daß dort die Arbeitermassen auf die Straße geworfen würden. Die deutsche Arbeiterklasse hat aus dieser Möglichkeit erkannt, daß ihre Interessen als Arbeiterklasse nicht haltmachen an den nationalen Grenzen, sondern daß die Auswirkung des Sachverständigengutachtens nicht nur für das deutsche, sondern auch für das Proletariat der am Sachverständigengutachten sonst beteiligten Länder, ja darüber hinaus für die gesamte Arbeiterklasse der Welt eine

ganz gewaltige Belastung und Bereisung bedeuten wird. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Als nächste Folge würde zu verzeichnen sein eine Verschärfung der sozialen Gegensätze, eine Krisis innerhalb der bisherigen sog. Siegerstaaten: Frankreich, England und Belgien. Wir wissen, daß unsere ökonomischen und idealen Interessen nicht haltmachen an den nationalen Landesgrenzen. In dieser Erkenntnis hat ja in den letzten Tagen eine Konferenz unserer Parteifreunde aus Frankreich, England, Belgien, Italien und der Tschecho-Slowakei in Köln stattgefunden, auf der die Parlamentarier der betr. Länder zur Annahme des Sachverständigengutachtens Stellung genommen haben. Da haben wir, obwohl es die Kommunisten Frankreichs, Englands, Belgiens, Deutschlands, der Tschecho-Slowakei und Italiens waren, einstimmig eine Entschliesung fassen können, die nicht im geringsten sich unterschied von der Stellungnahme, die die Kommunisten in Deutschland haben. Zu einer einmütigen Ablehnung des Sachverständigengutachtens sind die kommunistischen Parlamentarier und die Leiter der kommunistischen Parteien aller dieser Länder gekommen ohne Rücksicht auf ihre nationalen Grenzen, denn wir haben als Proletariat nur ein gemeinsames Interesse, das ist die Beseitigung der Ausbeuterwirtschaft innerhalb aller bestehenden Staaten. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Der Kampf, den wir gegen die Annahme des Sachverständigengutachtens organisieren wollen und werden, beruht weiter auf der Erkenntnis, daß das Weltkapital die Beherrschung der gesamten Produktion in allen Ländern der Welt allmählich unter seiner Führung durchführen will. Das kann unserer Ansicht nach nur verhindert werden, indem im gesamten Proletariat der Welt der Wille wachgerufen wird, den Kampf um die Produktionswerkzeuge aufzunehmen, die Macht der Bourgeoisie zu brechen und eine proletarische Produktionskontrolle durchzuführen. Die Sachverständigen wollen ja nach ihrem Plan auch die Privatisierung der bisher noch im Besitz des Reichs befindlichen Eisenbahnen; sie wollen sie dem deutschen und dem internationalen Kapital ausliefern. Demgegenüber stellen wir die Forderung auf, daß nicht nur die deutschen Eisenbahnen im Besitz des Reichs erhalten werden, sondern daß auch in den übrigen Ländern, in Frankreich und Belgien, die im Besitz des privaten Kapitals befindlichen Bahnen in den Besitz der betr. Staaten übergeführt werden. Den Plänen der Sachverständigen auf Auslieferung der Zentralbanken in Deutschland an das internationale Kapital stellen wir die Forderung nach der Sozialisierung des gesamten Bankwesens gegenüber. Die Sachverständigen wollen durch das System der sog. Industrieobligationen die deutsche Industrie in den Rahmen des einheitlichen Welttrufsts einfügen. Demgegenüber verlangen die Kom-

munisten in Deutschland, in Frankreich, in Belgien und in England die Sozialisierung aller entscheidenden Industrien, des Bergbaus, der Metallindustrie, der chemischen Industrie usw. Den Plänen der Sachverständigen zum Ausbau des indirekten Steuersystems setzen wir in Deutschland und Frankreich die Forderung der Aufhebung der schändlichen Lohnsteuer und die Forderung der Konfiskation der kapitalistischen Vermögen entgegen. Aber wir sagen auch der Sozialdemokratie: Eine parlamentarische Aktion gegen das Sachverständigengutachten wird erfolglos bleiben. Es wird auch erfolglos bleiben, wenn Sie dem Sachverständigengutachten zustimmen und nachher versuchen, darauf einzuwirken, daß die Lasten gerecht, wie Sie das ausdrücken, verteilt werden. Das wird genau so erfolglos bleiben wie Ihre Versuche, auf parlamentarischem Wege die bestehende republikanische Staatsordnung in Ihrem Sinne auszubauen. (Sehr gut! bei den Kommunisten.) Sie mußten erkennen, daß nicht das entschieden hat, was auf dem Papier der deutschen Reichsverfassung stand, sondern daß die realen Machtverhältnisse entschieden haben, die außerhalb der Parlamente lagen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Das war der Verwaltungsapparat, das war der militärische Apparat, das war die Schupo, das war die Polizei, das waren die Finanzen, das war die Presse in den Händen der bürgerlichen Klasse; die haben entschieden, was Deutschland ist, eine soziale Republik oder ein rein kapitalistisches Staatswesen, das letzten Endes nur das Werkzeug der großen Bourgeoisie innerhalb Deutschlands ist. Sie haben dies nicht verhindern können; Sie werden auch das nicht verhindern können, was ich eben gesagt habe.

Schon haben in Deutschland durch den letzten Streik der Bergarbeiter, an dem 500 000 Mann wochenlang teilgenommen haben, trotzdem sie dem buchstäblichen Hunger ausgesetzt waren, die Arbeiter gezeigt, daß sie nach der Periode der Niederlagen, die sie im vergangenen Jahre erlitten haben, gewillt sind, sich künftig aufzuraffen zu einem energischen Kampf gegen das deutsche Kapital. Es flammen schon neue Abwehrkämpfe der Metallarbeiter in Deutschland auf; entsprechende Teilkämpfe der französischen Textil- und Bergarbeiter sind auch schon zu verzeichnen. Alle diese Bewegungen hält die Kommunistische Partei für Anzeichen des Wiedererwachens der Arbeiterklasse. Wir haben das Bestreben, diese Bewegungen zusammenzufassen und zu einem erbarmungslosen Kampf gegen das Kapital und gegen die Annahme des Sachverständigengutachtens zu führen.

Wir möchten bei der Gelegenheit auch kurz auf die Drohungen des famosen Herrn Matthes eingehen, die wohl allen Parteien dieses Hauses zugesandt worden sind. Er glaubt in seinem Schreiben der

Arbeiterschaft eine Internationalisierung des Gebietes am Rhein und Ruhr mundgerecht machen zu können. Zum Schluß droht er dem Provinziallandtage, wenn er seine Forderungen nicht annähme, würde er mit seinen Massen vor dem Ständehaus demonstrieren. Ich darf auch an dieser Stelle dem Herrn Matthes sagen, daß wir seine Massen heute oder morgen vor dem Ständehaus erwarten. Wir sind gerne bereit, dem Herrn Matthes und seinen Gefinnungsgenossen die verdiente Antwort durch die Düsseldorfer Arbeiterschaft zu geben. (Beifall.) Soweit werden auch die anderen Parteien dieses Hauses einverstanden sein. Aber darüber hinaus sagen wir dem Herrn Matthes und seinen Freunden, daß seine Pläne, wenn auch gewisse formelle Dinge etwas anders gestaltet sind, auf nichts anders hinauslaufen als auf die Annahme der Pläne, die das Weltkapital hat. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Eine Internationalisierung von Rhein und Ruhr mit einer internationalen Polizei bedeutet weiter nichts, als daß auch da mit allen Mitteln das Weltkapital sich gegen die rebellierenden Proleten wenden würde.

Wir haben aber bei der Gelegenheit noch eine andere Pflicht. Es ist hier gesagt worden: Es sind viele ausgewiesen worden, viele schmachten noch in den Kerkern der Besatzungstruppen. Das stimmt. Aber darüber dürfen die Vertreter der bürgerlichen Parteien nicht vergessen, daß in den deutschen Gefängnissen Tausende von Arbeitern seit Jahren sitzen, die wegen politischer Vergehen oder wegen Teilnahme an Wirtschaftskämpfen hinter Zuchthauswände geschickt worden sind. Wir stellen hier fest: Es gibt keinen Staat der modernen Geschichte, in dem so viele politische Gefangene hinter Kerkermauern gefesselt haben wie in der famosen Ebert-Republik. (Zuruf: Rußland!) Es gibt keinen Staat einschließlich Rußland, wo soviel politische Gefangene hinter Kerkermauern gesetzt worden sind. (Zuruf des Abg. Dr. Dichgans: In Rußland sind sie umgebracht worden!) Wären Sie da, Herr Dr. Dichgans? Sie lesen Ihr Kölner Volksblattchen, was das Ihnen vorseht, das ist für Sie der Gipfel aller Weisheit. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Das haben Sie auch nicht an der Riviera gelernt!) Herr Dr. Kaiser, Sie stoßen sich an diesen grundsätzlichen Ausführungen. Wir haben als Vertreter des Proletariats das Recht und auch die Pflicht, diese Dinge hier vor der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wenn Sie als Vertreter der bürgerlichen Klasse sich daran stoßen, dann brauchen Sie es von unserem Standpunkte aus nicht merkwürdig zu finden, daß wir uns daran stoßen, daß man die Massen unterdrückt und ihre Führer hinter Kerkermauern setzt, sogar ohne Rücksichtnahme auf die Immunität der Abgeordneten. Natürlich, Ihnen ist es wichtiger, wenn Sie

sich hier im Plenum ausgerechnet an den Bananen stoßen. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Die sind zu weich, daran kann man sich nicht stoßen!) Das scheint Ihnen wichtiger zu sein, als sich an dieser Tatsache zu stoßen.

Wir haben folgenden Antrag einzubringen:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird ersucht, unverzüglich gesetzgeberische Schritte zum Erlass einer Amnestie für alle politischen Gefangenen zu unternehmen.

Weiterhin rühtet der Rheinische Provinziallandtag die Forderung an die interalliierte Rheinlandkommission, bei ihren Regierungen für die Freilassung bezw. Rückkehr aller während der Besetzung verurteilten bezw. ausgewiesenen Personen zu wirken.“

Meine Damen und Herren! Ich weiß, unter Ihnen werden manche sein, die sagen werden: Dem letzten Abschnitt könnte man zustimmen. Aber, wenn Sie von der Besetzung verlangen, daß sie Leute, die sich nach Auffassung der Besetzung gegen deren Bestimmungen vergangen haben, freiläßt, dann müssen Sie konsequenterweise auch fordern, daß da, wo Sie selbst die Macht haben, diejenigen freigelassen werden, die wegen politischer Vergehen gegen Ihre Gesetze, die Sie konstruiert haben, festgehalten werden. (Beifall bei den Kommunisten.) Wir werden also diesen Antrag einreichen, und er wird wohl zur Behandlung in diesem Hause kommen. Ich hoffe, daß Sie soviel Objektivität aufbringen werden, Herr Kaiser, daß Sie auch einmal als Jurist dem zustimmen werden. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Machen wir!)

Wir haben nur eine Auffassung: Für das Proletariat bedeutet die Annahme des Sachverständigen-gutachtens die Stabilisierung seines Elends. Rünftig wird es bei den Kämpfen um seine Lebenshaltung hier im besetzten Gebiet zu scharfen Auseinandersetzungen kommen müssen, weil eben keine andere Möglichkeit mehr gegeben ist, wenn dieses Raubunternehmen zustande kommen wird. Wir haben bei der Gelegenheit noch auf folgendes hinzuweisen. Schon seit Jahren besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen den deutschen Behörden und den Behörden derjenigen, die Sie, meine Herren von den bürgerlichen Parteien, so gerne als „Erbfeinde“ bezeichnen, Frankreichs, Englands und Belgiens. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Seit Jahren arbeiten Ihre Behörden zusammen, wenn es gilt, gegen die Arbeiterschaft zu gehen. Wenn Sie vielleicht sagen: Das stimmt nicht, dann weise ich Sie auf eine Notiz hin, die auch in der „Kölnischen Zeitung“ gestanden hat, wonach bei dem großen Kommunistenprozeß in Mainz das Material, das der französischen Besatzung zur Verfügung stand, von der deutschen Bochumer Polizei geliefert wurde. (Beifall bei den Kom-

munisten.) Es ist eine historisch feststehende Tatsache, daß die Parteien, die sonst bei jeder Gelegenheit große Reden geschwungen haben, wenn es gegen die Franzosen ging, in ihren eigenen Reihen Leute haben und solche Leute bezahlen und besolden, die hingehen und denunzieren ihre eigenen Volksgenossen, — wie Sie doch immer sagen — bei der Besetzung. Das ist in diesem Prozeß einwandfrei festgestellt worden.

Ich will noch weiter feststellen. Als Herr Jansen sagte, daß man den Herrn Oberpräsidenten nicht zugelassen habe, bedauerten Sie, da wurde von der Rechten so gedämpft gesagt: Hört, hört!; das war aber sehr gedämpfter Trommelklang. Meine Herren, als wir in Barmen waren, riefen Sie: Hört, hört! (Redner ruft dies sehr laut.) Da haben Sie ge-gröhlt und gebrüllt, da haben Sie noch Courage gehabt. Aber jetzt, wo der Vertreter der französischen Behörde da sitzt, sagen Sie ganz gedämpft: Hört, hört! (Seiterkeit.) Ja, Sie können's piano, unter Umständen sogar pianissimo, wenn es gilt, Ihren werten Korpus in Sicherheit zu halten. Wenn Sie aber in Barmen sitzen, dann kloppen Sie Phrasen, die Sie hier nicht loslassen.

Zum Schluß seiner Ausführungen wurde Herr Jansen sogar poetisch. Das ist eine Erfahrung, die wir immer bei den Vertretern der bürgerlichen Parteien machen: Wenn es gilt, ein Geschäftchen zu machen oder irgendeiner Gefahr, die man nahen fühlt, auszuweichen, dann wird man lyrisch, dann wird man poetisch, dann schwingt man die schönsten Redensarten; dann werden die großen Denker und Dichter hervorgezaubert. Auch heute hat man hier wieder einen Denker und Dichter aufmarschieren lassen.

Herr Jansen sagte: Wir richten hier die flehentliche Geste an die Besatzung, daß sie doch gewissermaßen den Wünschen, die wir aussprechen, nachkommen möge. Lesen Sie bitte einmal die Reden von Barmen nach; dann sehen Sie, daß aus der Tragödie in Barmen eine Komödie in Düsseldorf geworden ist. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Der Herr Landeshauptmann hat in Worten eine recht energische Abwehr gegen die Bestrebungen zur Beschneidung des Selbstverwaltungsrechts angetreten. Er hat sich gegen den § 1 des preußischen Ausführungsgesetzes zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz in Zeitungsartikeln, aber auch in einer Denkschrift gewandt, die er dem Provinzialausschuß und auch hier dem Plenum überreicht hat. Die Frage der Selbstverwaltung hat für uns auch insofern Bedeutung, als wir kein Interesse daran haben, daß alle Funktionen des bürgerlichen Staates in einer Hand zentralisiert werden. Wir sagen auch offen den Grund, weshalb. Wir haben deshalb kein Interesse daran, weil Sie bei Gelegenheiten, wo die Ar-

beiterschaft wirtschaftliche und politische Kämpfe führt, mit Ihrer Zentralgewalt rücksichtslos von oben herunter vorgehen würden, während heute zu verzeichnen ist, daß in den Wirtschaftskämpfen die Arbeiterschaft oder, wie Sie sich bei solchen Gelegenheiten auszudrücken belieben: „die Straße“, immer noch einen Einfluß auf die Entscheidungen der Kommunalparlamente ausübt. Aus dem Grunde haben wir durchaus kein Interesse daran, daß die Selbstverwaltung der Kommunen und auch der Provinzen im geringsten irgendeiner Beschneidung unterworfen wird. Aber andererseits, warum befinden wir uns mit dieser Forderung jetzt mit dem Zentrum auf einer Linie? Deshalb, weil für Sie, meine Herren vom Zentrum, der große „Wasserkopf“ Berlin im Hintergrunde dieser ganzen Dinge steht. Wer in den letzten Jahren die Zentrumspersonalpolitik im Rheinland zu verfolgen Gelegenheit hatte, der sah, wie eifrig gearbeitet wurde. Das war ein Zueinandergreifen vom letzten Pfäfflein draußen in der Provinz bis zum Herrn Landeshauptmann (Heiterkeit), das ging Glied um Glied wie eine Kette. Jeder, der nur etwas liberal anrücklich war, wurde so ziemlich kaltgestellt. Herr Haas lacht auch; er weiß, wie es in Köln bei seinem Kollegen Herrn Adenauer geht; da wird man „abgebaut“, indem man dem Betreffenden immer weniger Arbeitsgebiete zuweist, so daß man zuletzt auf der Beigeordnetenwürde sitzt. (Heiterkeit.) Eine ähnliche Entwicklung haben wir in der gesamten Rheinprovinz zu verzeichnen. Das Zentrum erobert alle Machtpositionen. Es hat gar kein Interesse daran, daß durch eine zentrale Berliner Regelung ihm von seinen Möglichkeiten hier irgend etwas genommen wird. Aus dem Grunde befindet sich das Zentrum heute in einer so „energischen“ Abwehr gegen dieses „verruichte“ Berlin. Ich will nicht auf die Tagung des Landtages in Barmen im Herbst und die Stellung des Zentrums zu Preußen und dem Reich in dem famosen 21er-Ausschuß und dem Eintagskind, das nachher in Berlin ausgekocht worden ist, dem famosen 60er-Ausschuß, näher eingehen. Die beteiligten Herrschaften wissen gut, was damals gespielt worden ist, und es ist nicht die Schuld des rheinischen Zentrums, daß heute Herr Horion die Vorbereitungen zur Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit der Rheinlande zu Deutschland treffen kann.

Ich wollte auch in diesem Zusammenhang auf die von Herrn Steinbüchel bereits angeführten Ausführungen des Ministerialrats Moll auf der kommunalpolitischen Tagung in Godesberg zu sprechen kommen. Nach der „Kölnischen Zeitung“ hat er da über das Wahlrecht zum Provinziallandtag und zum Kreistag ausgeführt, diese Körperschaften hätten vorwiegend wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen, die den einzelnen Staatsbürger als solchen nicht unmittelbar

angingen; deshalb wäre es wohl richtiger, beide Körperschaften nicht aus direkten Wahlen durch die Bevölkerung, sondern aus Wahlen anderer kommunaler Körperschaften hervorgehen zu lassen. Wenn Herr Moll, der ziemlich genau über die Stimmung in Berlin orientiert ist, derartige Ausführungen macht, so können wir uns schon darauf einstellen, daß vielleicht bei dem nächsten Provinziallandtag, der gewählt werden soll — voraussichtlich ist die heutige Tagung ja die letzte Tagung des im Februar 1921 gewählten Provinziallandtags — durch indirekte Wahlen das Wahlrecht des bürgerlichen Staates, das sowieso eine Verfälschung des wahren Volkswillens darstellt, noch weiter verfälscht wird, indem man wieder zu der alten Ständeverfassung zurückkehrt. Es werden dann wieder hier die schönen Dämmerstunden herrschen, die in den Tagungen vor dem Kriege im Provinziallandtag üblich waren, wo man mit der ehrfamen Gattin, der Tochter und dem Verlobten hierher gekommen ist und sich in allabendlichen Bergnügungen von den Strapazen des Landlebens erholt hat. (Heiterkeit.) Wir gönnen Ihnen diese Kumpelkammer. Wir werden aber, wenn es eben möglich ist, zu verhindern suchen, daß überhaupt noch irgendwelche parlamentarischen Wahlen in Deutschland stattfinden. Ich brauche Ihnen diese Versicherung, die ich schon oft gegeben habe, eigentlich nicht mehr zu erläutern. Ich darf Ihnen nur das eine noch zum Schluß sagen: Im Interesse der deutschen Arbeiterklasse — und dieses Interesse ist unserer Auffassung nach auch das Interesse der Nation, des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit (Sehr gut! bei den Kommunisten) — sind wir nach wie vor bereit, mit allen uns zur Verfügung stehenden außerparlamentarischen Mitteln, durch den offenen Bürgerkrieg, dieses System zu stürzen. Ich erinnere Sie an die erste Staatsberatung; da wurde, als Sie zur Zusammenarbeit aufriefen, von der Rechten des Hauses uns zugerufen: „Wir kommen auch noch mit Ihnen zur Zusammenarbeit.“ Wir sind aber jetzt nach vier Jahren immer noch genau derselben Ansicht, die wir damals hatten. Wir lehnen auch heute noch die geringste Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokratie ab und sagen Ihnen den unersöhnlichsten Kampf bis aufs Messer an. (Lauter Beifall bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Ich bitte, das Handklatschen als Beifallsbezeugung zu unterlassen.

Herr Abgeordneter Knab hat eben in seinem Schlußsatz gesagt, daß er und seine Freunde ihr Ziel auf dem Wege des offenen Bürgerkrieges erreichen wollen. Ich rufe ihn wegen dieser Äußerung zur Ordnung. (Abg. Knab: Ich nehme dankend Kenntnis!)

Das Wort ist weiter nicht gewünscht. Ich entspreche Ihrem Beschlusse von vorhin und lasse nun eine Pause von anderthalb Stunden eintreten. Ich bitte, sich um ¼4 Uhr pünktlich hier wieder einzu-

finden. Die Herren vom Ältestenrat bitte ich, sich gleich nach Zimmer 38 zu bemühen.

(Schluß 1 Uhr 56 Minuten.)

Fortsetzung der dritten Sitzung

(Wiederbeginn 3. Uhr 55 Minuten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Knab hat heute morgen in seiner Rede die Eingabe des sog. Rheinisch-Westfälischen Volksbundes erwähnt, die zwischenzeitlich auch hier eingegangen und den einzelnen Fraktionen bekannt geworden ist. Die Fraktionen des Hauses haben mich einmütig beauftragt, die Auffassung des Provinziallandtages wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

„Der Provinziallandtag geht über die Eingabe des Rheinisch-Westfälischen Volksbundes mit dem Ausdruck der Verachtung gegen die landesverräterischen Bestrebungen des sog. Volksbundes zur Tagesordnung über.“ (Lebhaftes Bravo!)

Der Herr Abgeordnete Haas hat für morgen die Mitglieder des Hauses zum Besuche der Heimatausstellung in Köln-Deutz eingeladen. Er hat mich gebeten, den Herrschaften, die sich dafür interessieren, folgendes zur Kenntnis zu geben:

Die Abfahrt von Düsseldorf am Mittwoch vormittag erfolgt mit dem Eiszuge 8 Uhr 22. Die Kollegen und Kolleginnen werden um 9½ Uhr vor der Ausstellung durch den Verkehrsdirektor Wagner empfangen und geführt. Die Besichtigung wird etwa 1½ Stunden dauern.

Dann habe ich bekanntzugeben, daß morgen Abend um 8½ Uhr ein einfacher parlamentarischer Abend in der Gesellschaft „zur Ludwigsburg“, Steinstraße 38/40, stattfinden soll. Ich bitte die Mitglieder des Hauses und die Herren Oberbeamten der Provinz, die an dieser kleinen geselligen Veranstaltung teilnehmen wollen, das doch möglichst bis morgen früh 10 oder 11 Uhr auf dem Bureau mitzuteilen. Selbstverständlich sind auch die Herren Vertreter der Regierung freundlichst gebeten, an dieser Geselligkeit teilzunehmen.

Eingegangen ist weiter ein Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betr. die Errichtung eines Landesjugendamtes. Es wird vorgeschlagen, diesen Bericht und Antrag dem 2. Fachausschuß zu überweisen. Sie sind damit einverstanden.

Ferner ist eingegangen ein Antrag des Abg. Graf Adelman und Genossen:

„Provinziallandtag wolle beschließen, daß die für die Unwetterkatastrophe vom 8. Juni d. J. beabsichtigte Beteiligung des Provinzialverbandes ausgedehnt werde auf die im Stadt- und Landkreis Bonn durch das Unwetter vom 19. Mai d. J. angerichteten Schäden, und zwar nach den für die erstere Hilfsaktion geltenden Grundsätzen. Die Schäden betragen nach einer gutachtlichen Aussage des Generalsekretärs der Landwirtschaftskammer in Bonn rund 1 Million Goldmark.“

Es wird Ihnen empfohlen, diesen Antrag dem 1. und 5. Fachausschuß zu überweisen. Sie sind einverstanden.

Ferner ist eingegangen ein Antrag des Abgeordneten von Stedman und Genossen:

„Der rheinische Weinbau — Klein- wie Großbetriebe — droht den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen zu erliegen.“

Die Erträge einiger guter Jahre sind in der Inflationszeit verschwunden. Das Jahr 1923 war ein Fehljahr, das nicht einmal die Produktionskosten deckte, ja sogar zu stellenweisem Verzicht auf das Lesen der Trauben führte. Die Kaufkraft der Konsumenten ist soweit gesunken, daß die Weinpreise einen für unmöglich gehaltenen Sturz erfahren haben. Kredite sind nicht zu erhalten. Die Betriebsmittel für die Fortführung der Wirtschaft fehlen, wodurch ein Ueberhandnehmen der Rebschädlinge und weiterer Rückgang der Erzeugung zu erwarten steht.

Der Rheinische Provinziallandtag erwartet von der Reichs- und Staatsregierung, daß zur Behebung dieser Notstände aus den Mitteln der Rentenbank Beträge für den Weinbau in Form langfristiger Darlehen — analog zu den Aufwendungen zur Behebung der Auswinterungsschäden, welche in erster Linie dem Osten zugute gekommen sind — flüssig gemacht werden.

Er erwartet weiterhin, daß alle Maßnahmen getroffen werden, welche geeignet sind, die übermäßige, beinahe keine Grenzen kennende Einfuhr von Auslandsweinen zu verhindern. Es ist für den heimischen Weinbau untragbar, daß für diese Weine nicht einmal der im Zolltarif vorgesehene Mindestzoll gezahlt und dadurch der hemmungslose Preisdruck weiter gefördert wird.

Unser verarmtes Volk muß auf jede unnötige, nicht lebenswichtige Einfuhr verzichten, um nicht für diese Einfuhr Devisen ausführen zu müssen und Hand in Hand damit die eigene Erzeugung zu schädigen.“

Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag ebenso, wie es heute morgen mit dem Antrage Heß bereits geschehen ist, dem 5. Sachausschuß zu überweisen. Auch hiermit sind Sie einverstanden.

Ferner ist folgender

Antrag des Abgeordneten Dr. Diegans
und Genossen

eingegangen:

„Nach der Aufhebung der Hebammenlehranstalt in Köln versorgt die Elberfelder Hebammenlehranstalt nunmehr die ganze Provinz. Infolgedessen ist in letzter Zeit ein starker Zustrom von unehelichen Schwangeren nach Elberfeld erfolgt, und es werden dementsprechend an die in Elberfeld vorhandenen beiden Mütter- und Säuglingsheime bedeutend größere Anforderungen gestellt.

Wir stellen daher den Antrag, der Provinziallandtag wolle beschließen, für das laufende Jahr für das Augustinusstift und das Mütter- und Säuglingsheim des Bergischen Diakonissen-Mutterhauses je 10 000 Mark als Beihilfe für die erhöhten Ausgaben zur Verfügung zu stellen.“

Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem 1. und 2. Sachausschuß zu überweisen. Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Endlich ist eingegangen ein

Antrag der Kommunistischen Fraktion:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird ersucht, unverzüglich gesetzgeberische Schritte zum Erlaß einer Amnestie für alle politischen Gefangenen zu unternehmen.

Weiterhin richtet der Rheinische Provinziallandtag an die Interalliierte Rheinlandkommission die Forderung, bei ihren Regierungen für Freilassung bzw. Rückkehr aller während der Besetzung verurteilten bzw. ausgewiesenen Personen zu wirken.“

Ich schlage vor, über diesen Antrag am Donnerstag in der Vollsitzung Beschluß zu fassen. Auch hiermit sind Sie einverstanden.

Wir fahren dann in der Tagesordnung von heute fort. Ich erteile zunächst das Wort dem Herrn Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Horion: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen des heutigen Vormittags haben für die Provinzialverwaltung und für meine Person manches Wort der Anerkennung, aber auch eine reichliche Kritik gebracht. Ich bin für beides dankbar, ganz besonders für die Kritik, zumal, wenn sie sich in dieser sachlichen Form abspielt, wie es heute morgen der Fall gewesen ist. Ich darf die Versicherung geben, daß alle Anregungen, die heute morgen vorgebracht worden sind, auf das eingehendste geprüft und, soweit sie mit den Ansichten des Provinzialausschusses übereinstimmen, auch zur Durchführung gebracht werden. Ich glaube nicht, daß es am Platze wäre, zumal bei der vorgerückten Zeit, wenn ich hier an dieser Stelle auf die zahlreichen Einzelheiten und erbetenen Auskünfte eingehen wollte. Vielmehr nehme ich an, daß es auch der Wunsch der Herren Redner gewesen ist, das Minderwichtige den Erörterungen in der Kommission und eventuell, soweit eine Aufklärung nicht erfolgt, der zweiten Lesung zu überlassen.

Ich möchte deshalb nur auf einige der grundsätzlichen Punkte eingehen. Eine der allerwichtigsten Fragen ist die der sog. Aufwertung der Rheinprovinz-Obligationen. Diese Frage ist in Verbindung gebracht worden mit zwei Zahlen, die ich in meinen Ausführungen zum Etat selbst genannt habe, einmal mit den 2 Millionen Ueberschuß des vorigen Jahres und dann mit den 35 Millionen verschwundener Kriegsschulden. Meine Herren, mit den beiden Zahlen hat die Frage der Aufwertung der Rheinprovinz-Obligationen nichts zu tun, wie sie m. E. auch nichts zu tun hat mit der Frage der Provinzialverwaltung überhaupt, denn die Rheinprovinz-Obligationen sind materiell nicht Schulden der Rheinprovinz, sondern nur Schulden der Landesbank. Die Rheinprovinz-Obligationen sind in der Weise aufgenommen worden, daß die Rheinprovinz der Landesbank ihren Namen und ihren Kredit hergeliehen hat, damit die Landesbank Obligationen aufnehmen konnte, nicht, um der Rheinprovinz Kredit zu geben und deren Anstalten zu bezahlen, sondern ausdrücklich lediglich zu dem Zwecke, um daraus hypothekarische Darlehen an den ländlichen Grundbesitz und Kommunaldarlehen zu geben. Nachdem die ersten Rheinprovinz-Obligationen stets durch ein besonderes Privileg genehmigt worden waren, wurde etwa von der zehnten Anleihe an der Landesbank von der Staatsregierung generell die Genehmigung erteilt, Rheinprovinz-Obligationen in beliebiger Höhe auszugeben, aber bis zur Grenze der auf der anderen Seite von ihr ausgegebenen hypothekarischen Darlehen und Kommunaldarlehen. Auf die Weise sind die Rheinprovinz-

Obligationen — nebenbei bemerkt, handelt es sich da natürlich nicht um 35 Millionen, sondern um etwa 600 Millionen — in die allerengste Beziehung zu den von der Landesbank ebenfalls ausgegebenen Darlehen gekommen. Nun hat die Landesbank aber diese Darlehen fast sämtlich bis auf einen kleinen Rest in entwertetem Gelde zurückgehalten. Also der ganze Gegenwert, den die Landesbank hatte, hat sich ebenfalls völlig verflüchtigt. Es ist also hier nicht so, als wenn eine Stadt oder ein Kreis eine Anleihe aufgenommen und damit ein Elektrizitätswert gebaut und dafür jetzt einen wirtschaftlichen Wert daliegen hat, sondern hier ist der ganze Betrag zu den angegebenen Zwecken verwendet worden, und es könnte eine Aufwertung nur insoweit in Frage kommen, als auch diese sämtlichen Forderungen eventuell nachträglich wieder aufgewertet werden. Es ist selbstverständlich, wenn ein Gesetz bestimmen würde, daß alle diese uns wertlos zurückgegebenen Darlehen nun von den Gemeinden, Kreisen und Landwirten später noch einmal aufgewertet zurückzugeben sind, das eine Aufwertungsmafie wäre, die dann an die Rheinprovinz-Anleihe-Gläubiger zu verteilen wäre. Im übrigen möchte ich das auch zum Anlaß nehmen, auf diese Rechtslage hinzuweisen und deshalb vor jeder Hoffnung nach dieser Richtung hin warnen, da Sie ja selbst mit mir der Ueberzeugung sind, daß diese erste Möglichkeit praktisch undurchführbar ist. Die Provinzialverwaltung als solche hat, ganz unabhängig von den durch die Landesbank ausgegebenen Anleihen, ihre Darlehen — das sind die 35 Millionen — bei der Landesbank aufgenommen. Diese 35 Millionen sind zum Schaden der Landesbank allerdings auch verflüchtigt. Ich habe aber auch schon dargelegt, daß auf der anderen Seite auch bei der Provinzialverwaltung selbst Gegenwerte dafür nicht mehr vorhanden sind und der Schaden, den sie durch das Verschwinden ihrer eigenen Fonds infolge der Inflation erlitten hat, ebenso groß gewesen ist.

Zu der gesamten finanziellen und wirtschaftlichen Einstellung, die ich zu der Provinzialverwaltung und ihrer Durchführung im nächsten Jahre in meinen Etatsausführungen genommen habe, sind grundsätzliche Einwendungen nicht gemacht worden, abgesehen davon, daß die gesamte Höhe der Ausgaben im Verhältnis zu den Vorkriegsausgaben bemängelt worden ist. Es ist richtig, die Ausgaben sind im Verhältnis zu den Vorkriegsausgaben um 29 Prozent gestiegen, und die aus Steuern und Reichsüberweisungen zu deckenden Ausgaben sind um 45 Prozent gestiegen, wie der Herr Abgeordnete Steinbüchel angeführt hat. Beide Zahlen werden aber restlos sofort erklärt lediglich durch die Straßenverwaltung. Die Straßenverwaltung hat vor dem Kriege 4,5 Millionen erfordert, und im jetzigen Haushaltsplan stehen im ganzen 19 Millionen dafür, also nicht eine Steige-

rung um etwa 45 Prozent, sondern um 400 Prozent. Und gerade bei der Straßenverwaltung sind auch infolge der Ueberweisungen an Kraftfahrzeugsteuer die Steuereinnahmen so verhältnismäßig groß geworden. Infolgedessen sind die Einnahmen, die aus Steuern fließen, wie Herr Steinbüchel schon angeführt hat, verhältnismäßig noch stärker gestiegen. Das ist ein Umstand, an dem vorläufig nicht vorbeizukommen ist. Man hätte ja überhaupt der Ansicht sein können, ob nicht ein Teil der Instandsetzungen der Straßen mit Kleinpflaster als Ausgaben für die Zukunft zu betrachten wäre — ich habe ja angeführt, daß das Kleinpflaster etwa 20 Jahre hält — und auf Anleihe genommen werden könnte. Der Gedanke wäre aber nur gangbar gewesen, wenn heute überhaupt Anleihen auf längere Frist zu erhalten gewesen wären. (Abg. Krawinkel: Sehr richtig!) Da das nicht der Fall war und da auf der anderen Seite die Sache drängte, blieb nichts anders übrig, als diese Ausgaben in den laufenden Etat einzustellen und sie aus den laufenden Einnahmen, vor allem aus der Kraftfahrzeugsteuer, und aus den Provinzialsteuern zu decken.

Der Herr Abgeordnete Kaiser ist dann auf die Frage der Verpachtung der Hebammenlehranstalt an die Stadt Köln zurückgekommen. Diese Frage hat ja, wie auch aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kaiser hervorgeht, eine materielle und eine formelle Seite. Ich glaube, nach der materiellen Seite wird der Herr Abgeordnete Kaiser wohl nicht in der Lage sein, der Provinzialverwaltung einen Vorwurf zu machen, denn, soweit ich unterrichtet bin, ist ja gerade bei den Verhandlungen in der Kölner Stadtverordnetenversammlung hervorgehoben worden, daß die Provinzialverwaltung bei der Sache ein so außerordentliches Geschäft gemacht hätte und die Stadt Köln dabei der Benachteiligte wäre. Es ist nun dagegen eingewandt worden, es hätte ein anderer Beschluß vorgelegen: Falls eine Provinzialhebammenlehranstalt aufgehoben werden sollte, müßte es die Elberfelder sein. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Kaiser irrt darin. Bei der Besprechung der Sachkommission, die seinerzeit in Elberfeld stattfand, war ich nicht zugegen. Es ist mir aber berichtet worden, daß dort, nachdem man die vorzüglichen, ausgezeichneten Einrichtungen der Elberfelder Anstalt gesehen hatte, beschlossen wurde, die Elberfelder Anstalt unter keinen Umständen aufzuheben, sondern sie unter allen Umständen weiter zu betreiben. Damals war auch noch nicht zu übersehen, daß der Bedarf an auszubildenden Hebammen so zurückgehen würde, wie er später zurückgegangen ist. Nachdem aber dieser Umstand inzwischen eingetreten war, wäre es bei der ja auch von Herrn Abgeordneten Kaiser nachdrücklich hervorgehobenen bedenklichen Finanzlage der Provinz doch nicht zu verantworten gewesen,

wenn wir nun nicht dem Gedanken, eine Provinzial-Hebammenlehranstalt aufzugeben, nähergetreten wären. Es kam in diesem Augenblicke auch für mich unerwartet das Angebot der Stadt Köln, die Hebammenlehranstalt in Köln selbst zu übernehmen. Daneben standen auf der anderen Seite die starken Proteste der Städte Elberfeld, Barmen und Umgegend, die Hebammenlehranstalt dort unter keinen Umständen aufzuheben oder, wenn sie aufgehoben würde, mindestens eine Entbindungsanstalt dort weiter zu unterhalten. Da war es denn doch für die Provinz das Gegebene, auf diesen Boden zu treten und nun die Gelegenheit zu benutzen, in Köln, wo die Anstalt ohne das Entstehen weiterer Nebenkosten, sogar noch gegen Zahlung einer Pacht, aufgegeben werden konnte, sie dort aufzuheben und die Elberfelder Anstalt weiter zu betreiben. Es ist richtig, man hätte wohl damals die Sachkommission für das Hebammenwesen zu der Sache hören können und, wenn ich mir heute die Sache überlege, auch vielleicht hören sollen. Aber es war damals wohl die schwierigste und ereignisreichste Zeit, die wir in der Verwaltung hatten; es war die Zeit unmittelbar nach dem letzten Landtage, in der manche Fragen uns fortwährend bewegten; vor allem erinnere ich an die bekannte Frage der Ausgabe des rheinischen Notgeldes durch die Landesbank. Auf der anderen Seite lag die Sache nach Ansicht des Provinzialausschusses so offenbar im Sinne des Vorschlages der Verwaltung, daß nicht anzunehmen gewesen wäre, daß, wenn wir den weiteren Apparat der Einberufung der Kommission auch noch in Bewegung gesetzt hätten, ein anderes Resultat möglich gewesen wäre. Infolgedessen ist davon abgesehen und durch den Provinzialausschuß als Provinziallandtag der Ihnen mitgeteilte Beschluß gefaßt worden.

Ganz besonders habe ich mich gefreut über die einmütige Stellungnahme der Herren Vorredner zu der Frage der Stellung der Selbstverwaltung. Es ist von allen Seiten zum Ausdruck gekommen, daß einmal die Beeinträchtigung der Selbstverwaltung, die in der Bestimmung des § 1 des preussischen Ausführungsgesetzes liegt, in dieser Weise nicht hingegenommen werden kann, daß aber zum anderen auch die allgemeine Beeinträchtigung der Selbstverwaltung nicht nur durch Gesetze, sondern auch durch Verwaltungsmaßnahmen, wie sie gegenüber der preussischen Staatsregierung zu beklagen sind, ein Ende nehmen muß. Der Provinziallandtag befindet sich auch darin in voller Uebereinstimmung mit dem preussischen Staatsrat, wo insbesondere der Redner der Arbeitsgemeinschaft des preussischen Staatsrats, der Freiherr von Gayl, in seiner letzten Etatsrede ebenfalls in längeren Ausführungen mit Nachdruck auf diesen Punkt hingewiesen und gegenüber der

Staatsregierung eine andere Stellungnahme für die Zukunft gewünscht hat.

Nun ist in den Ausführungen des Herrn Steinbüchel das Wort „Selbstverwaltung“ in einem verschiedenen Sinne gebraucht worden. Es hat zwei ganz verschiedene Bedeutungen. Einmal bedeutet es die Uebertragung von Verwaltungsangelegenheiten seitens des Zentralverwaltungskörpers, des Reiches und des Staates, an kleinere Verwaltungskörper, die innerhalb des Reiches und des Staates liegen. Die zweite Bedeutung besteht darin, daß bei der Verwaltung, sei es im Reich, sei es im Staat, sei es in der Provinz, sei es in den anderen Selbstverwaltungskörpern, die Bevölkerung in weitgehendem Maße bei der Verwaltung mitwirkt. Bei den Auseinandersetzungen, um die es sich hier handelt, handelt es sich um die Bedeutung des Wortes Selbstverwaltung in dem ersteren Sinne, und in diesem Sinne habe ich auch das Wort seinerzeit geschrieben, das der Herr Abgeordnete Steinbüchel mir zum Vorwurfe macht, daß es eine Erfahrung der Geschichte ist, daß in diesem Sinne die Demokratie ein Feind der Selbstverwaltung ist. Die Demokratie an zentraler Stelle ist nicht geneigt, von ihrer Macht etwas aufzugeben und engeren Verwaltungskörpern innerhalb des Staates etwas davon zu überlassen. Ich brauche als Beispiel nur hinzuweisen auf die französische Demokratie. Frankreich ist seit mehr als hundert Jahren eine Demokratie im engsten Sinne des Wortes, und Frankreich hat keine Selbstverwaltung. Das ist das beste Beispiel. Ich brauche auch nur auf unsere preussische Entwicklung hinzuweisen. Ich habe in der Selbstverwaltung gearbeitet, als wir noch keine demokratische Regierung in Berlin hatten, und meine Erfahrungen gehen dahin, daß damals die Stellung zur Selbstverwaltung eine freundlichere war, als sie heute ist. Damals mußte sich die Selbstverwaltung gegen die Uebertragung von Aufgaben durch die Staatsverwaltung wehren, während heute das Umgekehrte der Fall ist: Die Staatsverwaltung drängt danach, wie Sie bei der Fürsorgeerziehung gesehen haben, alle Aufgaben von der Selbstverwaltung weg wieder auf die Staatsregierung zu übernehmen.

Der Herr Abgeordnete Steinbüchel hat dann bemängelt, daß der Geschäftsführer der Geschäftsstelle der vereinigten Provinzen, Herr Ministerialrat a. D. Moll, in einem Aufsatz im Preussischen Verwaltungsblatt über die Formen der Verwaltung des Provinzialverbandes, speziell über die Wahl zum Provinziallandtag, eine von der seinigen abweichende Stellung eingenommen hat. Herr Moll ist dafür eingetreten, daß die Provinziallandtage nicht mehr durch allgemeine Wahlen gewählt werden sollen, sondern wie früher durch die Selbstverwaltungskörper. Herr Abg. Steinbüchel hat an mich die Frage gerichtet, ob die Landesdirektorenkonferenz derselben

Ansicht sei. Ich darf dazu versichern, daß die Landesdirektorenkonferenz sich mit dieser Frage in keiner Weise befaßt hat und wahrscheinlich auch nicht befaßt wird, da sie sich eben nur mit Fragen der Durchführung der Provinzialverwaltung befaßt, eine etwaige Abänderung der Provinzialordnung aber Sache der Landesgesetze sein wird. Auf der anderen Seite kann ich aber doch die Entrüstung über Herrn Ministerialrat Moll gerade vom Standpunkte des Herrn Steinbüchel nicht begreifen. Ich nehme an, daß Sie auch auf dem Standpunkte der freien Meinungsäußerung stehen und daß doch nicht jeder Untergebene genötigt ist, unter allen Umständen die Ansichten des Vorgesetzten zu vertreten. Ganz besonders hat mich gewundert, daß von der Linken bei Ihren Ausführungen noch dazwischen gerufen worden ist: Wenn der Mann diese Ansichten nicht vertritt, dann muß er hinaus. (Heiterkeit rechts.) Der Ansicht sind wir weder in der Provinzialverwaltung noch in der Landesdirektorenkonferenz; wir lassen unseren Untergebenen in diesen Fragen vollständig freie Meinungsäußerung, und sie können sie vertreten und sachlich begründen. Es ist selbstverständlich dann keine Ansicht der Verwaltung, sondern nur des betr. Herrn. Gegen diesen Herrn dann aber vorzugehen und ihm den Brotkorb hochzuhängen, das liegt unserer Auffassung vollständig fern. (Abg. Krawinkel: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Es ist dann vor allem noch die grundsätzliche Frage zur Sprache gekommen, wie wir die Aufgaben der Fürsorge durchführen wollen, ob — sagen wir einmal — in eigener Regie, in eigenen Anstalten mit eigenem angenommenen Personal, oder ob wir uns dabei der Hilfe der freiwilligen Liebestätigkeit, insbesondere der reichlich vorhandenen caritativen Kräfte der beiden Konfessionen bedienen sollen. Von den Befürwortern des letzteren Standpunktes, insbesondere von Herrn Pfarrer Jansen, ist dabei eine Begründung angeführt worden, die leider regelmäßig dabei angeführt wird. Es ist die Begründung, die meines Erachtens erst in zweiter Linie kommt, der Grund, daß die freiwillige Liebestätigkeit billiger arbeitet. Nein, meine Herren, das ist nicht einmal der wesentlichste Grund. Es stehen uns in den Kräften der freiwilligen Liebestätigkeit derart unschätzbare Kräfte von einem warmen Herzen für ihre Aufgaben und von einer so unererschöpflichen Arbeitskraft zur Verfügung, daß es geradezu unverständlich und unverzeihlich von uns wäre, wenn wir diese Kräfte nicht heranzögen und uns ihrer nicht bedienen wollten, selbst wenn sie genau dasselbe kosteten, was die weltlichen auch kosten. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wir werden — das kann ich Ihnen versichern — um nochmals auf die Landesdirektorenkonferenz zurückzukommen, von den anderen Landesdirektoren auf das stärkste

beneidet, daß wir in der Rheinprovinz diese Kräfte haben, die uns hier bei der Durchführung der gerade so außerordentlich schwierigen Fürsorgeaufgaben, die die Provinzialverbände zu lösen haben, zu Hilfe kommen. (Sehr richtig! in der Mitte.) Ich bin überzeugt, daß auch die Herren von der Linken auf diesem Gebiete das Prinzip doch nicht so bis zum äußersten durchtreiben werden. Es führt mich zu dieser Annahme vor allem auch ein Antrag, der eben vom Herrn Vorsitzenden verlesen worden ist und der auch die Unterschrift des Herrn Abgeordneten Hoffmann trägt, worin der Herr Abgeordnete Hoffmann beantragt, den beiden Säuglingsanstalten in Elberfeld, dem katholischen Augustinusstift, das von katholischen Schwestern geleitet wird, und der betr. evangelischen Anstalt, die von evangelischen Diakonissen geleitet wird, je eine Beihilfe von 10 000 Mark zu erteilen. (Bravo! im Zentrum. Lachen rechts.) Sie sehen, daß man diese Dinge nicht auf die Spitze treiben kann, sondern daß es hier notwendig ist, die Hilfe und die Unterstützung da zu nehmen, wo man sie findet. (Zuruf rechts: Herr Hoffmann, ziehen Sie Ihren Antrag zurück!)

Im Zusammenhang damit steht der Antrag, Sie möchten den Provinzialausschuß ermächtigen, doch die Möglichkeit zu bieten, daß die Anstalten sich auf der Höhe halten können, sowohl in baulicher Hinsicht wie auch in bezug auf ihre inneren Einrichtungen. Zu diesem Zwecke bedürfen sie zuweilen geldlicher Mittel, die sie nur im Wege des Darlehens sich beschaffen können. Zu dem Darlehen müssen Sie aber die nötigen formellen Unterlagen, speziell auch bei der Landesbank, haben; die sind nicht immer vorhanden. Auf der anderen Seite hat die Provinz aber ein Interesse nicht nur an dem Ausbau, sondern auch an der möglichst hygienischen und sonstigen Ausgestaltung der Anstalten. Sie hat also ein Interesse daran, daß den Anstalten die Geldmittel gegeben werden. Dem soll der Antrag dienen, daß in solchen Fällen der Provinzialverband die Bürgschaft übernehmen kann.

Es ist nun die Höhe von 2 Millionen Mark bemängelt worden. Ich gebe zu, der Betrag erscheint auf den ersten Blick außerordentlich hoch. Es ist nicht daran gedacht, ihn etwa in einem Jahre auszugeben, sondern es sollte nur dem grundsätzlichen Gesichtspunkte Ausdruck gegeben werden, daß der Provinzialausschuß hier eintreten kann, weil meistens diese Sachen nicht bis zu dem nur einmal jährlich zusammentretenden Provinziallandtag warten können. Ich hätte aber nichts dagegen, die Berechtigung des Provinzialausschusses auf solche Anträge zu beschränken, die nicht bis zur nächsten Tagung des Provinziallandtages aufgeschoben werden können. Dann würde wohl dieses Bedenken beseitigt sein.

Ich glaube auch nicht, daß der Provinzialverband irgendwelche Gefahren dabei läuft, denn gerade diese caritativen Anstalten kommen erfahrungsgemäß immer durch. Die Landesbank hat bisher diesen Anstalten, sofern sie in der Lage waren, die nötigen Unterlagen durch Hypothekenbestellung usw. zu bieten, schon in sehr vielen Fällen Darlehen gegeben. Sie hat noch niemals einen Verlust erlitten, mit einer einzigen Ausnahme; das war eine interkonfessionelle Anstalt, dabei hat sie einmal einen sehr schweren Verlust erlitten. (Hört, hört! rechts.) Dagegen ist sie bei allen konfessionellen Anstalten stets noch in ganz regelmäßiger Weise zu Zinsen und Amortisationsraten gekommen.

Es ist dann ja noch eine andere Form möglich, in der wir uns der Hilfe der Kräfte der freiwilligen Liebestätigkeit bedienen können. Das ist die Form, daß wir sie selbst gewissermaßen in unseren Anstalten anstellen. Das ist ja auch in zahlreichen Fällen von uns geschehen. In den Provinzial-Fürsorgeerziehungsanstalten besorgen sie den Haushalt, in der Krüppelanstalt Johannistal besorgen sie Pflege und den Haushalt. Da ist nun von dem Herrn Pfarrer Janßen bemängelt worden, daß die Vergütungen, die wir in diesen Fällen zahlen, zu gering seien, während auf der anderen Seite Herr Steinbüchel der Ansicht war, daß angesichts der vielen Nebenleistungen die Vergütung von 150 Mark doch reichlich wäre. Meine Herren! Dem letzteren kann ich in keiner Weise zustimmen. In einem Punkte war Herr Steinbüchel auch im Irrtum: Die Kleidung wird nicht frei von der Anstalt gestellt, sondern sie muß aus dieser Vergütung bezahlt werden; infolgedessen wird diese Vergütung auch gewöhnlich Kleidergeld genannt. Es muß aber nicht nur die Kleidung daraus bezahlt werden. Auch die Verwaltung des Mutterhauses, die Ausbildung und Heranbildung der Schwestern muß daraus bezahlt werden; es muß die Möglichkeit der Heranziehung eines Nachwuchses bestritten werden; es müssen die nötigen Reisen, die zwischen Mutterhaus und Anstalt entstehen, bezahlt werden, sowie die allgemeinen Verwaltungskosten. Unter diesen Umständen kann von einem Betrage von 150 Mark auch keine Rede mehr sein. Wir sind auch bei der Provinzialverwaltung schon weitergegangen, und der heutige Betrag ist 216 Mark jährlich. Es unterliegt aber der Erwägung, ob nicht auch in diesem Punkte etwas weitergegangen werden muß, und zwar sind wir zu dieser Erwägung vor allem durch Feststellungen gekommen, die im Reichsarbeitsministerium getroffen worden sind und die dahin gehen, daß sowohl unter den katholischen Ordensschwestern wie unter den evangelischen Diakonissen die Tuberkulose einen geradezu erschreckenden Umfang angenommen hat. (Hört, hört! rechts.) Die Genossenschaften sind infolge der Tuberkulose geradezu im Aussterben.

Zurückgeführt wird dies auf die Unterernährung und auf die Ueberanstrengung, vor allem während der Kriegszeit, aber auch noch in der Nachkriegszeit. Wenn die öffentlichen Organe, die sich der Genossenschaften bedient haben, dies mitverschuldet haben sollten dadurch, daß sie den Genossenschaften eine zu geringe Vergütung oder zu geringe Pflegesätze bezahlt haben, so würden sie damit eine unendliche Schuld auf sich geladen haben. Es wird unter allen Umständen nötig sein, zu prüfen, ob nicht jetzt durch außergewöhnliche Zuwendungen, beispielsweise durch Ermöglichung eines regelmäßigen jährlichen Erholungsurlaubs der Schwestern, von den Stellen, die sich der Schwestern bedienen — das ist auch die Provinzialverwaltung — Leistungen gemacht werden müssen, um vergangenes Unrecht wieder gutzumachen, auf jeden Fall aber dafür zu sorgen, daß die jetzigen bedauerlichen Zustände beseitigt werden. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Ich glaube, wenn wir in dieser Weise zusammenarbeiten, die freiwillige Liebestätigkeit mit der Provinzialverwaltung, daß wir dann auch die Unterstützung der weitesten Volkstiefe finden werden und daß letzten Endes auch die Linke der Ansicht sein wird, daß hier nur durch ein Zusammenarbeiten wir des Elends und der Not, unter der wir heute leiden, Herr werden können. Wenn dieses Zusammenarbeiten stattfindet, so bin ich der Ueberzeugung, daß das der beste, aber auch der richtigste Weg sein wird, um die schweren Fürsorgeaufgaben, die das Gesetz uns übertragen hat und die in Zukunft sicherlich nicht geringer werden, zum Besten der Notleidenden zu erfüllen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Es ist beschlossen, die Redezeit für die Fraktionen auf eineinhalb Stunden zu begrenzen. Es haben noch zur Verfügung: das Zentrum 15, die Arbeitsgemeinschaft 55, die S. P. D. 30 und die K. P. D. 24 Minuten, womit nicht gesagt werden soll, daß diese Zeit unbedingt ausgefüllt werden muß. (Heiterkeit.)

Das Wort hat zunächst Herr Abgeordneter Lönarz. Abgeordneter Lönarz: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch wenige Worte; ich habe nicht vor, die mir zur Verfügung stehende Viertelstunde ganz in Anspruch zu nehmen. (Bravo!)

Sie werden Verständnis dafür haben, wenn ich es ablehnen muß, mich mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Knab irgendwie zu befassen. Es trennt uns von der Auffassung der Kommunistischen Partei eine derartige Kluft, und es bestehen zwischen uns derartige Gegensätze, daß es tatsächlich Wasser in Rhein tragen hieße, wenn wir uns mit diesen Ausführungen noch irgendwie beschäftigen wollten. (Sehr richtig! rechts.) Ich kann zu meiner Freude feststellen, daß im übrigen in den großen grundsätzlichen Fragen die Auffassungen sowohl der bürger-

lichen Parteien als auch der Sozialdemokratischen Partei keine wesentlichen Gegensätze gezeigt haben (Hört, hört! links), mit Ausnahme des einen wesentlichen Punktes, in dem unsere Auffassung ja immer auseinanderggegangen ist und auseinandergeht, das ist die Behandlung der Jugendfürsorge und der Wohlfahrtspflege in unserer Provinz. Ich muß da dem Herrn Abgeordneten Steinbüchel, der erklärt hat, daß er der von uns vertretenen Idee den schärfsten Kampf ansage, daß sich seine Partei mit allen Kräften den konfessionellen Tendenzen in der Jugendfürsorge widersetzen werde, die ebenso sichere und feste Erklärung gegenüberstellen, daß wir unsererseits alle Mittel anwenden wollen, um keinen Fußbreit Boden auf diesem Gebiete preiszugeben. (Beifall im Zentrum.) Wir stehen auf dem Standpunkt, meine Damen und Herren — wir haben das schon so oft hier vertreten, weil es aus unserer innersten Ueberzeugung kommt — daß gerade diese Kernstufen unserer Jugendlischen, die der Fürsorge ganz besonders bedürfen, der konfessionellen Pflege und Erziehung nicht entbehren dürfen, und daß, wenn irgendwo die idealen Grundsätze, die unserer christlichen Lebensauffassung entspringen, vertreten und gepflegt werden müssen, das nur da geschehen kann, wo in unseren Anstalten den Kindern vor allen Dingen eine christliche Erziehung zuteil wird. (Bravo! im Zentrum.)

Der Herr Abgeordnete Steinbüchel hat — ich meine mich da nicht zu irren — in einer etwas unbescheidenen Weise die Verdienste der Sozialdemokratie an der Entwicklung unserer Fürsorgeerziehungsanstalten in der Provinz in den Vordergrund gestellt. Wenn er sagt: Unsere Kritik hat gefruchtet, es wird momentan in den Anstalten sehr Gutes geleistet, und wenn er in allen Einzelheiten das unterstreicht, was Gutes geleistet wird, und wenn er weiter sagt, daß wesentliche Anstände nicht mehr vorhanden seien, so muß ich dem doch gegenüberstellen, meine Damen und Herren, daß allerdings in der ersten Zeit, als wir hier zusammentraten und die Sozialdemokratie zum ersten Male hier mitwirkte, viel Kritik geübt worden ist und viele Anstände erhoben worden sind. Aber ob diese Kritik berechtigt war und ob diese Anstände wirklich begründet waren, das möchte ich doch füglich bezweifeln. (Abg. Adams: Sehr richtig!) Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck gewonnen, und ich kann da vielleicht als Mitglied des Provinzialausschusses einen besseren Einblick haben als mancher andere, daß die Herren von der Linken sich durch den Besuch und ihre Untersuchungen in den Fürsorgeanstalten davon überzeugt haben, daß schon früher alles in unserer Rheinprovinz auf diesem Gebiete auf das beste bestellt war. Selbstverständlich sind auch von den Herren gute Anregungen gekommen, genau so, wie sie von unserer Seite kommen, und wir haben uns immer, auch im

Provinzialausschuß, dahin verständigt, daß, soweit Gutes geboten wird und soweit wir irgendwie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln dazu in der Lage sind, das Beste für unsere armen Fürsorgezöglinge gerade gut genug ist. (Zuruf eines Sozialisten: Es kommt auf die Einstellung an!)

Der Herr Abgeordnete Steinbüchel hat gegenüber dem, was in unseren Anstalten Gutes geleistet wird, mit einer gewissen Herabsetzung von den privaten Anstalten gesprochen. Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat dazu schon einiges gesagt. Ich möchte nur betonen, daß diese Anstalten und Einrichtungen vielleicht äußerlich nicht die Pracht — man kann sich so ausdrücken — aufweisen, die eine reiche Provinz sich in den früheren Jahren hat leisten können. Daß aber irgendein Mangel an den inneren Leistungen dieser Anstalten gerügt werden könnte, dafür wird uns der Herr Abgeordnete Steinbüchel den Beweis schuldig bleiben. (Zuruf eines Sozialisten: Den bringen wir!) Ich bin fest überzeugt, meine Damen und Herren, wenn der Beweis zu bringen wäre, dann wäre er schon längst im Provinzialausschuß angetreten worden, wo doch gerade die Herren von der Linken sich mit diesem Gebiet der Fürsorge so besonders intensiv befassen. Ich glaube, daß die Herren weder den Geist verstehen, noch einen Einblick in unsere Anstalten haben, der sie befähigen könnte, ein derartiges Urteil über diese privaten Anstalten zu fällen. (Zuruf links: Das ist doch stark!)

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Steinbüchel hat sodann zu meinem Erstaunen mit großer Entschiedenheit das Landeswohlfahrtsamt gefordert, sich dagegen über das Landesjugendamt vollständig ausgeschwiegen. Das Landeswohlfahrtsamt hat keine wesentliche Bedeutung, weil ihm irgendwelche wesentlichen Aufgaben überhaupt fehlen, während das Landesjugendamt die allergrößte Bedeutung hat. Gerade wer sich, wie der Herr Abgeordnete Steinbüchel, als ein Freund der Selbstverwaltung bekennt, der hier das Wort aufgestellt hat, daß die Staatsverwaltung den Wohlfahrtsunternehmungen ferngehalten werden soll, daß die Staatsbehörden keine Wohlfahrtsunternehmungen betreiben sollen, müßte als Freund der Selbstverwaltung für die schleunigste Einführung des Landesjugendamtes stimmen. Denn wenn wir das Landesjugendamt nicht in dieser Session beschließen, dann besteht die große Gefahr, daß die Staatsbehörde die entsprechende Einrichtung schafft und daß dann der Provinz diese Einrichtung als Selbstverwaltungsangelegenheit entzogen wird. (Sehr gut! rechts.) Der Standpunkt der Sozialdemokratie, die anscheinend dem Landesjugendamt ablehnend gegenübersteht, ist tatsächlich umso weniger verständlich, als die Sozialdemokratie im Landtage die Einführung der Landesjugendämter zu einer obligatorischen Einrichtung machen wollte,

während nachher im Gesetz nur die Möglichkeit der Schaffung gegeben worden ist. Man gewinnt tatsächlich den Eindruck, als ob der Widerstand gegen das Landesjugendamt auf persönlichen Gründen beruht, was ich nicht verstehen könnte, da ich mir nicht denken kann, daß eine Partei wie die sozialdemokratische aus persönlichen Gründen eine Einrichtung nicht schaffen würde, die nach der Auffassung aller Personen, die in der Jugendpflege tätig sind, zum Wohle unserer Jugend unbedingt erforderlich ist.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Steinbüchel hat sich ferner mit der Frage des Beamtenabbaues in der Provinz beschäftigt. Ich möchte dazu bemerken, daß meine Fraktion grundsätzlich auf dem Standpunkte steht, daß wir nach Möglichkeit in diesen notleidenden, schweren Zeiten sparen müssen und daß wir uns den üppigen Apparat, wie er in der Provinz zu guten und reichen Zeiten möglich war, in Zukunft nicht mehr leisten können. Wir müssen aber dabei bedenken, daß das Beamtenabbau-gesetz im besetzten Gebiet nicht in Wirksamkeit getreten ist und daß infolgedessen zu dem Beamtenabbau, wie er in Preußen stattgefunden hat, für die Provinz gar keine Möglichkeit gegeben ist. Die einzige Möglichkeit, die uns gegeben ist, wird ja jetzt schon gehandhabt, indem freiwerdende Stellen, soweit wie irgend möglich, nicht wieder besetzt werden.

Nun muß ich mich aber doch wundern, daß der Herr Abgeordnete Steinbüchel bei seinen Klagen speziell die Vorkriegszeit betont und gesagt hat, daß die Vorkriegszeit mit diesen Stellen nicht sehr sparsam war und daß die Unterbringungsmöglichkeiten doch eine reichliche Rolle bei der Besetzung der Stellen gespielt hätten. Meine Damen und Herren! Ich bedaure, daß das nicht der Standpunkt der Sozialdemokratie vor einigen Jahren gewesen ist, als wir einer ganz unausweichbaren Bedingung der Sozialdemokratie bei der Schaffung neuer Landesratsstellen gegenüberstanden. (Sehr richtig! rechts.) Es ist also durchaus unberechtigt, hier nun den ganzen Vorwurf gegen die alte Zeit zu erheben; mir scheint, daß die neue Zeit dabei nicht unbeteiligt ist.

Meine Damen und Herren! Ich will meine Ausführungen schließen, indem ich schärfsten Protest erhebe gegen die durchaus unwürdige Art, wie sich Herr Abgeordneter Knab mit den machtvollen, warmherzigen Ausführungen meines Fraktionskollegen Jansen beschäftigt hat, die ganz zweifellos das Ohr und die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit unseres Hauses gefunden haben. (Sehr wahr! im Zentrum.) Es ist wirklich jetzt nicht der gegebene Augenblick, um davon zu sprechen, daß auf die Tagödie in Barmen eine Komödie in Düsseldorf gefolgt sei. Meine Damen und Herren! Wir nehmen für uns in Anspruch und es ist zweifellos zutreffend, daß wir auch hier in Düsseldorf im besetzten Gebiet den

Mut unserer persönlichen Meinungsäußerung gehabt haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben hier in mancher Sitzung die Klagen vorgeführt, die wir mit Berechtigung erheben mußten, und die Forderungen vorgebracht, die zu stellen wir berechtigt und verpflichtet waren. Wenn heute ein anderer Ton angeschlagen wird, dann, meine Damen und Herren, geschieht das nicht deshalb, weil wir in Düsseldorf tagen, sondern deshalb, weil wir endlich für unser armes, gequältes rheinisches Volk einen Schimmer der Hoffnung sehen und Verhandlungen, die in die Wege geleitet werden sollen, nicht zerschlagen möchten. (Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie.) Meine Damen und Herren! Auch in Barmen haben wir — jedenfalls kann ich das von mir als dem damaligen Sprecher meiner Fraktion sagen — für die Verständigung gesprochen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß sonst der Haß immer schlimmer bohrt, daß wir niemals zu Ruhe und Frieden kommen können und niemals zu der Freiheit, nach der kein Volk sich wohl mehr sehnt als das rheinische, weil es wie kein zweites die Freiheit liebt. Die Freiheit können wir nicht erreichen, wenn wir den Haß immer weiter verpflanzen, sondern wenn wir endlich Verständigung finden. Ich freue mich, daß, außer dem Redner der Kommunistischen Partei, dem Gedanken der Verständigung in dieser Versammlung das Wort geredet worden ist. Wir können daraus die Hoffnung entnehmen, daß unser Wirtschaftsleben wieder auflebt und daß unser beinahe hoffnungslos gewordenes Volk wieder neue Hoffnung schöpfen kann. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Wesenfeld.

Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch weniger als mein Herr Vorredner werde ich den meiner Fraktion noch zur Verfügung stehenden Zeitraum in Anspruch nehmen und Ihre Geduld weiter auf die Folter spannen. Ich möchte mir nur zwei ganz kurze Bemerkungen gestatten.

Meine Damen und Herren! Es scheint uns, daß alles, was sachlich zum Etat gesagt werden sollte, heute reichlich vorgebracht worden ist. Wir haben keine Veranlassung, nach dieser Richtung hin auf die Reden der Herren Vorredner noch näher einzugehen. Wenn die Herren Vorredner, wenigstens einige von ihnen, sich auf das Gebiet der hohen Politik begeben haben, so erklären meine Freunde, daß sie ihnen auf dieses Gebiet nicht folgen werden. Wir sind, meine Damen und Herren, — das wissen Sie —, in manchen dieser Fragen anderer Auffassung als Sie, wenn auch die Unterschiede sich vielfach sehr viel mehr lediglich auf das Gebiet der Taktik beschränken, als Sie vielleicht anzunehmen geneigt sind. Aber wir halten es nicht für zweckmäßig, das, was in der Presse aller

Parteien bereits seit Wochen behandelt wird, auch hier noch einmal im Saale des Provinziallandtages vorzutragen. Ich kann Sie versichern, daß zum Beispiel — was uns in erster Linie zu einer Erwiderung Anlaß geben könnte — die Ausführungen des Herrn Steinbüchel, so interessant sie vorgetragen waren, doch nicht sehr viel sich von dem abhoben, was unser bergischer Freund Oskar Hoffmann in der „Freien Presse“ des öfteren gesagt hat. Wir glauben aber nicht, daß der Provinziallandtag, vor allem der gegenwärtige, zu derartigen politischen Auseinandersetzungen geeignet ist; wir wollen uns deshalb bescheiden und darauf verzichten.

Aber eine andere Bemerkung kann ich mir nicht versagen. Ich stimme darin mit dem überein, was mein Kollege Lönarz eben angeführt hat, und das war es vor allem, was mich auf die Rednertribüne geführt hat. Der Herr Abgeordnete Knab hat in seiner leicht wickelnden Art es für richtig befunden, auf die Vorgänge in Barmen zurückzukommen und den Barmener Provinziallandtag in Gegensatz zu dem gegenwärtigen Landtag zu stellen. Er hat gegenüber den bürgerlichen Parteien, und zwar mit einer seiner nicht immer ganz eindeutigen Handbewegungen, auch auf unsere Arbeitsgemeinschaft hinweisend, behauptet, es sei in Barmen manches „Hört, hört!“ lauter erschallt als in Düsseldorf. (Abg. Knab: Sehr richtig!) Herr Lönarz hat schon die Annahme, die darin liegt, genügend gekennzeichnet. Es war für uns schwer, unsere gewohnte Stätte hier zu verlassen und nach Barmen zu gehen. Aber allen denjenigen, die die Provinziallandtage in Barmen miterlebt haben, werden doch diese Tagungen in Barmen nach einer Richtung hin eine hohe Erinnerung sein: Damals in Barmen haben alle Parteien von der Arbeitsgemeinschaft bis zur Sozialdemokratie sich einig gefunden in dem starken Ausdruck ihres Deutschtums. (Bravo! rechts.) Wir haben damals alle in einer Front gestanden in der Zeit der höchsten Gefahr, die unserer Rheinprovinz je gedroht hat und die, so Gott will, nun bald überwunden sein wird, dank auch unserer Einigkeit, die wir in Barmen an den Tag gelegt haben. Ueber derartige Dinge zu wickeln, Herr Knab, das verbitten wir uns von Ihnen. (Zuruf des Abg. Knab: Wir auch von Ihnen!) Wir werden jederzeit, sei es in Barmen, sei es in Düsseldorf, unerschrocken das sagen, was wir für nötig halten (Zuruf eines Kommunisten: Wir auch!), und wir werden überall, auch hier im Saale und unter den hier obwaltenden Umständen, eintreten für die Freiheit der Rheinlande und für der Rheinlande Deutschtum, dessen können Sie gewiß sein. (Lauter Beifall.)

Vorsitzender Dr. J a r r e s: Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter H a a s: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Knab haben meine

Fraktionsfreunde veranlaßt, von dem Recht des zweiten Redners noch Gebrauch zu machen. Nachdem bekannt wurde, daß meine Fraktion davon Gebrauch machen wollte, waren auch die bürgerlichen Parteien der Meinung, daß ihre Redner sprechen sollten, und ich bin nunmehr gezwungen, mich auch mit den Ausführungen dieser Redner zu beschäftigen, ganz besonders, wenn sie so sind wie die Ausführungen des Herrn Kollegen Lönarz. (Abg. Gerlach: Sehr richtig!)

Ich möchte aber mit den Ausführungen des letzten Redners, des Herrn Kollegen Wejenfeld, beginnen. Er hat gesagt, die politischen Ausführungen meines Kollegen und Parteifreundes Steinbüchel seien dasselbe gewesen wie das, was sein bergischer Freund Oskar Hoffmann schon sehr oft in der „Freien Presse“ geschrieben hätte. Das ist etwas ganz Selbstverständliches, weil die beiden in solchen politischen Fragen innerhalb einer Partei auch ein und derselben Meinung sein müssen. (Abg. Gerlach: Sehr richtig!) Aber man kann sehr gut verstehen, daß Fraktionsredner der Arbeitsgemeinschaft es nicht wagen dürfen, politische Ausführungen zu machen, weil die Arbeitsgemeinschaft ja aus drei politischen Parteien besteht. Oder es müßten die Fraktionsredner sagen: Ein Teil unserer Fraktion denkt politisch so, der andere Teil so und der dritte Teil so. (Zuruf des Abg. Dr. Kaiser: Sie haben aber doch auch zwei Teile zusammen!) Das sind Flügel einer Partei. (Zuruf rechts: Aber sie sitzen noch getrennt!) Meine Herren! Die Dinge liegen doch so, daß Sie getrennte Parteien haben. Diese Meinungsverschiedenheiten würden ganz besonders in die Erscheinung treten, wenn die Herren augenblicklich über politische und außenpolitische Fragen, namentlich über das heikle Thema des Sachverständigen gutachtens, reden würden. (Sehr gut! links.) Da kann ich es schon verstehen, daß Sie gerade darüber überhaupt nicht zu einer Verständigung in Ihrer Fraktion kommen können. (Zuruf rechts: Die anderen auch nicht!)

Nun zu den Ausführungen, die der Herr Landeshauptmann bezügl. der Selbstverwaltung gemacht hat. Ich kann genau so wie mein Kollege Steinbüchel die Worte nicht anerkennen, daß die Demokratie der Feind der Selbstverwaltung sei. Ich bin der Auffassung, daß das, was man in Frankreich vor hundert Jahren und mehr erlebt hat, die starke Zentralisation, und das, was wir in Preußen heute auf vielen Gebieten erleben, mit Demokratie im allgemeinen gar nichts zu tun hat (Lachen rechts), sondern daß diese Zentralisationsbestrebungen aus den heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen geboren sind. (Abg. Gerlach: Sehr richtig!) Diese politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind innerhalb des Landesparlaments oftmals so stark,

daß auch alle die Parteien, die hier gemeinsam, mit Einschluß der Sozialdemokratischen Partei, immer wieder das Selbstverwaltungsrecht verteidigen, sich oftmals im Landesparlament durch die Tatsachen eines anderen belehren lassen müssen. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen; ich will damit nur sagen, daß ich den Satz des Herrn Landeshauptmanns: „Die Demokratie ist der Feind der Selbstverwaltung“ nicht anerkennen kann.

Etwas zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Lönark. Er hat über die Fürsorge, über die Erziehung innerhalb der Fürsorge usw. gesprochen und hat dann gesagt, daß seine Partei nicht bereit sei, einen Fußbreit entgegenzukommen. (Abg. Lönark: Das habe ich gar nicht gesagt!) Sie haben gesagt: „keinen Fußbreit entgegenzukommen“. Wenn Sie das lediglich auf die religiöse Kindererziehung innerhalb der Anstalten beschränken, dann erwarte ich von Ihnen, daß Sie das, was Sie für sich in Anspruch nehmen, auch den Andersdenkenden konzedieren und daß Sie dann unseren Anträgen, soweit sie vor allem diejenigen betreffen, die keinem Bekenntnis angehören, ebenfalls Rechnung tragen. Wenn Sie auf diesem Gebiete tolerant sind, werden wir uns auch verständigen können. Aber Ihre Ausführungen, wie ich sie verstanden hatte, wären nach dem, was wir in den letzten Tagen erlebt haben, tatsächlich zu verstehen gewesen, denn Sie haben hier über das Wohlfahrtsamt, das wir in unserem Antrage verlangen, und über das Jugendamt gesprochen, und bei der Aussprache über das Jugendamt hat der Herr Landeshauptmann mit Zustimmung Ihrer Fraktionskollegen gezeigt, daß Sie auch auf diesem Gebiete nicht bereit sind, einen Schritt entgegenzukommen, sondern daß Sie auch da glauben, daß der schwarze Kranz, der im Rheinlande um die ganzen Anstalten gezogen ist, unter allen Umständen bis zum äußersten verteidigt werden muß und daß kein Blümchen aus diesem Kranz herausgepflückt werden darf. Das ist dasjenige, was meine politischen Freunde sehr oft nicht verstehen können. Wie Sie, meine Damen und Herren, vom Zentrum, die Machtposition, die Sie im Provinzialauschuß und in der Provinzialverwaltung haben, ausnutzen, das halten wir nicht für gerecht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben die Mehrheit in diesem Parlament jetzt schon nicht mehr und, wenn die Reichstagswahlen zugrunde gelegt werden, würden sie sie sicherlich nicht mehr haben. Aus diesen Gründen bin ich der Meinung: Wenn Sie tolerant sein wollen Andersdenkenden gegenüber, dann müssen wir aber auch verlangen, daß Sie gerecht gegenüber Andersdenkenden und Andersgesinnten innerhalb der Verwaltung sind, wenn es sich darum handelt, Leute, die anders denken als Sie, an führende Stellen zu setzen, ganz gleich, ob das im Jugendamt oder irgendwo anders ist.

Sie haben dann über die Ausführungen meines Parteifreundes Steinbüchel bezügl. der Beamtenanstellung gesprochen und haben kritisiert, daß mein Parteifreund Steinbüchel gesagt hat, die alte Zeit sei mit der Anstellung von Beamten nicht sehr sparsam gewesen, daraus haben Sie, Herr Lönark, Schlüsse auf die neuere Zeit gezogen und gesagt, daß vor zwei Jahren seitens der Sozialdemokraten die Bedingung gestellt worden sei, Landesräte einzustellen, die von der Sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagen wurden. Ja, verehrte Anwesende, ist es denn nicht etwas Selbstverständliches, daß die Sozialdemokratie verlangt, daß sie entsprechend ihrer Stärke zur Mitarbeit zugelassen wird? Ich erinnere Sie, Herr Kollege Lönark, daran — sonst müssen Sie sich bei Ihrem Kollegen Heß erkundigen — wie gerade das Zentrum in der Nachkriegszeit und Nachrevolutionszeit es verstanden hat, überall, in Preußen und im Reich, eine Personalpolitik zu treiben, die alles bisher Dagewesene in den Schatten gestellt hat. Diese Personalpolitik, die ich für berechtigt gehalten habe, weil Sie im alten Staat auch nicht entsprechend Ihrer Stärke berücksichtigt worden sind, müssen Sie auch als gerecht anerkennen, wenn die Sozialdemokratie sie treibt und entsprechend ihrer Stärke eine Vertretung verlangt. Aber, meine Damen und Herren, wie liegen denn die Dinge? Man hat in der Provinzialverwaltung vor zwei Jahren, als die beiden sozialdemokratischen Landesräte eingestellt worden waren, nicht Schluß gemacht, sondern hat nachträglich noch einen Zentrumslandesrat, den Herrn Dr. Riz, eingestellt, den Sie im vorigen Jahre gewählt haben und der, wenn Sie ihn nicht gewählt hätten, unter allen Umständen ins Wohlfahrtsministerium zum Minister Hirtleser gegangen wäre. Weiter hat man sich in vielen Fällen, wo man an den Landtag nicht herantreten wollte, geholfen, indem man nicht Landesräte, sondern Landesverwaltungsräte oder -rätinnen angestellt hat, die der Provinzialauschuß anstellen konnte, und das waren keine Sozialdemokraten, sondern Fräulein Hopmann, Herr Dr. Hanrath und Herr Beckers sind Anhänger der Zentrums-
partei.

Herr Kollege Lönark! Die Rede Ihres Kollegen Jansen hätte mich nicht veranlaßt solche Ausführungen zu machen; wenn Sie aber als zweiter Redner schon so nach den Sozialdemokraten werfen, dann muß ich Ihnen sagen: Man muß vorsichtig sein, wenn man selbst im Glashause sitzt! (Zuruf des Abg. Lönark: Herr Steinbüchel hätte nicht der erste sein müssen! Zuruf des Abg. Drlopp: Wer hat nun angefangen?)

Meine Damen und Herren! Einiges zu den Ausführungen des Herrn Knab. Herr Knab hat im Anfang erklärt, daß er Einzelabstimmung über die

Stats verlangen würde, und er hat uns dann hier der Reihe nach die Stats genannt, die seine Fraktion annehmen oder ablehnen will. Ich will auf die Begründung, die er zu den beabsichtigten Ablehnungen gegeben hat, nicht eingehen, obwohl sie meiner Ueberzeugung nach in sehr vielen Fällen recht schief gewesen sind. Ich will nur eins sagen: Nach der Ausföhrung zu den einzelnen Haushaltsplänen, die die kommunistische Fraktion annehmen will, muß ich annehmen, daß tatsächlich die Kommunisten hier im Landtage schon einen kleinen Fortschritt nach der Seite der Realpolitik gemacht haben (Abg. Gerlach: Sehr wahr!), denn bisher haben sie alle Haushaltspläne abgelehnt. (Sehr gut! bei den Sozialisten.) Nun hören wir zum ersten Male, daß sie jetzt auch bereit sind, eine Anzahl Haushaltspläne anzunehmen. Wie weit sich das mit der neuen, sehr stark links gerichteten Politik innerhalb der kommunistischen Partei verträgt (Zuruf: Mit der Instruktion!), müssen ja die Herren unter sich ausmachen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Dann hat der Herr Knab über das Sachverständigen-gutachten gesprochen und uns vor allen Dingen einen Artikel vom Herrn Spengler in der „Kölnischen Zeitung“ zitiert (Zuruf rechts: Ueber Herrn Spengler!), oder über das Buch von Herrn Spengler, ganz richtig. Ich muß sagen, nach diesem zitierten Artikel könne man glauben, es bestände ein starkes verwandtschaftliches Verhältnis zwischen den Deutschvölkischen und den Kommunisten (Heiterkeit), denn Herr Spengler ist sehr stark deutschvölkisch eingestellt, und Herr Knab hat genau wie Herr Spengler gesagt: Wir müssen mit allen Mitteln den Entscheidungskampf führen, um das Sachverständigen-gutachten nicht zur Annahme gelangen zu lassen. Meine Damen und Herren! Herr Knab sagt, wenn das Sachverständigen-gutachten angenommen wird, dann bedeutet das, daß Deutschland eine Kolonie der Siegerstaaten wird. Ich frage den Herrn Knab — durch einen Zwischenruf eines meiner Freunde ist schon darauf aufmerksam gemacht worden —: Was wird aus Deutschland, wenn das Sachverständigen-gutachten nicht angenommen wird? (Abg. Gerlach: Sehr gut! Eine russische Provinz!) Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, wir hier im Westen sind in den letzten Jahren nichts anders gewesen wie eine Kolonie, d. h. wir sind von den Siegerstaaten, besonders von Frankreich und Belgien, nicht anders behandelt worden, wie eine Kolonie behandelt wird, zum Teil noch schlimmer, als es jemals in der ganzen Geschichte der Kolonialzeit vorgekommen ist. (Sehr richtig! rechts.) Nun frage ich: Sollen wir als Einzelteil des Deutschen Reiches, der unter Umständen von den Siegerstaaten noch beliebig vergrößert werden kann, diejenigen sein, die tatsächlich auf ewige Zeiten zu einem Kolonialvolk heruntergedrückt werden sollen? Oder sollen wir

nicht vielmehr das Sachverständigen-gutachten als einen Fortschritt annehmen, indem wir hoffen, dadurch eher von dem Stiefel des Siegers befreit zu werden? (Sehr wahr! im Zentrum.) Verehrte Anwesende! Herr Knab hätte uns doch einmal sagen müssen, was denn an die Stelle des Sachverständigen-gutachtens treten soll, und wie er diesen Entscheidungskampf führen will, ob er ihn Arm in Arm mit den Deutschvölkischen, mit den in der Phantasie bestehenden schweren Geschützen und sonstigen Waffen führen will, oder aber, ob er glaubt, den Kampf mit verstränkten Armen, wie ihn das Ruhr- und Rheinproletariat im vorigen Jahre geführt hat, zu einem siegreichen Ende führen zu können. Es ist, wenn man das Sachverständigen-gutachten ablehnt, notwendig, dann auch zu sagen, was man an seiner Stelle empfiehlt (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.); wenn man das nicht kann, dann soll man meiner Ueberzeugung nach schweigen.

Nun hat Herr Knab gesagt: Wenn das Gutachten angenommen wird, dann würden seine Lasten auf die Schultern der breiten Masse abgewälzt. Herr Knab, auch wir befürchten, wenn das Gutachten angenommen ist und zur Durchführung kommt, daß dann innerhalb Deutschlands heftige politische und wirtschaftliche Kämpfe darüber entbrennen werden, wer die Lasten nunmehr tragen soll. (Zuruf eines Kommunisten: Ihr sabotiert den Kampf!) Dann werden meine Parteifreunde alles tun, um die Lasten, wie sie es bisher immer gesagt haben, gerecht zu verteilen. (Bravo! bei den Sozialisten, Lachen bei den Kommunisten.) Es ist möglich, daß wir in diesem Kampf um die gerechte Verteilung der Lasten unterliegen. Aber wenn wir unterliegen, d. h. wenn die breite Masse des Volkes unterliegt, dann ist auch daran zu einem erheblichen Teil die kommunistische Partei schuld (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), weil sie in den letzten Jahren nichts anders betrieben hat und auch heute noch in erhöhtem Maße weiter betreibt, als die Zersplitterung der Organisationen der Arbeiter (Abg. Orlopp: Sehr richtig! Unruhe bei den Kommunisten, Glocke des Vorsitzenden). Ich habe schon auf die Kämpfe, die dann entbrennen, auf dem letzten Provinziallandtage in Barmen hingewiesen; ich habe dort geschildert, welche Kämpfe zwischen den Nichtbesitzenden und den Besitzenden zum Austrag kommen werden. Das, was ich dort prophezeite — da kannte man noch keine Sachverständigen-gutachten — ist zum Teil schon in der Rheinprovinz eingetreten und wird später sicherlich noch in erhöhtem Maße eintreten. Verehrte Anwesende! Ich habe so viele Politiker der rechten Seite und auch der Mitte in der Nachkriegszeit und Nachrevolutionzeit kennen gelernt, die von ihrem Standpunkte aus gesagt haben: Der Pendel der Uhr ist durch die Revolution zu weit nach links gerückt worden, er wird nunmehr versuchen

müssen, nach und nach wieder zur Mitte zurückzukehren. Wenn man von bürgerlicher Seite diesen Standpunkt vertritt, dann muß man aber auch, wenn man ehrlich ist, meiner Ueberzeugung nach sagen: Die wirtschaftlichen Kräfte des Kapitalismus haben in den letzten Monaten versucht, den Pendel der Uhr viel zu weit nach rechts zu rücken (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und darum muß er notgedrungen wieder nach links ausschlagen. So spielt die Rechte in sehr vielen Fällen immer und immer wieder der Linken und die Linke umgekehrt der Rechten in die Hände. Wir wenden uns gegen beide Extreme. Wir lehnen es ab, was Herr Knab hier zum Schluß gesagt hat: Hoch der Bürgerkrieg! Diesen Bürgerkrieg von links lehnen wir entschieden ab. (Bravo!) Wir lehnen aber auch entschieden den Bürgerkrieg ab, der von der äußersten Rechten immer und immer wieder herbeigewünscht wird. Aus diesen Gründen hat auch unser Etatsredner gefordert, daß die Reichsregierung scharf gegen die Bestrebungen der rechts gerichteten Kreise vorgehen soll, aus außen- und innenpolitischen Gründen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß die Interessen der breiten Masse des Volkes besser gewahrt werden ohne diese extremen Parteien. Wir werden stets für die Interessen des Volkes, für die Interessen des Proletariats eintreten, und wir sind der Meinung, je stärker und einiger das Proletariat ist, desto besser und siegreicher kann es kämpfen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Das Wort hat Herr Abgeordneter Theissen.

Abgeordneter Theissen: Der Herr Abgeordnete Haas hat an uns die Frage gerichtet, was wir tun wollen, wenn man das Sachverständigengutachten ablehnt. Bevor ich darauf eingehe, möchte ich eine Gegenfrage an ihn richten. Er lehnt den Bürgerkrieg und ähnliche blutige Methoden ab. Aber wir fragen ihn, mit welchen Methoden er denn den Klassenkampf der Unterdrückten des Proletariats gegen die Kapitalisten führen will. Etwa damit, daß er und seine Freunde und andere Leute hier schöne Reden im Parlament halten und nachher, wenn abgestimmt worden ist, sagen: Es tut uns sehr leid, wir sind überstimmt worden, dagegen können wir nichts machen. Wenn der Herr Abgeordnete Haas so sehr gegen den Bürgerkrieg ist, so antworte ich ihm darauf: Heute führt die Sozialdemokratie im Bunde mit dem Bürgertum auch einen Bürgerkrieg, allerdings einen legalisierten Bürgerkrieg. Es sind die Parteifreunde des Herrn Abgeordneten Haas, die Herren Severing und Hörsing und auch der Schlichter Mehlisch, die zarte, sanfte Methoden erfinden, mit denen das Proletariat unterdrückt und geknebelt wird, bei allen Auslehnungsversuchen und bei jedem Aufbäumen, wenn es seinen Klassenkampf führen will und seine Interessen vertritt.

Jetzt möchte ich dem Herrn Abgeordneten Haas auf die Frage antworten, was denn kommen soll, wenn man das Sachverständigengutachten ablehnt. Die Annahme des Sachverständigengutachtens, worin die Sozialdemokratie die Vernunft verkörpert sieht, bedeutet nichts anderes als den Versuch, auf dem allerbequemsten und schönsten Wege aus einer Misere, aus Schwierigkeiten herauszugelangen. Sie will den Kampf vermeiden, sie will keine Opfer bringen. In Wirklichkeit werden natürlich — das muß auch die Sozialdemokratie, das muß auch der Herr Abgeordnete Haas zugeben — die allerschwersten Opfer gebracht werden müssen. Aber sie werden einseitig gebracht werden von einer Klasse, von der Arbeiterklasse, der Klasse der Werktätigen. Sie hat während des Krieges, vor allen Dingen aber nach dem Kriege fast allein die Opfer gebracht. Es wird selbst von Bürgerlichen zugegeben, daß eine gewaltige Verschiebung des Besitzes stattgefunden hat; Herr Janßen, der Fraktionsredner des Zentrums, hat ganz offen darüber gesprochen; nebenher hat er natürlich von der allgemeinen Not geredet; aber was heißt das? Er hat zugegeben, daß die Landstraße nur noch für die Autobesitzer da ist, daß manche Leute nicht wissen, was sie mit ihrem Ueberfluß anfangen sollen usw.

Herr Haas war so unvorsichtig, von den „übrigen bürgerlichen Parteien“ zu sprechen. Das, was Herr Lönarz sagte: „Wesentliche Unterschiede trennen uns nicht“, stimmt schon. Wenn wir einen Trennungsstrich hier im Hause ziehen wollen, dann geht er zwischen der kommunistischen Partei einerseits und den sämtlichen übrigen Parteien andererseits. Das ist nicht etwa eine Frage des Gefühls, sondern uns trennen wirklich Prinzipien, Gegensätze, die nicht zu überbrücken sind. Weil das unsere feste Ueberzeugung ist, so erwarten wir keine andere Lösung und sehen kein anderes Mittel zur Behebung der Nöte der Klasse, die wir vertreten, als die Befreiung dieser Klasse durch den Kampf, und zwar durch den Kampf mit allen dazu geeigneten Mitteln. (Zuruf des Abg. Haas: Aber das Sachverständigengutachten, die Frage ist noch offen!) Die Frage will ich Ihnen jetzt beantworten. Wenn Sie das Sachverständigengutachten ablehnen, so haben Sie zwei Möglichkeiten. Einmal können Sie dieses Gutachten ablehnen vom Standpunkte der Deutschnationalen und der Deutschvölkischen, d. h. vom nationalistischen Standpunkte aus. Dann steht im Hintergrunde der neue national-imperialistische Krieg, den wir natürlich als einen Wahnsinn betrachten und für undiskutierbar halten. In diesem Falle — darüber geben wir uns keinem Zweifel hin — würde Deutschland vollkommen isoliert dastehen; es würde eine ganze Welt von Feinden gegen sich haben. Der andere Weg, den wir vorschlagen, ist der, daß die Arbeiterklasse in jedem Lande gegen das Bürgertum den schärfsten

Kampf zu führen hat. Nur durch die Ueberwindung des Kapitalismus, auch in Deutschland, wird der Weg frei für eine wirkliche Verständigung der Völker untereinander, was Sie jetzt von einem Völkerbunde oder ähnlichen Institutionen erwarten, die doch nichts anderes sind als ausführende Organe der imperialistischen Staaten. (Abg. Haas: Sind Sie der Meinung, daß der französische Kommunismus den französischen Militarismus besiegen kann?) Solange das Volk dort noch der sozialdemokratischen Führung folgt, bin ich allerdings nicht der Meinung. (Zuruf eines Sozialisten: Dann warten wir noch sehr lange!) Wir sehen in Frankreich dieselbe Politik der Sozialdemokraten wie hier in Deutschland, dieselbe Beruhigungspolitik gegenüber dem bürgerlich-kapitalistischen Staat und den Mächten, die in ihm herrschen, dasselbe Bestreben, der Arbeiterschaft den Mut und den Glauben an die eigene Kraft zu nehmen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Auffassung, daß nur eine Arbeiterschaft, die den Glauben an die eigene Kraft wiederfindet und entschlossen ist, durch den Kampf ihr Schicksal zu gestalten, imstande ist, den Weg zur Freiheit zu finden. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Durch welchen Kampf, mit welchen Mitteln?) Mit allen Mitteln. (Zuruf des Abg. Hoff: Mit legalen Mitteln, haben Sie eben gesagt!) Ob sie legal oder nicht legal sind, ist gleich, mit allen tauglichen Mitteln. Ich darf die Herren Sozialdemokraten auf etwas aufmerksam machen; das wissen Sie ganz genau: Einem revolutionären Deutschland würde nicht eine geschlossene Entente gegenüberstehen; die Arbeiterschaft in Frankreich und in England würde einem solchen Deutschland nicht so entgegengetreten wie einem deutschösterreichischen oder einem deutschnationalen Deutschland; darüber besteht kein Zweifel. (Zuruf des Abg. Orlopp: Goldene Internationale! Heiterkeit, Zuruf des Vorsitzenden: Das Wort hat Herr Abgeordneter Theissen.) Aber das Ausweichen des Kampfes ist ja gerade das charakteristische Zeichen der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist an der Republik satt geworden, und damit ist sie auch matt geworden. (Zuruf des Abg. Knab: Das sehen Sie an Herrn Haas! Heiterkeit.) Sie wissen so gut wie wir, daß für die große Masse der Werktätigen durch die Staatsform allein keine Besserung geschaffen wird. (Abg. Haas: Sehr richtig!) Die Frage dreht sich also nur darum: Wer herrscht innerhalb dieses Staates? Wer hat dort die Machtmittel in der Hand? Und daß Sie nicht mit Phrasen, nicht mit Parlamentsreden die Macht der herrschenden Klasse brechen können, das wissen Sie so gut wie wir. Und da Sie dauernd nach dieser Richtung hin die Arbeiterschaft einschläfern, sie zurückhalten von allen entscheidenden Kämpfen, sie entwaffnen, den Defaitismus in die Reihen der Arbeiterschaft hineinbringen, so wissen Sie ebenso gut wie wir, daß mit Ihren Methoden eine

Befreiung der Arbeiterschaft undenkbar ist. (Zuruf des Abg. Haas: Aber, Herr Theissen, das Sachverständigen-gutachten!) Sie sind nicht lange gewesen, Herr Abgeordneter Haas, als die Sozialdemokratie während des Weltkrieges mit dem deutschen Bürgertum durch dick und dünn gegangen und durch Ströme von Blut geschritten ist. Da haben Sie nicht gefragt: Was kommt nachher? (Zuruf des Abg. Haas: Und Sie, Herr Theissen?) Wir sagen der werktätigen Bevölkerung, der Arbeiterschaft nicht, daß, wenn sie den Weg beschreitet, den wir ihr vorschlagen, das keine Opfer kosten wird. (Zuruf des Abg. Haas: „Sie“ groß geschrieben, Sie persönlich!) Es handelt sich nicht um meine Person, sondern um das Interesse der Arbeiterklasse, um das, was die Arbeiterklasse zu tun hat. (Zuruf des Abg. Bauknecht: Sie weichen ja immer aus!)

Die innere Unwahrhaftigkeit der Stellung der Sozialdemokratie möchte ich an dem Beispiel des Sachverständigen-gutachtens kurz illustrieren. Sie sagen, Sie ständen auf dem Boden des Klassenkampfes, Sie führten den Kampf gegen den Kapitalismus. Es ist aber gar kein Zweifel, daß das Sachverständigen-gutachten von der Elite der kapitalistischen Ausbeuterklasse, von den gerissensten Kapitalisten der Welt ausgearbeitet worden ist und daß es auch deren Interessen auf den Leib zugeschnitten ist. Darin sieht die Sozialdemokratie den Weg der Vernunft, wenn sie den Plan verwirklicht, den die geschicktesten Ausbeuter aufstellen. (Zuruf des Abg. Bid: Der reinste Equilibrist!) Wenn die Debatte hier im Provinziallandtag noch einen Beweis dafür hätte liefern müssen, wie innerlich hohl das parlamentarische System an und für sich ist, ein besserer Beweis, als Sie ihn geliefert haben, wäre gar nicht möglich gewesen. (Zuruf des Abg. Hoff: „Sie“ groß geschrieben!) Der erste Redner des Zentrums, Herr Abgeordneter Jansen, hat gemeint, das Parlament sei doch schließlich nicht bloß eine Geldbewilligungsmaschine; aber, wenn wir weiter so fortfahren würden, dann käme es dahin. Er hat weiter gesagt, die Ausschüsse seien Geheimkabinette usw. Das, was er da in ganz höflichen Worten angedeutet hat, das sagen wir ganz offen, ganz unverblümt. Wir sagen, daß das, was hier aufgespielt wird, nichts anderes ist als ein Theater für das Volk, damit es glaubt, es habe eine Mitbestimmung an seinem Geschick. In Wirklichkeit macht die Verwaltung, was sie für richtig hält, und Sie sanktionieren es. Ein glänzendes Beispiel dafür lieferte Herr Abgeordneter Kaiser, indem er sich darüber beklagte, daß ein Ausschuß, der ganz liebevoll mitgearbeitet habe, nachher nicht einmal gehört wurde, daß die Verwaltung über die liebevolle Arbeit hinwegging, sich gar nicht daran störte, sondern das tat, was sie im Augenblick für richtig hielt. Trotzdem be-

kennt Herr Abgeordneter Kaiser, daß diese Verwaltung, insbesondere der Herr Landeshauptmann, das vollste Vertrauen der Rechten genosse. (Sehr richtig! rechts.) „Sehr richtig“ sagen Sie, das kommt wohl daher, weil die Verwaltung auszeichnet die Geschäfte derjenigen Leute besorgt, die auf der Rechten sitzen, der Vertreter der Großgrundbesitzer, der Vertreter der Industrie, kurz des Kapitals. Das Zentrum hat nur noch das Bestreben, um diese nackte Interessenpolitik ein christliches Mäntelchen zu hängen und die Sozialdemokratie ein sozialistisches. Das ist der einzige Unterschied in Ihrer Auffassung; wesentliche Unterschiede — das will ich nochmals betonen, darin hat Herr Lönarck recht — bestehen zwischen Ihnen garnicht. Es ist kein Zufall, daß die Sozialdemokratie, die doch einst der schärfste Feind des Zentrums war, sich heute so ausgezeichnet mit ihm verträgt. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Zuruf Frau Becker: Wie Sie mit den Deutschvölkischen!) Das ist absolut kein Zufall. Was Sie bindet, das ist das Interesse an der Erhaltung der Privatwirtschaft, an der Erhaltung der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Kommunistische Phrasen!) Da wird gesagt: „Kommunistische Phrasen“. Was wir hier im Laufe der Tage gehört haben, waren fast nur Phrasen. Auch das war charakteristisch: Als nach der Rede des Herrn Jansen, die so sehr poetisch ausklang, der Vertreter des Landeshauptmanns mit nüchternen Zahlen kam, da hat das Haus sich unterhalten, da ist überhaupt nicht hingehört worden. Auf die nackten Zahlen — die Wirtschaft ist doch der Kern der Politik — hat man gar nicht hingehört, sondern man hat nur hingehört, als die Sache poetisch wurde.

Der Herr Abgeordnete Jansen hat dann auch, der Stellung seiner Fraktion entsprechend, ein hohes Loblied auf die freiwillige Liebestätigkeit der religiösen Genossenschaften gesungen, und der Herr Landeshauptmann hat ihn dabei unterstützt. Nachher meinte der Herr Abgeordnete Lönarck, die Sozialdemokratie, die er irrtümlich noch als Linke bezeichnete, sei den Beweis dafür schuldig geblieben, daß in den Anstalten, wo die Genossenschaften herrschen, etwa diese Liebestätigkeit nicht fruchtbringend, nicht gut sei. Ich darf Ihnen diese freiwillige Liebestätigkeit der christlichen Genossenschaften an einem Brief illustrieren, der der kommunistischen Fraktion vor ein paar Tagen zugegangen ist. (Wha-Rufe.)

„In der Erziehungsanstalt Galkhausen bei Langensfeld (Rheinland) müssen nach Angabe einiger entwichener Zöglinge unerhörte Zustände herrschen, indem dort die Prügelstrafe derart gehandhabt wird, daß Zöglinge wegen der un menschlichen Mißhandlungen aus der Anstalt entfliehen und mit schrecklichen Merkmalen — also Zeichen der Mißhandlung — im Elternhause ankommen und sich weigern, zu-

rückzukehren, aus Angst vor solcher Prügelei. Die Schüler . . . — dann kommen drei Namen — wurden in den ersten Tagen des Monats Mai d. J. nach obengenannter Anstalt gebracht, sind aber schon nach einigen Tagen entwichen, weil dieselben nach ihrer Angabe wegen eines geringfügigen Vergehens (verbotenen Sprechens) in ganz brutaler Weise geschlagen wurden, so daß der untere Teil ihres hinteren Körperteils vom Rücken zum Gesäß bis zu den Waden mit zwei Finger dicken Striemen überdeckt war. Sie haben dann, um weiteren Mißhandlungen zu entgehen, die Flucht ergriffen. Nun sind aber bereits alle drei Jungen wieder von der Polizei in Wesel ergriffen, um am Freitag, den 23. Mai, wieder der Anstalt zugeführt zu werden.

Sie erklären, sie würden nicht fliehen, wenn sie nur nicht so grausam geschlagen würden. Die Augenzeugen bzw. Zeuginnen, welche die Striemen am Körper der Knaben gesehen haben, sind bereit, jederzeit unter Eid zu bezeugen, welche ungeheuren Merkmale die Stoßschläge, welche wahllos geführt wurden, hinterlassen haben. (Zuruf des Abg. Knab: Katholischer Erziehungsverein!) Unterzeichnete erklären, daß obige Angaben über das Vorhandensein großer, dicker Striemen in blauer und blutunterlaufener Art der reinen Wahrheit entsprechen.“ Es folgen fünf Unterschriften.

Wir stellen dieses Dokument dem Herrn Landeshauptmann als Illustration zu der freiwilligen Liebestätigkeit in gewissen Anstalten zur Verfügung. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Fort mit der Prügelstrafe! Abg. Adams: Das ist natürlich alles wahr!) Wir erwarten, daß uns eine befriedigende Auskunft über die Abschaffung dieser Zustände erteilt wird.

Nebenbei bemerkt ist diese Anstalt Galkhausen im vorigen Jahre gegen die Stimmen der Kommunisten an eine katholische Genossenschaft, wenn ich nicht irre (Zuruf des Abg. Jansen-Lammersdorf: An den katholischen Erziehungsverein!), überwiesen worden.

Dann hat der Herr Abgeordnete Haas gemeint, weil mein Fraktionsfreund Knab einem Teil der Positionen im Etat zugestimmt, die anderen aber abgelehnt hat, das sei so etwas wie ein Anfang von Realpolitik bei der Kommunistischen Partei, und er hat in besonderem darüber gehöhnt, daß sich das wohl nicht mit den Richtlinien für die neueste Taktik der Kommunistischen Partei verträge. (Zuruf des Abg. Bid: Steht das auch im Katechismus?) Da Herr Abgeordneter Haas wohl auch über die Instruktion der Kommunistischen Partei unterrichtet ist — es wurde mir gesagt, daß er sie sogar benutzt habe —, so mußte er wissen, daß diese Zustimmung zu einzelnen Positionen durchaus nicht gegen die Taktik verstößt, die die Kommunisten neuerdings anwenden. Wir bringen aber damit nicht zum Ausdruck, daß wir etwa der Verwaltung oder dem Gesamtsystem irgend-

wie vertrauen oder es irgendwie unterstützen wollen, sondern wir wollen damit nur sagen, daß wir selbstverständlich bereit sind, Ausgaben für soziale Zwecke zu bewilligen; darüber hinaus hat unsere Zustimmung zu diesen Dingen absolut keine Bedeutung.

Ich möchte noch auf einige Ausführungen des Herrn Abgeordneten Steinbüchel eingehen; sie deden sich zum Teil mit dem, was Herr Abgeordneter Haas über das Sachverständigengutachten gesagt hat. Die Sozialdemokraten sind guter Hoffnung, und diese gute Hoffnung gründet sich auf Macdonald und Herriot. Sie vertrauen also auch in dieser Frage nicht auf ihre eigene Kraft, sie stützen sich nicht auf sich selbst, auf die Arbeiterklasse, sondern auf das Ausland. Genau so, wie sie hier nicht den Mut finden, mit dem übrigen Teil der Arbeiterklasse im Klassenkampf zusammenzugehen gegen den gemeinsamen Feind, das Bürgertum, so richten sie auch da ihre Augen wieder auf das Ausland. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Kommunistische Ideologie!) Wenn Herr Abgeordneter Steinbüchel meinte, wenn es möglich sei, eine Besserung der Wirtschaft durch das Sachverständigengutachten herbeizuführen, so würde der kommunistische und völkische Spuk sehr bald verschwinden, und wenn Sie uns mit den Deutschvölkischen gelegentlich in Verbindung bringen (Zuruf des Abg. Orlopp: In diesem Falle ja! Zuruf des Abg. Hoffmann: Gleiche Brüder, gleiche Kappen!) — die gleichen Kappen tragen Sie hier mit dem Bürgertum in schönster Gemeinschaft! Herr Hoffmann, mit Ihnen werde ich mich auch noch kurz beschäftigen! — so muß ich Ihnen schon sagen: die Sozialdemokraten wissen ganz genau, daß wir die Ziele und zum Teil auch die Methoden der Deutschvölkischen durchaus ablehnen, daß wir den individuellen Terror, den die Deutschvölkischen theoretisch zwar nicht anerkennen, aber praktisch betätigen, verwerfen. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Die Deutschvölkischen wollen totschiagen und Sie doch auch!) Dieses Zusammenwerfen der Kommunisten mit den Deutschvölkischen ist eines der vielen demagogischen Mittelchen (Zuruf des Abg. Bick: Das sind effektive Tatsachen!), mit denen die Sozialdemokratie glaubt, die Arbeitermasse vom Klassenkampf abhalten zu können; Sie glauben sie bange machen zu können vor den bösen Kommunisten. Und wenn Herr Steinbüchel meinte, das deutsche Volk müsse aus der Kriegervereinsatmosphäre heraus, es müsse abtrüden von all diesen Dingen, so muß ich Ihnen schon sagen: Es wäre viel gescheiter, wenn der Parteifreund des Herrn Steinbüchel, der Herr Minister Severing, anstatt kommunistische Veranstaltungen, Versammlungen und dergl. zu verbieten, die Deutschen Tage verbieten würde. Es hat noch bis vor nicht langer Zeit ein Streit darüber bestanden, wer denn nun eigentlich verantwortlich war für die Genehmigung

von Halle. Unser „verehrter“ Vorsitzender, Herr Reichsminister Jarres, wälzte die Schuld ganz entschieden von sich ab und zeigte ziemlich deutlich auf Herrn Severing. Wenn man also eine andere Atmosphäre schaffen will, so wäre es doch praktisch, wenn die Mahnung des Herrn Steinbüchel sich an seine eigenen Parteifreunde richtete. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Severing war ja abwesend!)

Wie weit die Sozialdemokratie im übrigen von ihren eigentlichen programmatischen Zielen abkommt, dafür hat Herr Hoffmann, der in Zwischenrufen jetzt so groß ist, ein prächtiges Beispiel geliefert. Es ist ihm passiert, daß er durch den Elberfelder Kirchturm nicht einmal mehr seine eigene sonstige kirchenfeindliche Einstellung gesehen hat, so daß er durch diese Elberfelder Kirchturmspolitik dazu getrieben wurde, Mittel für religiöse Genossenschaften zu fordern, die er auf der andern Seite so stark bekämpft. (Sehr gut! bei den Kommunisten.)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Theisen, ich muß Sie unterbrechen, Ihre 24 Minuten sind abgelaufen.

Abgeordneter Theisen: Ich möchte Ihnen zum Schluß sagen: (Zuruf des Abg. Hoff: Wie ist es mit dem Sachverständigengutachten?) Sie haben über die Freiheit der Rheinlande sehr schöne Worte geredet. Aber daß Sie jetzt die Freiheit der Rheinlande damit erkaufen wollen, daß Sie die ganze deutsche Arbeiterklasse an das ausländische Kapital verschachern, das ist ein seltsamer Begriff von Freiheit. Da haben wir doch ganz andere Freiheitsbegriffe. (Zuruf eines Sozialdemokraten: Schätzen Sie die deutsche Arbeiterklasse aber minimal ein!)

Vorsitzender Dr. Jarres: Herr Abgeordneter Theisen, Ihre Zeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie, aufzuhören.

Abgeordneter Theisen: Wir sind der Ueberzeugung, daß die deutsche Arbeiterklasse ihre Freiheit nur erringen wird im allerschärfsten, unverföhnlichen Kampf gegen das Bürgertum, einschließlich der Sozialdemokratie.

Vorsitzender Dr. Jarres: Meine Damen und Herren! Es ist noch folgender Antrag von Herrn Abgeordneten Bollig und Genossen eingelaufen:

„Dieselben Gründe, welche durch den Antrag Heß und Genossen und den Antrag von Stedman und Genossen für die Notlage des Weinbaues und des Winzerstandes geltend gemacht worden sind, gelten in den wesentlichsten Punkten auch für die Landwirtschaft im allgemeinen und besonders für die mittleren und kleineren Betriebe, sowie die Landwirtschaft in den gebirgigen Teilen der Rheinprovinz. Die Wirtschaftslage der Landwirtschaft ist durch die Senkung der Preise für die Hauptprodukte wesentlich unter den Friedenspreis und die Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel

über den Friedenspreis zu einer völlig passiven geworden. Die Zollgrenze gegen das übrige Deutschland sowie die Öffnung der Westgrenze sind wesentliche Ursachen der geschaffenen Lage. Letztere wird zudem verschärft durch den unerträglichen Steuerdruck, der über die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft geht.

Der Provinziallandtag lenkt die Aufmerksamkeit der Staats- und Reichsregierung auf diese zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der Landwirtschaft führende Lage und bittet, schnelle Abhilfsmaßnahmen zu ergreifen.

Der Antrag ist unterzeichnet von Freiherrn von Loë, Bollig und Knopp. Er bedarf aber noch der Vervollständigung durch einige weitere Unterschriften.

Ich bitte, diesen Antrag dem V. Fachausschuß zu überweisen. — Sie sind einverstanden.

Zu einer persönlichen Bemerkung Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann: Der Herr Abgeordnete Theissen hat die Unterschrift meiner Person unter einen Antrag, der die Unterstützung des Landtages für zwei Elberfelder Privat Institute betrifft, so ausgelegt, als wenn ich damit etwas unterstützte hätte, was meine Fraktion bekämpft. Ich muß darauf antworten, daß diese Institute, die in Elberfeld der Hebammenlehranstalt, die in Elberfeld ist, einer gewissen Unterstützung bedürfen, mit unter dem Einfluß der Stadt Elberfeld stehen, weil die Stadt durch die Sachlage gezwungen ist, auch eine Unterstützung für sie zu leisten. Durch den Einfluß der Stadt ist die Interkonfessionalität dieser Institute herbeigeführt worden.

Vorsitzender Dr. Jares: Ich schlage Ihnen nunmehr vor, die Gegenstände unserer Tagesordnung wie folgt den Ausschüssen zu überweisen:

Nr. 1 den Ausschüssen I bis V,

— ich brauche die einzelnen Fachausschüsse, die sich damit zu beschäftigen haben, ja nicht zu verlesen, zumal die Tagesordnung für die fünf Ausschüsse schon vorliegt —

Nr. 2 bis einschließlich 8 dem Fachausschuß I,

Nr. 9 bis einschließlich 13 dem Fachausschuß II,

Nr. 14 den Fachausschüssen I und III zur gemeinschaftlichen Behandlung,

Nr. 15 dem Fachausschuß III,

Nr. 16 und 17 dem Fachausschuß IV,

Nr. 18 den Fachausschüssen IV und V zu gemeinschaftlicher Beratung,

Nr. 19 dem Fachausschuß V,

Nr. 20 den Fachausschüssen I und V zu gemeinschaftlicher Beratung,

Nr. 21 dem Fachausschuß I,

Nr. 22 und 23 den Fachausschüssen I und V zu gemeinschaftlicher Beratung, und

Nr. 24 dem Fachausschuß IV.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann stelle ich Ihr Einverständnis dazu fest.

Ich bitte ferner, die fünf sozialdemokratischen Anträge zur Fürsorgeerziehung, die ich im einzelnen nicht zu verlesen brauche, dem Fachausschuß II den Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion auf Einrichtung eines Provinzialwohlfahrtsamtes bezw. einer Landesfürsorgestelle ebenfalls dem Fachausschuß II und den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, betr. die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge im Wege der Selbstverwaltung und die Errichtung einer Beitragsgemeinschaft, dem Fachausschuß I und dem Provinzialausschuß zur gemeinschaftlichen Beratung zu überweisen. Dabei ist vorgesehen — und ich bitte, dem auch beizutreten — daß der Provinzialausschuß und der Fachausschuß I sich sofort mit dem zuletzt genannten sozialdemokratischen Antrag beschäftigen und daß im Anschluß an diese gemeinschaftliche Sitzung die Sitzung des Fachausschusses I stattfindet. Im übrigen haben Sie die Einladung zu den Fachausschußsitzungen bekommen.

Ich habe noch mitzuteilen, daß an Stelle von Frau Plum Frau Appel in den Fachausschuß II eingetreten ist, sowie an Stelle des Herrn Freiherrn von Salis der Herr Abgeordnete Gessinger in den Fachausschuß V.

Ich bitte Sie, sich mit all diesen Vorschlägen einverstanden zu erklären. Da ich keinen Widerspruch höre, stelle ich das Einverständnis fest.

Ich bitte dann, den morgigen Tag nur für die Ausschuß- und Fraktionsitzungen frei zu halten, und schlage Ihnen vor, die nächste Vollsitzung auf Donnerstag vormittag, 9½ Uhr, anzuberaumen. Tagesordnung: die heutige Tagesordnung. Ich nehme an, daß Sie alle der Ueberzeugung sind, daß wir die Geschäfte so führen können, daß im Laufe des Donnerstags-Nachmittags die Tagung geschlossen werden kann. Das ist wichtig, damit die Herren Ihre Dispositionen schon treffen können. Auch da höre ich keinen Widerspruch. Dann nehme ich an, daß es Ihr fester Wille ist, diese Zeiteinteilung einzuhalten.

Das Wort wird weiter in der heutigen Sitzung nicht gewünscht. Dann schließe ich die Sitzung.

(Schluß 5 Uhr 45 Minuten.)